H 8040 F
ISSN 1619-1404
25. Jahrgang
Nummer 146
Januar | Februar 2014
3,00 Euro

HOLGER APFEL »Führer« a. D.



der rechte **rand**

magazin von und für antifaschistInnen

Unser Titelbild zeigt Holger Apfel wie er im Februar 2008 bei der DVU in Hamburg das Deutschlandlied singt.

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser!

das alte Jahr endete für die NPD mit einem Paukenschlag. Parteichef Holger Apfel trat nicht nur von allen Ämtern zurück, sondern verließ auch gleich die Partei. Über die Gründe kann spekuliert werden. Es scheint, dass der lange schwelende Macht- und Richtungskampf zu Gunsten der TraditionalistInnen um den NPD-Landesvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, entschieden ist. Immerhin erklärte das Parteipräsidium Pastörs zum kommissarischen Parteivorsitzenden. Nicht nur diese Nachricht hält die NPD weiterhin im Gespräch: Der Bundesrat hat das Verfahren für ein Verbot der NPD auf den Weg gebracht.

Wohl kalkulierte Schlagzeilen machte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer mit seinen Aussagen zu der seit dem 1. Januar 2014 für BürgerInnen aus Bulgarien und Rumänien geltende Freizügigkeit: »Wer betrügt, der fliegt«. Applaus von rechts – dabei weist Seehofer jegliche Anbiederung an die Wählerschaft der rechten und rechtspopulistischen Parteien empört von sich. Nicht abzustreiten ist, dass solche Aussagen die rassistische Stimmung gegen MigrantInnen anheizen und die extrem rechte Szene beflügelt. Wir werfen wie bereits in der letzten Ausgabe einen Blick auf die Situation von Flüchtlingen. Wenn auch mancherorts die Entwicklung bedrohliche Ausmaße annahm, kann festgestellt werden, dass die jahrelange Arbeit verschiedenster zivilgesellschaftlicher Initiativen ein gutes Fundament für die Bekämpfung rassistischer Kampagnen gelegt haben.

Nazis

VS

Erinnerung

Schwerpunkt

Braunzone

kurz und bündig

International

Rezensionen

»Apfel ade!«

Turbulente Zeiten bei der NPD. Pünktlich zu Weihnachten und Jahreswechsel eskalierte der lang schwelende Konflikt um den Bundes- und Landesvorsitzenden Holger Apfel.

von Andreas Speit



^ *Apfel und Voigt, im Mai 2013 noch vereint.*

Erst Rücktritt, dann Austritt. Am 24. Dezember 2013 verkündete der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende den Austritt aus seiner Partei. Ein paar Tage vorher hatte Holger Apfel den Parteivorsitz niedergelegt. Im neuen Jahr streitet die rechte Szene weiterhin, inwieweit der nun auch parteilose Landtagsabgeordnete alkoholisiert junge Kameraden belästigt haben könnte. Binnen sechs Tagen wurde Apfel zur Persona non grata. Politische Intrige oder reale Vorhaltungen? Schon nach dem Rücktritt des 42-Jährigen am 19. Dezember 2013 kursierten Gerüchte, der angegebene Grund »krankheitsbedingt« treffe nicht zu. Auf der Parteipräsidiumssitzung, drei Tage später, soll vor allem der sächsische NPD-Landesvorsitzende Holger Szymanski die Vorhaltungen, Apfel habe zwei junge Männer betrunken belästigt, bestärkt haben. Von einem der betroffenen »jungen Kameraden« soll dem Präsidium eine eidesstattliche Versicherung vorliegen. Das Präsidium forderte daraufhin Apfel auf, einen »umfangreichen Fragenkatalog« für eine »lückenlose Aufklärung« zu beantworten. Statt Antworten folgte die Austrittserklärung von Apfel, der seit 1988 der NPD angehörte und seine politische Karriere bei den »Jungen Nationaldemokraten« begonnen hatte. Kurz vor dem Austritt hatte sich Apfel in einer Erklärung, die nur für kurze Zeit bei »Deutsche Stimme-Aktuell« (DS-Aktuell) online stand, über »ehrverletzende Verleumdungen«, die in den letzten Tagen zugenommen hätten, beschwert und sich auch gegen die »absurdesten Gerüchte« über seinen »angeblichen Reichtum« verwahrt. Diese Behauptungen, schrieb er, seien »zwar haltlos«, aber ihm sei bewusst, dass er diesen »Makel nicht losbekommen« werde. Er habe nicht mehr die Kraft, gegen die Nachreden »anzukämpfen«. Der langjährige Führungskader der Partei, der als Ziehsohn des ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigts galt, ein Opfer der Partei?

Intern stand Apfel seit Monaten in der Kritik. Der frühere Hoffnungsträger hatte sich längst zum glücklosen Parteiführer gewandelt – teils unbeliebt, teils regelrecht gehasst. Statt Führung – so der Vorwurf – betreibe er eine Klüngelpolitik mit Vertrauten, gekauft durch Ämter und Zuspruch. Der NPD-Bundesvize Karl Richter griff Apfel im Oktober vergangenen Jahres in einer E-Mail offen an – und wurde gleich persönlich. »Schon ein Parteiführer mit Sprachfehler ist an sich ein Unding«, schrieb er und lästerte weiter über den »bedauernswerten Betroffenen« mit »pummeligen Fingern«, der von »Konkurrenzneid« zerfressen sei und »innerparteilich viel Energie auf die Demontage verdienter und vorzeigbarer Funktionsträger verwenden« würde. »Ein solcher Parteiführer führt nicht, motiviert nicht und integriert nicht, sondern er spaltet«, führt Richter in der E-Mail an die KameradInnen aus. Ein Streit um die Kandidatur für den Spitzenplatz zur Europawahl 2014 hatte zu dieser Abrechnung geführt. Drei Jahre zuvor, 2011, stand Apfel, der sowohl die Öffnung zur »Neuen Rechten« als auch zu den »Freien Kameradschaften« forcierte, parteiintern noch ganz anders da. In einer Kampfabstimmung setzte er sich gegen Voigt als Bundesvorsitzenden durch. Die Kandidatur hat das Verhältnis der beiden nachhaltig belastet. Apfels Konzept unter dem Motto »seriöse Radikalität« löste derweil nicht die von Voigt hinterlassenen Parteientwicklungsprobleme: anhaltende Finanzschwierigkeiten, geringe Verankerung im Westen, keine neue WählerInnen und kein Hinzugewinn an neuen Mitgliederschichten. Zwar konnte Apfel 2012 sein Bundesamt noch verteidigen, aber Sehnsucht nach dem alten Vorsitzenden Voigt kam auf. Pläne für einen neuen Vorsitzenden Pastörs sollen verhandelt worden sein – auch weil viele in der Partei und Szene mit der »seriösen Radikalität« eine Aufweichung ihrer Positionierung verbanden. Immer wieder betonte Apfel, was er am 20. Oktober 2011 auf »DS-Aktuell« versicherte: »Für Träger einer Weltanschauung versteht es sich von selbst, dass es bei der ›seriösen Radikalität‹ nicht um inhaltliche Anpassung und die Aufweichung unserer Grundsätze geht.« In der Partei wollten ihm das nicht alle glauben. In der Presse jenseits der Parteipublikationen erschien der Bundes- und Landtagsfraktionsführer als »moderat« – trotz provokanter Aktionen im Landtag und einschlägiger Reden bei Aufmärschen.

Mit dem Austritt aus der Partei könnte Apfel einem Ausschluss zuvor gekommen sein. Von der Bundesführung um den seit der Präsidiumssitzung kommissarischen Bundesvorsitzenden Udo Pastörs ist nach dem Austritt bisher keine offizielle Stellungnahme erfolgt. Auf Facebook empfahl der NPD-Kader Michael G. aus Sachsen-Anhalt seinem Ex-Parteichef jedoch: »Der einzige Rat, den ich dem geschiedenen Parteivorsitzenden Holger Apfel auf den Tisch legen würde, besteht aus einer Pistole und exakt einer Kugel.« Auf dem Szeneportal »Altermedia« heißt es höhnisch: »Ist das die ›frohe Botschaft‹, von der man um die Weihnachtszeit immer so viel hört?«

Bei den nächsten Landtagswahlen am 31. August 2014 will die NPD wieder in den Landtag einziehen. So warnt die sächsische Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (»Die Linke«) davor, die NPD nun zu unterschätzen. Apfel habe für die Arbeit der NPD-Fraktion seit Monaten keine Rolle mehr gespielt, sagt sie. Für einen möglichen Wiedereinzug seien »jene Akteure wichtiger, die die rassistische Welle in Sachsen« vorantreiben: »2004 ist die NPD nicht wegen Apfel gewählt worden, sondern wegen Hartz IV.«

Vor einem neuen »Aufstand der Unfähigen«?

Der zweite Antrag auf ein Verbot der NPD wurde am 3. Dezember 2013 vom Bundesrat beim zuständigen Verfassungsgericht eingereicht. Die InitiatorInnen sind sich sicher, dass die handwerklichen Fehler des ersten Antrages von 2001 nicht wiederholt werden.

von Volkmar Wölk



^ *NPD-Aufmarsch – »in aktiv-kämpferischer, aggressiver Weise«*

Am 27. Juli 2000 explodierte auf dem Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn eine Rohrbombe. Zehn Menschen wurden schwer verletzt. Bei den Opfern handelte es sich um MigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion mit jüdischem und muslimischem Hintergrund, die sich gemeinsam auf dem Heimweg von einem Sprachkurs befanden. Die Ermittlungen, auch in der Neonaziszene, hatten keinerlei Erfolg und wurden 2009 eingestellt. Statt kriminalistischer Erfolge gab es politische Folgen: Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) rief den »Aufstand der Anständigen« aus und – als Reaktion auf die Kritik am Ausbleiben des »Aufstands der Zuständigen« – die Diskussionen über die Notwendigkeit eines Verbots der NPD überschlugen sich danach. Der Antrag scheiterte, denn die Spitzel der Geheimdienste in der NPD stellten für eine Sperrminorität der VerfassungsrichterInnen ein unüberwindliches Verfahrenshindernis dar. Es konnte nicht zweifelsfrei unterschieden werden, welche Äußerungen vom überzeugten Neonazi und welche vom gekauften Spitzel stammten. Der Politikwissenschaftler Lars Flemming urteilte in seiner Dissertation, den meisten PolitikerInnen sei vor allem daran gelegen gewesen, »die Welle der öffentlichen Entrüstung zur Erhöhung der WählerInnengunst zu nützen«. Spätestens mit dem Einreichen der Verbotsanträge sei auch der Kampf »gegen rechts« beendet gewesen.

Zurück auf Start

Am Beginn der erneuten Debatte um ein Verbot der NPD steht wiederum ein Aufsehen erregendes Ereignis, nämlich die Selbstenttarnung des NSU. Als Begründung dient der Umstand, dass einige der UnterstützerInnen des Kerntrios zeitweise der NPD angehörten oder noch deren Mitglied sind. Den InitiatorInnen dieser Debatte war selbstverständlich klar, dass diese Begründung nur wenig Substanz hat. Dazu müsste schon eine direkte Abhängigkeit des NSU von der NPD insgesamt nachgewiesen werden. Denn dass der NSU tatsächlich »in aktiv-kämpferischer, aggressiver Weise« seine verfassungsfeindlichen Ziele verfolgte, wäre nicht zu bestreiten gewesen. Der Nachweis, dass die NPD dies ebenfalls tut, ist die vordringliche Aufgabe der beiden Berliner Verfassungsrechtler Christian Waldhoff und Christoph Möllers, die im Auftrag des Bundesrates die Antragsschrift – 247 Seiten mit 303 Belegen, die bis in den Herbst 2013 reichen – verfasst haben. Besonderes Augenmerk gilt der Anlage 4 (»Erklärungen der Innenminister und Innensenatoren über die Quellenfreiheit der Führungsebene der NPD sowie des Beweismaterials«).
In der Tat hatte es um die unabdingbare Versicherung, dass kein durch Spitzel gewonnenes Material genutzt wurde, bis zuletzt Fragen gegeben. Nunmehr ist scheinbar auch die kleinste Unwägbarkeit ausgeschlossen. So hatte der sächsische Geheimdienstchef Gordian Meyer-Plath im Januar 2013, unmittelbar nach der Wahl von Holger Szymanski zum Landesvorsitzenden der NPD, dessen ehemalige V-Mann-Tätigkeit nicht dementiert. Szymanskis Name taucht in dem gesamten Material nicht auf. Obwohl er zeitweise stellvertretender Chefredakteur des Parteiorgans »Deutsche Stimme«, und Pressesprecher der Landtagsfraktion war und als Leiter des Parlamentarischen Beraterdienstes wesentlichen Einfluss auf die Arbeit der Fraktion hat. Aber: War man in allen Bundesländern so vorsichtig?
Hauptaufgabe der Antragsschrift ist allerdings der Nachweis, dass die zu verbietende Partei »in aktiv-kämpferischer, aggressiver Weise« und »planvoll« die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen will. Mindestens ebenso gravierend erscheint aber die Frage, ob die als Belege angeführten Vorgänge erstens korrekt interpretiert werden und zweitens nicht Einzelpersonen, sondern der Gesamtpartei zugerechnet werden können.
Dreh- und Angelpunkt der Antragsschrift ist der Nachweis, dass die Ideologie der NPD weitgehend mit dem Gedankengut der historischen NSDAP identisch ist. Gestützt wird diese These durch ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, das eine Wesensverwandtschaft der NSDAP und der NPD als erwiesen ansieht. Was sich nach einer Binsenweisheit anhört, könnte vor dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg von entscheidender Bedeutung sein. Dieser hat nämlich bei früheren Entscheidungen, bei denen es um Parteienverbote ging, sehr restriktiv geurteilt, neben den objektiven Verbotsgründen müsse auch eine »dringende Notwendigkeit« für ein Verbot bestehen. Der erfolgreiche Nachweis ist bei der derzeitigen Verfassung der NPD nicht gesichert. Es bleibt eine letzte Möglichkeit: der Spielraum, den der Menschenrechtsgerichtshof den einzelnen Staaten einräumt, indem er auf nationale und historische Besonderheiten verweist.
Wenn allerdings bereits jetzt zu dieser Notlösung gegriffen wird, versteht man den Potsdamer Staatsrechtler Prof. Eckart Klein. Er urteilt am Ende seiner kleinen Studie über »Rechtsprobleme beim Verbot politischer Parteien« zu den Erfolgsaussichten eines neuerlichen Verfahrens gegen die NPD knapp, lapidar und vernichtend: »Fragte man mich, riete ich ab.«

Auf Anweisung

Der Thüringer Geheimdienst wusste von Neonazi-Straftaten – und tat nichts. Ein Bericht aus dem »Trinkaus-Untersuchungsausschuss«.

von Paul Wellsow



^ *Kai-Uwe Trinkaus-Siemokat vor dem Untersuchungsausschuss am 6. Januar 2014 in Erfurt*

Die Aussage schlug ein wie eine Bombe. Am 16. Dezember 2013 sagte der V-Mann-Führer des ehemaligen Nazi-Spitzels Kai-Uwe Trinkaus vor dem Thüringer Untersuchungsausschuss »V-Leute gegen Abgeordnete« aus, er habe im Mai 2007 auf ausdrückliche Anweisung seines Vorgesetzten, des damaligen Vizepräsidenten des »Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz« (TLfV) Gerd Lang, eine brisante Information seines V-Mannes aus der NPD nicht zu den Akten genommen. Nach einem Aufmarsch von rund 1.000 Neonazis am 1. Mai 2007 in Erfurt war im Bahnhof ein Fotograf der »Thüringischen Landeszeitung« tätlich angegriffen, zu Boden geworfen und seiner Kamera beraubt worden. Noch am gleichen Abend informierte der Spitzel, der auch vor Ort gewesen war, telefonisch seinen V-Mann-Führer und nannte den Namen des Neonazis, bei dem die teure Kamera angeblich zu finden sei: Dominik W., ein stadtbekannter Aktivist der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«. Das berichtete der Geheimdienstler pflichtbewusst am nächsten Tag seinem Chef. Doch der erteilte ihm die Anweisung, den Vorgang nicht zu notieren und keine weiteren Nachforschungen anzustellen. Wenig später lieferte der V-Mann dann auch noch eine CD mit den Fotos aus der geraubten Kamera an das Amt und informierte darüber, der Neonazi W. biete die gestohlene Kamera bei eBay zum Verkauf an. Später wurden zwei Neonazis wegen des Angriffs auf den Journalisten verurteilt, der Raub der Kamera blieb bis heute ungeklärt. Ob die Tat aufgrund des jahrelangen Schweigens des Geheimdienstes nun wegen Verjährung straffrei bleibt, ist noch unklar.

Illegale Parteispenden?

Schon zuvor waren in dem Ausschuss brisante Informationen ans Licht gekommen. In den Akten des Thüringer Geheimdienstes fanden sich Hinweise des damaligen Kreisvorsitzenden der NPD Erfurt-Sömmerda, Kai-Uwe Trinkaus, auf mögliche anonyme Spenden an die Neonazi-Partei im Jahr 2007: »Der NPD-KV EF/SÖM hat potentielle Spender gewonnen, von denen auch 4-stellige Beträge mit und ohne Spendenquittung getätigt werden.« Bis zum Wahljahr 2009 könne eine Summe von 25.000 Euro allein für den Kreisverband zusammenkommen. Trotz Nachfrage bei einem späteren Treffen zwischen dem Spitzel und seinem V-Mann-Führer gab Trinkaus keine Namen preis, da SpenderInnen »auf die Verschwiegenheit der Quelle vertrauen«. Das TLfV beließ es offenbar dabei und verfolgte die Spur möglicher illegaler Spenden nicht weiter. Im Thüringer Landtag hat »Die Linke« nun die NPD wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz angezeigt und den für die Kontrolle von Spenden an Parteien zuständigen Bundestag eingeschaltet.

Auch weitere mögliche Straftaten waren dem Amt durch die sprudelnde Quelle Trinkaus bekannt. So informierte er im Oktober 2006 über einen für 2007 geplanten Überfall auf das »Besetzte Haus« in Erfurt durch bis zu 100 Neonazi-Hooligans aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Das Amt notierte: »Das besetzte Haus soll exemplarisch zerstört werden. Zur Not wolle man die Bude abfackeln; es habe dort ja schon öfter gebrannt.« Laut Trinkaus würden auch Schwerverletzte in dem bewohnten Haus in Kauf genommen werden. Trainiert wurde für den Angriff im Neonazi-Sportverein »SV Vorwärts Erfurt e. V.«. In einer städtischen Halle übten NPD-Mitglieder und rechte Hooligans gemeinsam mit dem V-Mann Trinkaus Kampfsport. Dem Geheimdienst hatte der Spitzel frühzeitig davon berichtet. Auch ein offenkundiger Insolvenzbetrug und organisierte Betrügereien mit Sozialleistungen wurden zwar säuberlich in den Akten des TLfV vermerkt, blieben aber folgenlos. Offenbar schaute das Amt zu, wie wichtige Akteure der Erfurter Neonazi-Szene gewalttätige Angriffe planten und sich mit illegalen Mitteln die Taschen füllten. Für seine Informationen, die er zwischen Mai 2006 und September 2007 lieferte, bekam Trinkaus hohe Honorare vom Amt.

Konsequenzen?

Seit einem Jahr arbeitet der Untersuchungsausschuss »V-Leute gegen Abgeordnete«. Eingesetzt um zu klären, ob das TLfV wusste, dass ihr V-Mann in den Jahren 2006 bis 2008 Abgeordnete, Fraktionen, Parteien und Vereine unterwanderte und mit perfiden Mitteln öffentlich diskreditierte. Unter den Augen der Behörden baute der Neonazi Trinkaus Vereine auf, störte Veranstaltungen und schuf in der Stadt gemeinsam mit rechten Hooligans ein Klima der Angst. Einer Abgeordneten der Linkspartei wurde zielgerichtet nachgestellt, ein anderer Politiker sollte mit dem frei erfundenen Vorwurf einer sexuellen Belästigung öffentlich geschädigt werden. Nur als Trinkaus gemeinsam mit weiteren Neonazis die Erfurter Sektion des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) unterwanderte, um Geld abzuschöpfen, griffen Innenministerium und Geheimdienst ein. Umgehend wurde der Vorsitzende des BdV-Landesverbandes Thüringen, der CDU-Landtagsabgeordnete Egon Primas, persönlich vom Geheimdienst-Chef Thomas Sippel gewarnt. Die Grünen, Jusos, Linkspartei, den Erfurter Stadtsportbund oder die Gewerkschaft ver.di, die alle auf unterschiedliche Arten Opfer der Attacken von Trinkaus wurden, ließ das Amt dagegen ins offene Messer laufen. Sie erhielten nie eine Information über dessen Subversionsstrategien.

Im Sommer 2014 wird der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses erwartet. Er wird Erschreckendes dokumentieren und einmal mehr deutlich machen, dass der Geheimdienst unkontrollierbar ist und der Neonazi-Szene – gewollt oder ungewollt – als Aufbau-Helfer dient.

Der »dritte Weg« als Ausweg

Gibt es bald eine neue Perspektive für Strukturen, die gescheitert oder von Verboten bedroht sind? Seit September 2013 organisieren sich süddeutsche Neonazis in der neuen Partei »Der Dritte Weg«.

von Robert Andreasch



^ 16. November 2013 in Wunsiedel

Am Anfang stand eine Pressemitteilung, veröffentlicht auf der Website des neonazistischen Kameradschaftsverbandes »Freies Netz Süd« (FNS, Bayern) und auf Seiten wie dem »Infoportal 24« aus den Kreisen des »Aktionsbüros Rhein-Neckar« (Baden-Württemberg/Vorderpfalz). Darin heißt es, dass am 28. September 2013 »über ein Dutzend Aktivisten« bei einem Treffen in Heidelberg »in harmonischer Atmosphäre« diese »neue parteipolitische Plattform« geschaffen hätten – gemeint ist die Partei »Der Dritte Weg« (DIIIW).

Der Name hat eine längere Geschichte in der deutschen und internationalen Rechten. Unter anderem war er Titel der Parteizeitung der »Freisozialen Union – Demokratische Mitte« (FSU), in der ab 1970 die freiwirtschaftlichen Lehren von Silvio Gesell diskutiert wurden. Für Blockfreiheit und für eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus trat man ein, was durchaus deckungsgleich mit den Inhalten nationalrevolutionärer Netzwerke der 1980er und 1990er Jahre war. »Junge Nationaldemokraten« (JN), »Sozialrevolutionäre Arbeitsfront« (SrA) und andere deutsche Neonazis orientierten sich damals an der britischen Partei »International Third Position (Third way)« oder der italienischen »Terza Posizione«.

»Die Betonung der Parteiausrichtung«, so schreibt jetzt der »Dritte Weg« in seiner Gründungserklärung, liege »auf einem sozialistischen Programm, das einen nationalrevolutionären Charakter Ausdruck verleiht« (Fehler i. O.). Schon formal erinnern die zehn Ziele im extrem knapp gehaltenen Parteiprogramm an eine komprimierte Version der 25 Punkte der NSDAP. Auch Inhalte von damals tauchen wieder auf, nicht zuletzt bei den Forderungen nach »Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betrieben der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe« und der »Wiedereinführung der Todesstrafe«. Zu diesem, Zitat DIIIW, »Deutschen Sozialismus« kommen querfrontlerische Töne (»Austritt Deutschlands aus der NATO«) sowie die völkische Forderung nach »Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes«. Punkt neun, »Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft«, gleicht dem Punkt fünf der sieben Ziele der »Europäischen Aktion« (EA). Die Organisation, die der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub in mehreren Ländern aufzubauen versucht, wirbt auf der Internetpräsenz des »dritten Wegs« mit einem eigenen Banner. Damit dürfte sich in nächster Zeit wohl kaum ein größeres WählerInnenpotential erschließen lassen. Aber eine Vergrößerung strebt die neue Splitterpartei offensichtlich auch nicht an. Es ist lediglich möglich eine »Fördermitgliedschaft« zu beantragen, ein einfaches Parteibuch scheint nicht vorgesehen. Dazu passt, dass die ›Partei‹ aus der Ablehnung der (parlamentarischen) Demokratie keinen Hehl macht: »Mit diesem Irrglauben beseelt hält man viele gutgläubige Nationalisten seit Jahren am Narrenband«, heißt es bei ihr. Dass man »neben dem Aufbau einer wahlpolitischen Alternative« auch Politik »auf der Straße« vertreten sowie »sich kulturell betätigen« und »Sport- und Freizeitangebote« anbieten möchte, deutet auf einen ganz anderen Schwerpunkt hin: Die Aktivitäten neonazistischer Kameradschaften können zukünftig unter einem neuen Deckmantel durchgeführt werden. Kein Wunder, dass Norman Kempken und das »Freie Netz Süd« zu den HauptträgerInnen der neuen Struktur gehören. Nach den Razzien gegen den Kameradschaftsverband im Juli 2013 suchen die Mitgliedsgruppen nach neuen Organisationsformen. Ein Beitritt zur Neonazi-Partei »Die Rechte« ist im Süden dabei keine Option. Bis heute hat sie keine Landesverbände in Bayern und Baden-Württemberg aufgebaut; ihr Gründer Christian Worch ist beim »Freien Netz Süd« wegen Spitzelvorwürfen verhasst. Die NPD kann eine Sammlungsfunktion längst nicht mehr erfüllen. Der »Dritte Weg« versandte eine weitere Erklärung, nach der die NationaldemokratInnen wegen »fiesen Machenschaften einer Funktionärsclique« nicht mehr »die Heimathafen-Funktion und den Anspruch der einzigen nationalen Wahlpartei« innerhalb des »Nationalen Widerstands« erfüllten. Der Münchner Stützpunkt der neuen ›Partei‹ lästerte, die NPD sei »keine wirkliche Alternative zum heutigen Zeitgeist mehr«. Solche Absetzbewegungen verwundern nicht, denn als Vorsitzender im fünfköpfigen »Gesamtvorstand« agiert der ehemalige NPD-Funktionär Klaus Armstroff (Weidenthal). Zusammen mit seiner Frau Dörte, der gestürzten rheinland-pfälzischen NPD-Landesvorsitzenden, war er bei seiner Ex-Partei zuletzt in Ungnade gefallen.

DIIIW bewirbt heute prompt einen Telefonanschluss in Weidenthal, der bisher vom NPD-Landesverband genutzt wurde. Im Rhein-Neckar-Raum meldete Klaus Armstroff zuletzt mehrere neonazistische Aktionen unter dem Label »Der Dritte Weg« an. Auch beim »Heldengedenkmarsch« des »Freien Netz Süd« am 16. November 2013 im nordbayerischen Wunsiedel waren die meisten Transparente schon mit der neuen Parteibezeichnung unterschrieben. Eine Woche später hielt der FNS-Aktivist Tony Gentsch (Regnitzlosau-Oberprex) beim Aufmarsch gegen Asylsuchende im thüringischen Greiz seine Ansprache bereits als offizieller Vertreter der ›Partei‹. Und Flugblätter, die im gleichen Monat im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen verteilt wurden, zeigen den Rassismus der Neuschöpfung: Unter der Überschrift »Asylantenflut stoppen« wird recht unverhohlen mit Gewalt gedroht: »Braucht die Regierung ein neues Rostock-Lichtenhagen, um aufzuwachen?«

Trauermarsch und Trauerspiel

Zwischen 1990 und 2010 konnten mit neonazistischer Geschichtspropaganda AnhängerInnen im vierstelligen Bereich mobilisiert werden. Vom Hochgefühl dieser Zeit ist nicht viel geblieben.

von Silke Heinrich



1991 marschierten um die 1.000 Neonazis anlässlich des Volkstrauertages auf dem Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe auf. Im Jahr 2005 kamen dort unter Federführung von Christian Worch noch einmal 1.600 Neonazis zusammen. In München demonstrierten 1997 knapp 5.000 Alt- und Neonazis gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung. Während es bei den damaligen Aufmärschen vor allem um die Glorifizierung des deutschen Soldatentums ging, rückte nach und nach die Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt der Propaganda.

Geschichtspropaganda zur Mobilisierung

Vor allem die Bombardierungen deutscher Städte durch die Alliierten erwiesen sich als erfolgreiches Mobilisierungsthema. Mit Dresden als Symbol war es anschlussfähig an öffentliche Opferdiskurse und versprach Zustimmung sowohl seitens der deutschen Bevölkerung als auch die massenhafte Mobilisierung der eigenen Klientel. Während eine wachsende Zahl Neonazis Jahr für Jahr durch die Stadt zog, gedachte die Dresdener Bevölkerung kaum weniger geschichtsrevisionistisch der Opfer des als »Bombenholocaust« in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangenen Ereignisses. Im Jahr 2005 hatte die Mobilisierung mit etwa 6.000 Neonazis ihren Höhepunkt erreicht. Die ab 2007 zusätzlich stattfindenden Aufmärsche der sogenannten »Freien Kräfte« verzeichneten bis zu 2.000 Teilnehmende. Im Windschatten von Dresden etablierten sich aber auch in weniger symbolträchtigen Städten sogenannte »Trauermärsche« zu den Jahrestagen der Bombardierungen, so in Magdeburg, Chemnitz, Dessau und Lübeck. Die Mobilisierungswirkung dieser speziellen Thematik war fast ein Selbstläufer.

Doch nicht nur die Bombardierungen werden von der Neonazi-Propaganda aufgegriffen. Im niedersächsischen Bad Nenndorf bildete sich eine Initiative, die seit 2006 jedes Jahr im August das ehemalige britische Verhörzentrum im Ort thematisiert. Auf der Mobilisierungsseite im Netz ist zu lesen, dass in diesem »Folterlager« nach 1945 deutsche Zivilisten, Jugendliche sowie »vermeintliche Nationalsozialisten« von den Briten eingesperrt und teilweise zu Tode gefoltert wurden. Rund 1.000 Neonazis kamen zum Aufmarsch im Jahr 2010. Auch im rheinland-pfälzischen Remagen wurden nach 1945 deutsche Kriegsgefangene in den vom amerikanischen Militär eingerichteten »Rheinwiesenlagern« inhaftiert. Seit 2009 marschieren hier im November jährlich zwischen 200 und 300 Neonazis aus der Region. Dabei wird die Zahl der dortigen Todesopfer in schwindelerregende Höhen gelogen.

Der Tenor der neonazistischen Darstellungen ist immer gleich: Die nationalsozialistischen Verbrechen werden relativiert, Täter und Opfer des Nationalsozialismus werden umgekehrt und jegliche Maßnahmen der Alliierten zu Kriegsverbrechen erklärt. Durch jahrelanges Schweigen der Öffentlichkeit zu den Aufmärschen konnten sich die Neonazis in dem Glauben wiegen, mit ihren Ansichten akzeptierter Teil eines deutschen Volkes zu sein, das sich nach 1945 nicht befreit, sondern unterworfen gefühlt hat. Mehr Akzeptanz in der bundesdeutschen Bevölkerung haben ihnen die Geschichtskampagnen jedoch letztlich nicht verschafft. Selbst in Dresden distanzierte man sich deutlich; wenn schon nicht von allen ihren Inhalten, so doch von den Nazis selbst.

Sinkende TeilnehmerInnenzahlen

Die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland«, Veranstalterin der Großaufmärsche in Dresden, hat ihre Aktivitäten eingestellt und auch der Aufmarsch der »Freien Kräfte« wird immer unattraktiver. Die 700 Neonazis, die zuletzt 2013 nach Dresden kamen, verbrachten die gesamte Zeit von GegendemonstrantInnen umgeben in Polizeikesseln. In Lübeck, Chemnitz und Dessau sank in den vergangenen Jahren die Zahl der AnhängerInnen auf 100 bis 250. In Bad Nenndorf marschierten 2013, trotz monatelanger und bundesweiter Mobilisierung und begleitet von massiven Protesten, gerade einmal noch 350 Neonazis durch den Ort. Zu einem Marsch im November kamen sogar nur etwa 50. Der Soldatenfriedhof in Halbe hat aufgrund von Verboten und Protesten seine Bedeutung für die Neonaziszene ganz verloren. Lediglich im sachsen-anhaltinischen Magdeburg ist bis 2013 die Zahl mit zwischen 800 und 1.000 TeilnehmerInnen pro Aufmarsch über die Jahre nahezu konstant geblieben.

Die Gründe für den Rückgang der Zahlen sind vielfältig. Unter anderem hat sich der Umgang mit Neonazi-Aufmärschen seitens der Öffentlichkeit wie auch der Polizei geändert. Wachsende Proteste, die von breiten Bündnissen aus Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischen Initiativen getragen werden, politische Distanzierungen sowie eine veränderte Polizeitaktik, welche die Proteste für die AufmarschteilnehmerInnen sicht- und hörbar macht, scheinen Wirkung zu zeigen. Polizeiliche Auflagen, aber vor allem auch Verhaltensregeln seitens der OrganisatorInnen von Neonazi-Aufmärschen wie ein Rauch- und Pöbelverbot oder genaue Instruktionen, wie eine Fahne zu tragen sei, werden manchem Nazi den Spaß verdorben haben. Mit viel Pathos und Tausenden AnhängerInnen auf der Straße konnte dies früher wettgemacht werden. Bei immer weniger TeilnehmerInnen ist es jedoch schwer, eine Stimmung zu erzeugen, bei der die Neonazis sich als Teil einer starken Bewegung fühlen können. In Remagen sorgte zusätzlich 2012 die Inhaftierung der Veranstalter vom »Aktionsbüro Mittelrhein« für einen deutlichen Einbruch.

Die sinkenden Zahlen scheinen die Neonaziszene grundsätzlich aber nicht zu entmutigen, wissen sie doch, dass sich außerhalb des Blickfeldes der Öffentlichkeit auch mit kleineren Aktionen, Vorträgen und Musik das Geschichtsbild zumindest der eigenen Klientel nachhaltig beeinflussen lässt.

Geschichte einer Skandalbehörde

Nach einer bundesweiten Umfrage im vergangenen Jahr hatten 25 Prozent der Befragten »eher weniger« und 22 Prozent »überhaupt kein Vertrauen« in den Verfassungsschutz. Die Umfragewerte für den niedersächsischen Geheimdienst dürften nach den jüngsten Skandalen über unrechtmäßige Überwachungen noch weiter gesunken sein. Auch in der Vergangenheit fiel die Landesbehörde immer wieder mit Negativschlagzeilen auf.

von Kai Budler

Die umfangreiche Skandalgeschichte des niedersächsischen Verfassungsschutzes (VS) beginnt spätestens mit der Beschäftigung des NS-Verbrechers Walter Odewald in der Behörde. Der 1902 geborene Odewald war im nationalsozialistischen Deutschland SS-Obersturmbannführer und Mitarbeiter der Gestapo. Im besetzten Frankreich wurde unter seiner Verantwortung ein Viertel in Marseille zerstört. Rund 800 Menschen wurden dabei in Konzentrationslager deportiert. In den 1950er Jahren kam Odewald dann bei der »Bundesnachrichtenstelle Hannover«, der dortigen Niederlassung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, unter und erhielt später eine leitende Stelle beim niedersächsischen Verfassungsschutz. Im Jahre 1959 machte das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« Odewalds braune Vergangenheit öffentlich und beendete damit dessen VS-Karriere.

»Aus dem Ruder gelaufen«

Auch in den folgenden Jahrzehnten mangelte es dem Geheimdienst in Niedersachsen nicht an handfesten Skandalen, wie die Bomben-Attentate der rechtsterroristischen »Gruppe Otte« Ende der 1970er Jahre zeigen. Ziele waren die Amtsanwaltschaft in Flensburg und das Amtsgericht in Hannover; ein Bekennerschreiben zum Anschlag auf das Gericht suggerierte damals eine Täterschaft der »Rote Armee Fraktion« (RAF). Weitere Anschläge waren geplant. An den Aktionen war neben dem namensgebenden Paul Otte aus Braunschweig auch der Neonazi und NPD-Mann Hans-Dieter Lepzien beteiligt. Als V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes war er am Bombenbau für die Anschläge beteiligt. Der VS hatte damals von diesen Straftaten gewusst und sie geduldet. Der SPD-Landtagsabgeordnete Werner Holtfort sprach von einer »fröhlichen Unbefangenheit« beim Vorgehen des VS. Nach Lepziens Verurteilung zu drei Jahren Haft kümmerte sich das Innenministerium sogar um Rechtsmittel, bestellte einen Anwalt und übernahm die Verfahrenskosten. Selbst um ein Gnadengesuch beim Bundespräsidenten bemühte sich das Ministerium und besorgte Lepzien »im Rahmen der Fürsorgepflicht« einen Arbeitsplatz. Der damalige Chef des niedersächsischen VS, Peter Frisch, bemerkte dazu lediglich, der V-Mann sei »leider aus dem Ruder gelaufen«.

»Celler Loch«

Weitere »aus dem Ruder gelaufene« V-Männer verzeichnete der VS 1978 bei dem später als »Celler Loch« bekannt gewordenen Sprengstoffanschlag auf die Außenmauer der Justizvollzugsanstalt Celle. Offiziell hieß es, die RAF oder deren SympathisantInnen hätten versucht, ein Loch in die Mauer des Gefängnisses zu sprengen, um ein mutmaßliches Mitglied der RAF zu befreien. Erst acht Jahre später enthüllten JournalistInnen, dass der VS selbst mit der »Aktion Feuerzauber« versucht hatte, zwei einschlägig vorbestrafte V-Männer in das RAF-Umfeld einzuschleusen. Die Staatsbombe hatte die Antiterroreinheit des Bundesgrenzschutzes (heute Bundespolizei) mit Wissen der Behörde und des Bundesinnenministeriums gelegt. Trotz heftiger Kritik bestand für VS-Chef Frisch kein Zweifel, »dass diese Aktion auch rechtlich bis zum Letzten gerechtfertigt war«.
In die Zeit des »Celler Lochs« fallen auch Berichte über Zuträgerdienste von JournalistInnen für den VS. Das Innenministerium bezahlte V-Leute für vertrauliche Berichte aus ihren Redaktionen und unterlief so die Kontrollpflicht der Presse gegenüber den Behörden.

Bezahlte Neonazis

Der Einsatz von V-Leuten fiel dem Dienst im Laufe seiner Geschichte immer wieder auf die Füße, wie auch zwei aktuelle Fälle von bezahlten Neonazi-V-Leuten zeigen: Nach umfangreichen Ermittlungen gegen die MacherInnen des Neonazi-Internetradios »European Brother Radio« (EBR) schlugen die BeamtInnen im März 2009 zu. Rund sechs Monate später sollte vor dem Landgericht Berlin das Verfahren gegen die BetreiberInnen wegen rund 250 Straftaten beginnen. Doch eine der sieben Beschuldigten entpuppte sich als V-Frau des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Der damalige Präsident des VS Niedersachsen, Günther Heiß, sagte der »taz« daraufhin: »Das Problem bei unseren Quellen ist, dass wir nicht immer wissen, was die sonst tun«. Auch der langjährige Neonazi Dirk Niebur aus Einbeck bei Göttingen soll ab März 2009 als V-Mann tätig gewesen sein – zumindest behaupteten das Mitglieder der Neonazi-Szene in Südniedersachsen und warnten vor Niebur. Der Grund: Nach einer Schießerei und einem Brandanschlag auf eine »Table Dance Bar« in Göttingen soll der ehemalige Weggefährte von Thorsten Heise mit Aussagen über seine Kameraden eine milde Strafe für sich erwirkt haben.

VS als Bildungsträger

Einen ganz anderen Arbeitsbereich entdeckte der Verfassungsschutz nach dem Wechsel zur schwarz-gelben Regierung 2003 für sich. Nachdem 2004 die Landeszentrale für politische Bildung zerschlagen wurde, folgte 2007 eine massive Ausweitung der Befugnisse des VS in der Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes war es der Behörde nun möglich, ihre Aufklärung durch »andere Maßnahmen« zu flankieren. Welche das sind, wurde mit der Gründung der »Niedersächsischen Extremismus-Informations-Stelle« (NEIS) 2009 deutlich. Neben den konventionellen VS-Angeboten macht NEIS Bildungsangebote und nutzt dabei Wanderausstellungen, ein Planspiel und die »Ausbildung von ›Demokratie-Lotsen‹«. Der VS bietet zudem Lehrkräftefortbildungen an und führt mit Schulen Jugendkongresse durch. Ganz unverfroren ist die Rede von neuen Projekten, »mit denen insbesondere junge Menschen angesprochen werden sollen und die als ein Beitrag zur Demokratieerziehung und der politischen Bildung gesehen werden«. Der VS als ein Akteur der politischen Bildung?

NSU-Unterstützer nur »Mitläufer«?

Während sich der niedersächsische VS Kompetenzen im Bildungsbereich sicherte, war ihm der mutmaßliche NSU-Unterstützer Holger Gerlach längst aus dem Blick geraten. Weil er 1997 nach Hannover umgezogen war, bat der Thüringer Verfassungsschutz zwei Jahre später in Niedersachsen um Amtshilfe und schrieb ausdrücklich von »Rechtsterroristen«, die mit Gerlach Kontakt aufnehmen könnten. Ganze drei Tage lang observierten die Niedersachsen den gebürtigen Thüringer, anschließend brachen sie die Überwachung ab. Nach dem Bekanntwerden dieser Panne rechtfertigte der ehemalige VS-Chef Hans Wargel die Streichung von Gerlach aus der Kartei damit, dass es keine Erkenntnisse über Straf- oder Gewalttaten gegeben habe. Dabei war er jahrelang in der »Kameradschaft 77« aktiv und schloss sich den »Freien Kräften« an. Noch 2005 war Gerlach mit Neonazi-Kadern aus dem Raum Hannover an extrem rechten Aktionen beteiligt. Noch 2011 besuchte er gemeinsam mit dem Anführer



^ *Rechts kuscheln – links überwachen,*
damaliger Innenminister Schünemann als gern gesehener Gast beim Vertriebenen-Treffen der Schlesier 2007

der inzwischen verbotenen Neonaziorganisation »Besseres Hannover« einen Gerichtsprozess. All dies war dem VS unter den Innenministern aus SPD und CDU nicht aufgefallen, weil er Gerlach als Mitläufer eingestuft hatte. Das Versagen des VS als selbst postuliertes Frühwarnsystem hatte tödliche Konsequenzen.

Wer ist ExtremistIn?

In ihrer zehnjährigen Amtszeit baute die schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen Stellen in fast allen Landesbehörden ab, beim VS jedoch wurden die Personalstellen erhöht. Angesichts der »Aufgabenzuwächse« brauchte es offenbar neue DatensammlerInnen. Der ehemalige Innenminister Uwe Schünemann machte zuletzt sehr deutlich, wo der von ihm definierte »Extremismus« zu Hause ist. Wegen der pauschalen Beobachtung der Partei »Die Linke« sollte einer prominenten Politikerin der Partei auf Drängen des VS die Einbürgerung verweigert werden. Die gleiche Erfahrung machte ein Mitglied der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ), dessen Antrag auf Einbürgerung wegen eines Einspruchs des VS verweigert wurde.

Die im September dieses Jahres öffentlich gemachte rechtswidrige Überwachung von mindestens 14 JournalistInnen und PublizistInnen, einer Landtagsmitarbeiterin und einem Anwalt – teils über Jahre hinweg – lässt zudem befürchten, dass sich die Behörde in Niedersachsen längst verselbstständigt hat (siehe Interview auf Seite 10). Die amtierende Präsidentin, Maren Brandenburger, sprach von einem Organisationsversagen ihrer Behörde. Eine »Task Force« durchforstet jetzt die insgesamt 9.000 Personendaten beim VS nach weiteren rechtswidrigen Fällen; die Überprüfung soll im zweiten Quartal des Jahres 2014 abgeschlossen sein.

Diese jüngst bekannt gemachten Überwachungsmaßnahmen unter dem ehemaligen Innenminister Schünemann (CDU) werfen erneut die Frage auf: Wen zählt der Geheimdienst eigentlich aus welchen Gründen zu den mutmaßlichen »ExtremistInnen«? Die vorliegenden Begründungen für die Überwachung sind meist an den Haaren herbei gezogen und allein die Verwechslung des Journalisten Ronny Blaschke mit Ronald Blaschke von der Partei »Die Linke« lässt erahnen, dass hinter den Kulissen offenbar eine Hand nicht weiß, was die andere tut. Schon länger wird auf den Fluren der Innenpolitik im Landtag kolportiert, der Verfassungsschutz des CDU-geführten Innenministeriums habe bei der Beobachtung von »Linksextremisten« ein Mindestmaß an vorgegebenen Zahlen erreichen müssen. Wird bei konkreten Fällen nach den Gründen gefragt, zieht sich der VS in der Regel auf die »Geheimhaltung« zurück. Die gleiche Antwort fällt bei konkreten Fragen der parlamentarischen Kontrollgremien zu Vorfällen beim Einsatz möglicher V-Leute. Doch auch diese Kontrolle werde nur mangelhaft genutzt, die entsprechenden Ausschusssitzungen würden immer wieder verschoben, heißt es aus innenpolitischen Kreisen.

Reform des Verfassungsschutzes?

Angesichts des Versagens, der vielen Pannen und Skandale fällt es nicht nur ausgewiesenen BehördenkritikerInnen schwer, die angekündigte Reform des VS in Niedersachsen ernst zu nehmen. Zu sehr sprechen der Charakter des Geheimdienstes und die alteingesessenen Strukturen des Apparates gegen eine transparente Arbeit der Behörde. Der VS bleibt ein politisches Instrument, das von den jeweiligen Regierungsparteien für ihre Zwecke genutzt wird. Das sollten auch die vom VS rechtswidrig Beobachteten im Kopf behalten, statt sich – auch gegen ihren Willen – zu SteigbügelhalterInnen eines Geheimdienstes unter rot-grüner Führung zu machen, der sich mit dem Aufdecken von Fehlern aus den letzten zehn Jahren begnügt, um sich lediglich gegen die Politik von Innenminister Schünemann abzugrenzen. Erste Schritte auf dem Weg zu einem glaubhaften Umbau der Behörde wären die Diskussion über den Extremismusbegriff, der Rückzug aus der Bildungsarbeit und die Aufgabe des V-Mann-Prinzips. Einen solchen Abzug der V-Leute hatte noch 2009 der Rechtsexperte der Grünen-Landtagsfraktion, Helge Limburg, gefordert. Nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen im Januar 2013 ist in der Koalitionsvereinbarung nur noch vorgesehen, den Einsatz der V-Leute einzuschränken und die Rahmenbedingungen neu zu regeln. Es ist zu befürchten, dass der Geheimdienst unter neuer Führung nur auf Druck der Öffentlichkeit mit den selbst angekündigten Veränderungen beginnen wird. Papier allein, wie das der Koalitionsvereinbarung, ist bekanntlich geduldig.

Im Visier des Geheimdienstes



Der niedersächsische Verfassungsschutz überwachte jahrelang JournalistInnen, die über die Neonazi-Szene berichten. Insgesamt wurden mindestens sieben BerichterstatterInnen beobachtet. Darunter sind auch die drr-AutorInnen Andrea Röpke und Kai Budler. Otto Belina sprach mit Sven Adam, dem Anwalt der beiden.

drr: Herr Adam, Sie werden vom niedersächsischen Verfassungsschutz (VS) überwacht, Ihre MandatInnen auch. Wie gefährlich sind Sie drei eigentlich für die deutsche Verfassung?
Sven Adam: Zunächst wurden wir wohl in der Tat überwacht – werden es angeblich aber nicht mehr. Der niedersächsische Verfassungsschutz hat ja vor gut drei Monaten eingeräumt, dass Daten über JournalistInnen wie Andrea Röpke gesammelt wurden. Allerdings seien diese Daten alle vorsorglich und vor allem vor der Auskunft über die Daten gelöscht worden. Insofern scheint offiziell bei den bekannt gemachten JournalistInnen aktuell keine Überwachung mehr stattzufinden. Das gleiche gilt mittlerweile auch für mich, da mir der Verfassungsschutz zwischenzeitlich mitgeteilt hat, die über mich gesammelten Daten indes nicht mehr für erforderlich zu halten und dass diese für die Verwendung durch Verfassungsschutz-mitarbeiterInnen gesperrt wurden. Was genau über uns gesammelt wurde, wissen wir aber alle noch nicht. Wir wissen also auch nicht, warum wir als gefährlich eingestuft wurden. Vermutlich haben wir die zu sehr genervt durch fundierteres Wissen oder rechtliche Erfolge.

Wie rechtfertigt der VS die Überwachung Ihrer MandantInnen?
Weitestgehend gar nicht. Im Fall von Andrea Röpke hat das Amt nach einem Wechsel des Führungspersonals die Rechtswidrigkeit der Datensammlung bereits eingeräumt. Im Fall von Kai Budler, der bereits länger vor den Verwaltungsgerichten anhängig war, wurde versucht, Budler in die Nähe des Linksextremismus zu rücken. Damit hat er (der VS / Anmerkung der Red.) aber vor dem Verwaltungsgericht Göttingen eine krachende Niederlage erlitten. Die Daten müssen nun gelöscht werden, soweit sie uns übermittelt worden sind.

Sie gehen nun im Auftrag Ihrer MandantInnen gerichtlich gegen den Verfassungsschutz vor. Was erhoffen Sie sich davon?
Letztendlich geht es uns vor allem um Aufklärung der Tiefe des Eingriffs durch die Beobachtung. Wir wollen daher vollständige Akteneinsicht und insbesondere wissen, inwieweit der Verfassungsschutz in die journalistische Berufsfreiheit eingegriffen hat. Wir geben uns aber jedenfalls nicht dem Glauben hin, durch erfolgreiche Klagen in diesem Bereich derartige Rechtsverstöße durch die Geheimdienste zu verhindern.

Der Verfassungsschutz behauptet, JournalistInnen weder abzuhören noch mit V-Leuten zu bespitzeln. Vertrauen Sie dieser Behauptung?
So lange mir die unmanipulierten Akten nicht vollständig zur Einsicht vorgelegen haben, fällt es mir schwer, dieser Behörde überhaupt noch irgendwas zu glauben.

JournalistInnen und AnwältInnen sind ja eigentlich Berufsgeheimnisträger. Wann dürfen Sie trotzdem durch die Geheimdienste beobachtet werden?
Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 17. September 2013 am Fall von Bodo Ramelow dargelegt, dass die Überwachung eines Parlamentariers nur in Betracht kommt, »wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Abgeordnete sein Mandat zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht oder diese aktiv und aggressiv bekämpft«. Die gleichen Voraussetzungen dürften auch bei anderen durch die Verfassung besonders geschützten Berufsgruppen gelten. Die Hürden sind für die Geheimdienste durch die Entscheidung des BVerfG jedenfalls höher geworden.

Welche Nachteile entstehen Ihnen und den betroffenen JournalistInnen?
Sowohl JournalistInnen als auch AnwältInnen sind im besonderen Maß auf Vertraulichkeit angewiesen. Das gilt sowohl für den Quellenschutz vor staatlichem Eingriff im Rahmen der Pressefreiheit als selbstverständlich auch für das Verhältnis zwischen MandantIn und AnwältIn. Selbst der verursachte Verdacht einer Überwachung kann potentielle Quellen abschrecken oder Mandatsverhältnisse be- oder verhindern und ist verfassungsrechtlich absolut inakzeptabel.

Der niedersächsische Verfassungsschutz ging im September dieses Jahres mit der brisanten Meldung selbst an die Öffentlichkeit. Finden Sie das nicht ungewöhnlich?
Es war zumindest ein für einen Geheimdienst ungewöhnlicher Schritt, der mit dem Wechsel des Führungspersonals innerhalb der Behörde zu tun gehabt haben könnte. Letztendlich war die Behörde aber auch unter Druck. Ihr war bekannt, dass der Verfassungsschutz unter anderer Führung insbesondere Andrea Röpke über den Fakt der Überwachung angelogen hatte. Denn noch im April 2012 hatte der Verfassungsschutz mir als Röpkes Anwalt mitgeteilt, keinerlei Daten über sie gesammelt oder gespeichert zu haben, obwohl jahrelang personenbezogene Daten von Röpke in der Amtsdatei und in Sachakten vorgehalten wurde. Letztendlich musste die Behördenleitung an die Öffentlichkeit, um nicht mit im Boot zu sitzen, wenn diese Lüge aufgeflogen wäre.

Wie kann man selbst überprüfen, ob man vom Verfassungsschutz beobachtet wird?
Jede/r hat das Recht, Informationen über die eigenen personenbezogenen Daten, die bei Polizeibehörden oder Geheimdiensten gespeichert werden, kostenlos zu erhalten. Es genügt ein formloser Schriftsatz an die Behörden, in dem um entsprechende Auskunft gebeten wird. Das kann jede/r selbst machen. Im Internet finden sich auch einige Seiten, die entsprechende Vorlagen und Musterschriftsätze anbieten. Wenn allerdings das jeweilige Verfassungsschutzamt mit einem so genannten Sperrvermerk antwortet, also die vollständige Auskunft verweigert, sollte anwaltliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

Vielen Dank für das Gespräch.

»Strafsache gegen Mulka u. a.«

Vor 50 Jahren, am 20. Dezember 1963, begann vor dem Frankfurter Landgericht der Auschwitz-Prozess. Seitdem gilt »Auschwitz« in der deutschen Öffentlichkeit als Synonym für die Shoa.

von Barbara Manthe

Als Otto Deutelbaum am 9. September 1943 nach Auschwitz kam, war er zehn Jahre und fünf Monate alt. Er wurde in den Kinderblock des so genannten »Familienlagers« einquartiert, einen Abschnitt für Familien aus dem KZ Theresienstadt. Obwohl Kinder wie er in Auschwitz kaum Chancen hatten, überlebte der Junge die unmenschlichen Zustände im Vernichtungslager und die Todesmärsche im Januar 1945.

Ein historischer Strafprozess

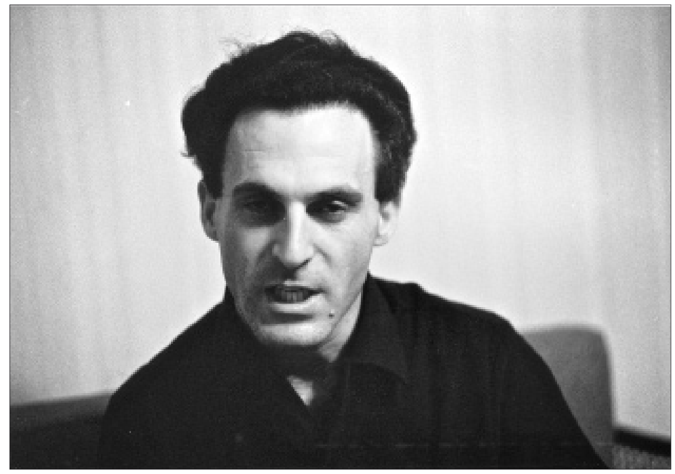
Zwanzig Jahre später, an einem Sommertag im Juli 1964, spricht Otto Deutelbaum, der nun den Namen Otto Dov Kulka trägt und in Israel lebt, im Frankfurter »Römer«. Er ist als Zeuge zu jenem Strafprozess gegen Robert Mulka, ehemaliger Adjutant des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß, und 21 weitere Angeklagte geladen, der als erster deutscher »Auschwitz-Prozess« in die Geschichte einging. Ganz zögerlich, stockend und mit leiser Stimme erzählt Kulka von Gewalttaten im Lager, die er beobachtete, und wie er es schaffte, sich der Gruppe der »Arbeitsfähigen« anzuschließen und so überlebte. Die Überwindung, die es ihn kostet, von seinen Erlebnissen zu erzählen, ist ihm anzumerken. Mehrmals unterbricht ihn der Vorsitzende Richter Hans Hofmeyer, fällt ihm ins Wort, beendet seine Sätze. Er ist ungeduldig, will alle Details ganz genau wissen. Hunderte von ZeugInnen werden die Richter am Ende des Prozesses gehört haben, der Großteil von ihnen ehemalige Häftlinge. Ihre Aussagen werden auf Tonband aufgezeichnet – auch der Bericht von Kulka. Der gebürtige Tscheche, Sohn des bekannten Historikers Erich Kulka, ist mit seinen 31 Jahren der jüngste Zeuge.

Auschwitz in deutschen Wohnzimmern

Der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 prägte den Blick der Deutschen auf die Shoa: »Vom 20. Dezember 1963 an ist das Wort »Auschwitz« in deutsche Wohnzimmer gedrungen«, hieß es kürzlich in der Süddeutschen Zeitung. Auschwitz wurde nun mehr und mehr ein geläufiger Begriff, ein Synonym für den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas. Dass das Fritz-Bauer-Institut nun Aussagen im Prozess online gestellt hat, verdeutlicht die Funktion solcher Prozesse als historische Quellen, weil sie akribisch die Vorgänge in den Konzentrations- und Vernichtungslagern rekonstruierten; die Gerichtsunterlagen stellen eine unschätzbare Sammlung an Berichten von Überlebenden der Shoa dar.
Zu einer stärkeren Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für die Notwendigkeit, NS-Verbrechen juristisch zu verfolgen, führte der Prozess freilich nicht: Mitte der 1960er Jahre gab es so wenig Akzeptanz für solche Gerichtsverfahren wie bisher nie.

Widerwillige Aufarbeitung

Mit dem Frankfurter Prozess startete die deutsche Justiz den ersten Versuch, Angehörige des Lagerpersonals – Aufseher, Ärzte, Adjutanten – sowie einen Funktionshäftling juristisch zu belangen. Dass dies erst fast zwanzig Jahre nach Kriegsende geschah, ist Ausdruck der zögerlichen und widerwilligen Aufarbeitung der NS-Zeit in der Bundesrepublik. Vor nicht-deutschen Gerichten freilich hatte es bereits Auschwitzprozesse gegeben: Der ehemalige Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß etwa wurde 1947 in Warschau verurteilt und hingerichtet.
Es war dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer zu verdanken, dass der bislang größte Prozess gegen KZ-Verbrecher stattfinden konnte.



^ *Otto Dov Kulka 1964*

Der jüdische Jurist und Sozialdemokrat Bauer, nach 1933 von den Nazis verfolgt, gehörte zu den wichtigsten Motoren der juristischen Verfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen in der Bundesrepublik.

Grenzen des deutschen Strafrechts

Doch der Prozess barg ein Dilemma, mit dem auch Fritz Bauer kämpfte: Nur einzelne Taten der Angeklagten konnten als Grundlage für eine Verurteilung dienen, deren prinzipielle Mitwirkung im System des Vernichtungsapparates jedoch war keinen juristischen Straftatbeständen zuzuordnen. Das kollektive Geschehen des Massenmordes werde dadurch, dass stets der Tatbeitrag des Einzelnen festgestellt werden müsse, privatisiert und somit entschärft, schrieb der Jurist Bauer. HistorikerInnen wiesen darauf hin, dass letztlich vor allem die »Exzesstäter« zur Verantwortung gezogen wurden, diejenigen also, denen die persönliche Beteiligung an einem Mord nachgewiesen werden konnte. Die Urteile, welche die Richter nach fast zweijähriger Prozessdauer in Frankfurt sprachen, stellten für viele BeobachterInnen eine herbe Enttäuschung dar: Wegen Mordes und Beihilfe zum Mord in insgesamt 45.000 Fällen erhielten sechs Angeklagte lebenslängliche Zuchthausstrafen, einer wurde zu einer Jugendstrafe von zehn Jahren verurteilt, weitere bekamen Gefängnisstrafen zwischen dreieinhalb und 14 Jahren. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Nicht wenige Verurteilte kamen in den folgenden Jahren vorzeitig frei. Reue zeigten die Angeklagten bis auf einen nicht und ihre Verteidiger setzten die ZeugInnen massiv unter Druck, so dass das Gericht immer wieder einschreiten musste. Auch Otto Dov Kulka musste bei seiner Aussage auf die Fragen der »militanten Verteidiger«, wie er sie später nennt, antworten.

Erinnerungen an die »Metropole des Todes«

Heute ist Kulka emeritierter Professor für die Geschichte des jüdischen Volkes an der Universität in Jerusalem; jahrzehntelang erforschte der Historiker die nationalsozialistische Judenverfolgung. Er hat aber lange gezögert, seine Erlebnisse in Auschwitz zu veröffentlichen. Erst im vergangenen Jahr erschienen seine Erinnerungen, für die der 80-jährige den Geschwister-Scholl-Preis erhielt. Kulka nannte sie »Landschaften der Metropole des Todes«, Erinnerungsfragmente »aus der Welt des staunenden Kindes«.

Otto Dov Kulka (2013): Landschaften der Metropole des Todes. München: DVA, 192 Seiten, 19,99 Euro

Eine Stadt, ein Toter, keine Aufarbeitung

Im Januar 2004 wurde Oleg Valger im thüringischen Gera von Neonazis brutal ermordet. Die Tat bewegte damals nur wenige und gilt bis heute offiziell nicht als rassistisch motiviert. Nun werden bundesweit Hunderte Gewalttaten erneut überprüft. Was hat sich in den zehn Jahren danach in Sachen Aufarbeitung getan?

von Sören Frerks

In die Bewertung rechter Gewalttaten kommt Bewegung. Anfang Dezember hat das Brandenburger Innenministerium angekündigt, 18 Morde von 1990 bis 2011 nachträglich auf rassistische und neonazistische Motive untersuchen zu lassen; von den Taten sind bisher nur neun offiziell als solche anerkannt. Derweil will das Bundesinnenministerium 746 ungeklärte Verbrechen mit 849 Toten oder Schwerverletzten nochmals unter die Lupe nehmen. Längst überfällig, kommentierten Beratungsstellen sowie Stimmen aus Politik und Presse den Entschluss, denn zwischen den Zahlen von Polizei und unabhängigen Stellen klafft seit jeher eine riesige Lücke. Während die Behörden von 69 Todesopfern in den letzten 23 Jahren sprechen, haben »Tagesspiegel« und »Die Zeit« 152 Getötete recherchiert, die »Amadeu Antonio Stiftung« (AAS) geht sogar von 189 Menschen aus, die ums Leben kamen. In Sachsen und Sachsen-Anhalt hat die Debatte um den NSU-Terror zu einer Neubewertung von zwei beziehungsweise drei Taten geführt.
Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) hingegen lehnte im Juni letzten Jahres eine erneute Untersuchung potenziell rechtsmotivierter Tötungsdelikte ab. Auch im ›Kernland‹ des NSU scheinen die Behörden davon immer noch weit entfernt zu sein. In der Antwort seines Thüringer Amtskollegen Jörg Geibert (CDU) aus dem Jahr 2012 auf eine Kleine Anfrage der Partei »Die Linke«, taucht lediglich eine Tat auf (Drucksache 5/3992), während die AAS von sieben Toten seit 1990 spricht.

Der Mord von Gera

Unter ihnen ist Oleg Valger, der am 21. Januar 2004 erschlagen wurde, im Streit während eines Trinkgelages, wie es offiziell hieß. Doch im damaligen Gerichtsprozess zeichnete sich ein detaillierteres Bild. Die vier Angeklagten kannten ihr Opfer, da einer von ihnen im selben Plattenbau wohnte. An jenem Abend saßen sie zusammen und lockten den damals 27-Jährigen aus dessen Wohnung in einen Hinterhalt, wo sie ihn heimtückisch erschlugen, wohl wegen eines Streits zuvor. Schließlich prügelten sie wie im Rausch mit einem Hammer auf ihn ein und stachen mit einem Messer über dreißig Mal zu, um sicher zu gehen, dass er tot war. Ein Gewaltausbruch, den einer der Täter mit den Worten: »Endlich eine Russensau weniger« kommentierte, wie während des Prozesses bekannt wurde. Danach feierten sie weiter, als wäre nichts geschehen.
Drei der vier Angeklagten waren laut ZeugInnen als Neonazis bekannt und galten in ihrem Wohnort am Rande der Stadt als gefährlich. Sie waren wegen Gewalttaten einschlägig vorbestraft und sozial auffällig. Ein psychologisches Gutachten stellte bei den Tätern emotionale Kühle fest und sah im »Ausländerstatus« und der »Wehrlosigkeit« des Opfers ein zentrales Mordmotiv. Ebenso war die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer davon überzeugt, dass eine »menschenverachtende« und »fremdenfeindliche Gesinnung für die Tat prägend« gewesen sei. Schließlich wurden Danny B. und Enrico W., die zur Tatzeit 18 beziehungsweise 19 Jahre alt waren, wegen gefährlicher Körperverletzung und Mordes zu jeweils zehn Jahren Haft verurteilt, der 14-jährige Haupttäter Christopher H. musste für neun Jahre ins Gefängnis. Martin F. war damals 16 Jahre und erhielt wegen Beihilfe zum Mord eine dreieinhalbjährige Strafe.

Das rassistische Motiv verschwindet – ein politisches Possenspiel

Vor diesem Hintergrund ist es verwunderlich, warum diese und andere Taten in die erwähnte Statistik des Thüringer Innenministeriums keinen Einzug gefunden haben – definiert doch selbst das Bundeskriminalamt Straftaten als »Politisch Motivierte Kriminalität« (PMK) die »gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft«. Dass sie Oleg Valger wegen seiner russischen Herkunft angriffen, hatten die Täter selbst zugegeben. Ob es Fehleinschätzung oder fehlender Aufklärungswille ist, beides wäre politisch und moralisch prekär. Ganz nach dem Motto: Warum im Städtchen etwas aufarbeiten, das offiziell nicht benannt werden muss – so mutet es zumindest an.
Bereits kurz nach der Tat bemühten sich der damalige Geraer Polizeidirektor Lothar Kissel und der damals amtierende Oberbürgermeister Ralf Rauch (OB, parteilos), die Wogen zu glätten, die nicht der Tod von Oleg Valger, sondern kritische Fragen und Proteste der Antifa ausgelöst hatten. Im Interview mit der »Ostthüringer Zeitung« (OTZ) dementierte der Polizeichef nach Kräften ein politisches Motiv, nach Rücksprache mit dem Oberstaatsanwalt Ralf Mohrmann, wie er meinte. Obwohl dieser noch am Vortag gegenüber dem »Tagesspiegel« einerseits von der »Denkmöglichkeit« sprach, dass das Opfer umgebracht wurde, weil es Spätaussiedler war, aber andererseits keine politische Motivation erkennbar sei.
Zugleich holte Kissel zum argumentativen Gegenschlag aus. Unter der Überschrift »Keine Anhaltspunkte für politischen Mord – Polizeidirektor Lothar Kissel beobachtet mit Sorge Aktionen der Linksautonomen«, wollte er der »Bevölkerung raten, sich nicht als Vehikel für unseriöse politische Aktionen missbrauchen zu lassen und der Demonstration am Sonntag bewusst fern zu bleiben.« Der CDU-nahe OB legte nach und warf der Antifa vor, den Vorfall politisch auszunutzen.
Polizei und Politik demonstrierten Einigkeit und die lokale Presse war willig, ihre Darstellung zu tradieren, während sich die Staatsanwaltschaft Gera bis zum Ende in zweideutigen Aussagen verlor. Einen Austausch über die politische Bewertung des Mordes gab es, aber wurden auch politische Absprachen getroffen? Sicher ist: Kissel und Rauch waren schon vorher von Kritik wenig begeistert und übten sich in Extremismus-Gleichsetzung, während sie umgekehrt das Neonaziproblem der Stadt kleinredeten (s. drr Nr. 137). Im Umgang mit unliebsamen Informationen dürfte sich Ersterer ebenso gut ausgekannt haben: zum Rotlichtskandal der Thüringer Polizei im Jahr zuvor veröffentlichte der Focus (41/2003) einen Bericht mit Vorwürfen der Aktenvernichtung gegen ihn. Die Geraer Beratungsstelle für Opfer rechter und rassistischer Gewalt »AufAndHalt« beklagte zudem, dass eine Betreuung der Mutter von Oleg Valger nicht möglich gewesen sei, da über die Polizei kein Kontakt zu ihr hergestellt werden konnte.
Warum die OTZ nicht nur in diesem Fall auf investigativen Journalismus verzichtete, machte auch der Wechsel des umstrittenen damaligen Geraer Chefredakteurs Uwe Müller in die Lokalpolitik deutlich. Seit 2012 ist er Pressesprecher der neuen Oberbürgermeisterin Viola Hahn, ebenfalls parteilos und aus dem konservativen Lager.



^ Eine offizielle Anerkennung der Opfer rechter Gewalt hat es bis heute vielerorts nicht gegeben. In Gera erinnert eine Gedenktafel bisher nur eine Woche im Jahr an Oleg Valger.

Für die Neonaziszene hatte der Mord keine Konsequenzen; wohl auch, weil die Täter nicht in rechten Organisationen aktiv waren, sondern sich in einer von Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewaltaffinität geprägten ›Lebenswelt‹ bewegten, wie sie nicht nur in ostdeutschen Plattenbaugebieten nach den 1990er Jahren weiterhin anzutreffen ist. Die Strahlkraft der Tat war allerdings nicht minder groß und so nahmen während der Prozesstage zahlreiche Neonazis im Gerichtssaal Platz – ein Zeichen, dass die Angeklagten nicht isoliert waren.
Indes stach der Älteste von ihnen, Enrico W., 2011 erneut zu, dieses Mal traf es einen Hooligan. Während seiner Haft in der Jugendstrafanstalt Ichtershausen gründete er laut »Thüringer Allgemeine« eine »Bruderschaft« namens »Saat des Bösen«. Seit Oktober stehen die Mitglieder der Gruppe, die Verbindungen zum Rockerclub »Bandidos MC« unterhalten haben sollen, in Erfurt wegen organisierter Kriminalität vor Gericht.

Veränderung in Zeitlupe
2004 erschien die offizielle Anerkennung Oleg Valgers als Todesopfer rassistischer Gewalt unmöglich, geschweige denn eine angemessene Aufarbeitung. Eine kritische Zivilgesellschaft, die diese Forderung in die lokalpolitische Diskussion hätte bringen können, existierte kaum. Der antirassistische Protestzug, zu dem eine Woche nach dem Mord 250 Menschen kamen, fand trotzdem statt. Ein Jahr darauf bildeten 500 UnterstützerInnen eine der größten Demonstrationen der Autonomen Antifa in Gera seit 1990. Trotzdem blieben beide Aktionen und die alljährlichen »Bündnis gegen Rechts«-Mahnwachen selbst lange Zeit isoliert. Erst eine Mischung aus Durchhaltevermögen der Kritischen, die Aufnahme der Tat in die Statistiken der Beratungsstellen und die Ausstellung »Opfer rechter Gewalt« sowie eine sich formierende Zivilgesellschaft vermochten es, die Trendwende herbeizuführen. Mittlerweile wird die Forderung nach einer Gedenktafel am Tatort von weiteren AkteurInnen aufgenommen und die Lokalpresse berichtet offener über das Gedenken und den rassistischen Hintergrund.

Das Schema der Aufarbeitung
Die versäumten Aufklärungen folgen lokal wie bundesweit demselben Prinzip. Der Tod eines Menschen ist offiziell nur dann eine Folge rassistisch motivierter Gewalt, wenn es die politische Großwetterlage erzwingt. Im Bund bedurfte es der Selbstenttarnung des NSU-Trios – nicht des Terrors selbst – damit das Innenministerium Überprüfungen anstellt und die Opferzahlen der Medien diskutabel macht. Sicherlich wäre es wünschenswert, wenn diese Entwicklung bis in die Kommunen durchdringen würde, allerdings waren in Gera ebenso politische Kräfteverschiebungen und ein veränderter öffentlicher Druck nötig, um die Tat in das Bewusstsein der Stadt zu rücken. Zudem klärt es sich immer besser auf, wenn die aktuellen MandatsträgerInnen neu im Amt sind und nichts mehr mit dem Fall zu tun haben: Ein passlicher Verjährungsmechanismus, der das Bild des Bemühens wahrt und dabei vor Schuldzuweisung schützt.
Eine nachträgliche moralische Würdigung der Toten als Opfer rassistischer Morde und ein klares Eingeständnis der eigenen Verantwortung sähe anders aus, denn der Kern des Problems sind die Stereotype, die Motivationen dahinter. Oleg Valger ist für viele bis heute nur der Tote eines Trinkgelages in einem sozialen Brennpunkt.
Die Ermordeten werden zur Misere, denn ihr Tod wirft unangenehme Fragen auf. So lange politischer Zugzwang statt gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein den Aufklärungswillen bestimmt, wird sich daran wenig ändern, was schon elf Jahre vor dem Auffliegen des NSU der ausgerufene und zügig verebbte »Aufstand der Anständigen« verdeutlichte. Wie notwendig politischer Druck in diesen Situationen trotzdem zu sein scheint, zeigen nicht zuletzt die brennenden Flüchtlingsunterkünfte Anfang der 1990er Jahre: Damals war die Antwort nicht Aufarbeitung und Gedenken der Opfer, sondern die Verschärfung des Asylrechts.
Und in Gera, da will das »Bündnis gegen Rechts« diesen Januar die Angehörigen von Oleg Valger zum Gedenken einladen, denn die Mutter verließ nach dem Mord die Stadt, weil sie es nicht mehr ertrug, hier zu leben. Ob in der Stadt dann eine Tafel für immer an ihren Sohn erinnern wird, darüber ist das letzte Wort auch zehn Jahre danach noch nicht gesprochen. Ein Vorbild für ein angemessenes Erinnern kann die aktuelle Kampagne »Würdiges Gedenken für alle Todesopfer rechter Gewalt« der Mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt sein. Sie will den Getöteten Namen und Gesichter geben und sie in das öffentliche Gedächtnis zurückrufen.

Strategien der Stimmungsmache

Die Proteste gegen Flüchtlinge werden von Neonazis und BürgerInnen zugleich getragen. Ein Blick auf Vorgehensweisen und Motivationen, die nah beieinander zu liegen scheinen und sich doch unterscheiden.

von Sören Frerks

Landauf, landab wurde sich 2012 und 2013 gegen Flüchtlingsunterkünfte gewehrt. Seit sechs Jahren steigt die Zahl der Asylsuchenden wieder an, was aber erst jetzt zum bestechenden Thema wurde. »der rechte rand« recherchierte für die letzten zwölf Monate bundesweit über 100 Orte, an denen Unterkünfte oder die Ankündigung, solche zu schaffen, zu Protesten führten, wo Neonazis aufmarschierten, rassistische BürgerInnen und Initiativen Stimmung machten, Brandanschläge verübt und Flüchtlinge angegriffen wurden.

Die Proteste verlaufen oftmals nach einem ähnlichen Muster (s. drr Nr. 145): Macht die Ankündigung einer Flüchtlingsunterkunft die Runde, folgen überfüllte Informationsveranstaltungen und möglicherweise lange kommunalpolitische oder juristische Auseinandersetzungen mit den GegnerInnen.

Fakt ist, Rassismus ist als Einstellungsmuster mit 25 Prozent in der deutschen Bevölkerung quer durch die Berliner Republik seit etwa zehn Jahren konstant virulent, wie eine »Studie der Friedrich Ebert Stiftung« 2012 belegte. Wird es ernst, ist die Ablehnung noch deutlicher: Die Eröffnung eines AsylbewerberInnenheims in der Nachbarschaft wäre für 35 Prozent der bundesweit Befragten ein Problem, wie eine Studie des Politmagazins »Kontraste« erst im Herbst 2013 ergab; ebenso viele befürchteten dadurch eine erhöhte Kriminalität. Genug Zustimmung also, um gegen Flüchtlinge zu mobilisieren. Mit dabei sind RechtspopulistInnen, NPD und andere Neonazis – oder eben nicht. Darin unterscheidet sich die Anschlussfähigkeit und Dynamik der Proteste in einigen Bundesländern. In Mecklenburg-Vorpommern folgt die NPD ihrem bekannten Stil und agiert ganz offen rassistisch und militant, als wäre sie sich des Rückhalts ihrer Klientel sicher. Allerdings ruft das Vorgehen der NPD, wie in Rostock und Güstrow, zunehmend antifaschistische und zivilgesellschaftliche AktivistInnen auf den Plan. Eine andere Strategie der Neonaziszene ist in Brandenburg zu beobachten, wo, wie im Nordosten in Luckenwalde oder Premnitz, Anschläge verübt wurden. Die NPD probiert sich, getarnt als BürgerInneninitiative, als lokales Sprachrohr. Der gesellschaftliche Schulterschluss scheint trotzdem nur in geringem Maße zu gelingen. Ähnlich versucht die NPD in Thüringen bürgerInnennah zu erscheinen. In Greiz initiierten bekannte Neonazis die Proteste und legten ihre Mimikry erst ab, als sie aus dem nahen Schneeberg das Signal vernahmen, dass die Masse der NPD folgt. Ihrem Tun war jedoch nur mäßiger Erfolg beschieden. Zum groß angekündigten Aufmarsch Ende November kamen weniger als 200 AnhängerInnen. Wohin die Entwicklung geht, ist, anders als in Sachsen, hier noch nicht entschieden. Dort hat die NPD nicht nur im Erzgebirge den Status einer kleinen Volkspartei und agiert in eben dieser Manier; sie tritt klar rassistisch auf, verzichtet allerdings auf das allzu militante Gebaren des Landesverbandes in Mecklenburg-Vorpommern. Die Partei führt, wie in Schneeberg, die Proteste an oder schwimmt mit der rassistischen Welle, wie sich bei ihren Kundgebungen in Leipzig-Schönefeld gezeigt hat. Statt diesem Treiben Paroli zu bieten, betonte Sachsens Innenminister Ulbig (CDU), die Sorgen der Menschen ernst nehmen zu wollen und forderte eine schnellere »Ausreise« von abgelehnten AsylbewerberInnen. Abschiebungsforderungen zur Beruhigung der Bevölkerung. Die Parolen der NPD wichen von solchen Forderungen in der Vergangenheit wenig ab und lauteten etwa »Gute Heimreise« oder »Ausländerrückführung«.

Je stärker sie in lokalen oder Landesparlamenten vertreten oder je größer ihre finanziellen und personellen Ressourcen sind, desto mehr investiert die NPD in das Thema, wie die massenweisen Kundgebungsfahrten vor der Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen gezeigt haben. Zwei Bundesländer mit Landtagsfraktionen und eines mit dem Bundeswahlkampfleiter Patrick Wieschke, der zudem für die Landtagswahl 2014 dringend ein Alleinstellungsmerkmal benötigt.

Vor allem in Bayern und Baden-Württemberg, aber auch in Niedersachsen und anderen West-Bundesländern laufen ganze Orte ohne Agitation von Rechtsaußen Sturm gegen Asylsuchende. Ob in Traunstein oder Sachsenheim, der Rassismus ist genauso ausgrenzend, aber in der Frage Flüchtlingsunterkunft anschlussfähiger – weil nicht von Neonazis vorgebracht – und mitunter erfolgreich. Im Gegensatz zu den Debatten in Ostdeutschland wirken die Argumentationslinien zweckrational und indirekt rassistisch. Sie sind vor Ort verhandlungsfähig: So werden Diskussionen um die »Verteilungsgerechtigkeit« – warum sollen denn »wir« und nicht die Nachbarkommune die Flüchtlinge aufnehmen? – von Teilen der Kommunalpolitik aufgenommen, mit Verweis selbstverständlich nichts gegen ›Ausländer‹ an sich zu haben. Die zugrunde liegende Motivation ist zwar ebenso rassistisch und ablehnend, aber weniger von sozialen Abstiegs- und Armutsängsten geprägt. Den Protestierenden geht es mehr darum, den eigenen Wohlstand vor den Fremden zu schützen, die in erster Linie als kriminell gelten.

Wir stehen nicht vor der Situation der 1990er Jahre, wie sich seit Monaten gefragt wird, allerdings bergen die gegenwärtigen Proteste zumindest lokal ein Potenzial für Gewalttaten.

Niedersachsen/Hamburg/Bremen
In Undeloh, Tespe, Appel und Barsinghausen wehren sich AnwohnerInnen gegen geplante Unterkünfte; auch in Bremen-Vegesack und den Hamburger Stadtteilen Harvestehude, Wandsbek und Billstedt wollen sie keine Flüchtlinge aufnehmen.

Mecklenburg-Vorpommern
NPD-Aufmärsche in Friedland, Torgelow und Anklam, wie auch in Eggesin und Güstrow, wo Flüchtlingsunterkünfte angegriffen werden.

Brandenburg
Molotow-Cocktails fliegen auf die Flüchtlingsunterkunft in Luckenwalde, weitere Anschläge in Beelitz, Waßmannsdorf-Schönefeld und Premnitz; in Zepernick und Bestensee-Pätz macht die NPD als Bürgerinitiative Stimmung.

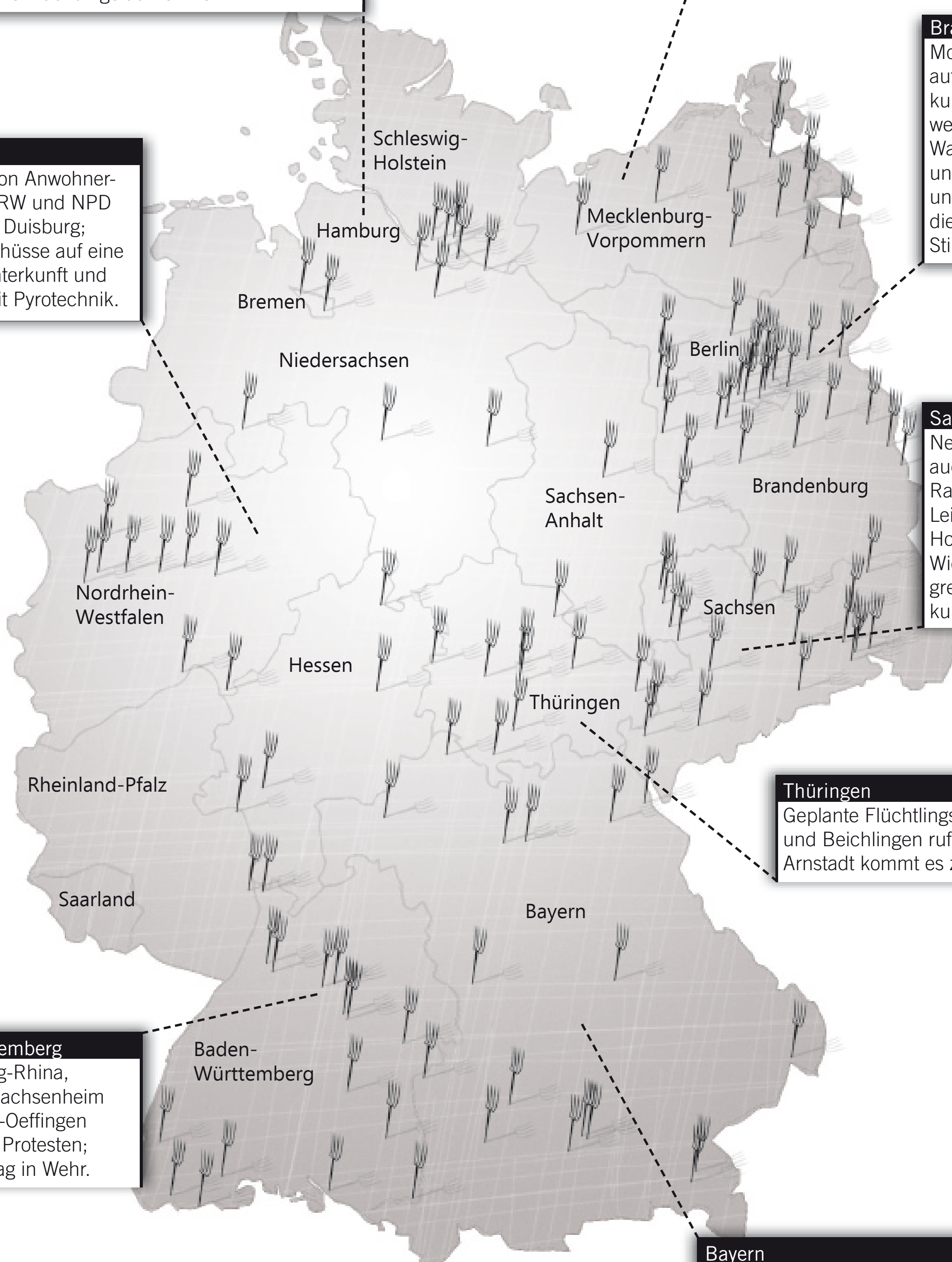
NRW
Widerstand von AnwohnerInnen, Pro NRW und NPD in Essen und Duisburg; außerdem Schüsse auf eine Flüchtlingsunterkunft und Anschläge mit Pyrotechnik.

Sachsen
Neben Schneeberg auch Proteste in Rötha, Rackwitz, Chemnitz und Leipzig-Schönefeld; auch in Hoyerswerda kommt es zu Widerstand. In Gröditz greifen Neonazis eine Unterkunft an.

Thüringen
Geplante Flüchtlingsunterkünfte in Greiz und Beichlingen rufen Proteste hervor; in Arnstadt kommt es zu einem Angriff.

Baden-Württemberg
In Laufenburg-Rhina, Wössingen, Sachsenheim und Fellbach-Oeffingen kommt es zu Protesten; Brandanschlag in Wehr.

Bayern
BewohnerInnen protestieren in Salzweg, Augsburg, Putzbrunn, Traunstein-Geißing, Ettringen-Siebnach und Elchingen. Neonazis greifen die Flüchtlingsunterkunft in Fichtelberg an; in Gemünden verüben Unbekannte einen Brandanschlag.



Proteste, Angriffe oder Anschläge auf Flüchtlinge oder Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2013

Quellen: Dokumentationsarchiv Monitoring Agitation Against Refugees in Germany, Pro Asyl, Flüchtlingsräte, Report Mainz, EZRA – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München, bundesweite und lokale Presse.

Direkte Demokratie in Sachsen

Die momentanen Proteste von BürgerInnen und Neonazis gegen geplante Flüchtlingsheime in Sachsen haben schon fast Tradition.

von Jessika Keller

Was vereint Orte wie Schneeberg, Kamenz, Großenhain, Radebeul, Plauen und Chemnitz mit Dresden und Leipzig? Sie liegen nicht nur alle in Sachsen, sondern planen auch Flüchtlingsunterkünfte einzurichten. Und dagegen gibt es Protest.

Schneeberg am 16. November 2013: Zum dritten Mal innerhalb von vier Wochen marschieren etwa 1.000 GegnerInnen einer Flüchtlingsunterkunft durch die Straßen der erzgebirgischen Stadt, angemeldet und angeführt vom örtlichen NPD-Stadtrat, Stefan Hartung. TeilnehmerInnen des Aufmarschs attackieren sogar JournalistInnen und schlagen zwei von ihnen brutal zusammen.

Ähnliche Szenen spielten sich zuvor am 29. August 2013 in der nordsächsischen 5.000-EinwohnerInnen-Gemeinde Rackwitz ab. Eine Gemeinderatssitzung musste aufgrund des starken Andrangs in eine Sporthalle verlegt werden, wo etwa zweihundert aufgebrachte BürgerInnen, darunter nur vereinzelt organisierte Neonazis, klären wollten, weshalb »der Bürgermeister […] die Einwohner der Gemeinde nicht darüber informiert, dass in Rackwitz ein Asylbewerberheim eröffnet werden soll«. »120 Asylbewerber, 200 m von unserer Grundschule entfernt« (sic!), empörte sich ein anonymer Aufruf Tage zuvor. Die »Bürgerinitiative Rackwitz 2.0« übergab 1.200 Unterschriften gegen die Unterkunft an den Landrat.

Eine antifaschistische Intervention in Rackwitz folgte zwei Wochen später. Eine zeitgleich geplante NPD-Kundgebung wurde abgesagt – vermutlich hatte die NPD erkannt, dass ihre Ziele bereits von der örtlichen BürgerInneninitiative bestens vertreten werden.

Etwa 150 Menschen versammelten sich am 12. Oktober 2013 unter der Ägide der »Bürgerinitiative Ebersdorf«, um die Schließung des Asylbewerberheims im gleichnamigen Chemnitzer Stadtteil zu fordern. Eine Demonstration, unterstützt vom »Pro Chemnitz«-Stadtrat Martin Kohlmann, mobilisierte am 16. November gar 200 Menschen, darunter viele AnwohnerInnen. Einen Monat später wurde bekannt, dass zwei Raubüberfälle im Umfeld des Heims von Jugendlichen erfunden worden waren. Eine der vorgetäuschten Taten hatte die »Bürgerinitiative« bereits Flüchtlingen angelastet.

Was 2013 einen traurigen Höhepunkt erreichte, bahnte sich bereits Jahre zuvor an. Anfang 2011 hetzte im ostsächsischen Kamenz eine von NPD-Funktionären verantwortete »Bürgerinitiative direkte Demokratie« gegen den geplanten Umbau einer Polizeischule in eine Flüchtlingsunterkunft. Vom 30. Oktober bis 3. November 2012 organisierte die sächsische NPD eine »Aktionswoche«. Unter anderem vor bestehenden und geplanten Flüchtlingsheimen in Chemnitz-Ebersdorf, Plauen, Dresden-Johannstadt, Leipzig-Wahren, Kamenz und Radebeul protestierten ihre AnhängerInnen »gegen Asylmissbrauch und Überfremdung«.



^ *In Leipzig-Schönefeld sammelt die NPD AnwohnerInnen um sich*

Am 14. November 2012 folgten in Großenhain (Landkreis Meißen) Hunderte Menschen einem anonymen Aufruf gegen die geplante Unterbringung von 50 Asylsuchenden im Hotel »Stadt Dresden«. Einige Teilnehmende zogen anschließend unangemeldet mit Fackeln und einem Transparent »Kein Platz für Sozialschmarotzer« durch die Stadt.

Dass die NPD mit Asylpolitik Wahlkampf macht, ist nicht neu. Dass rassistische »Asylproteste« mancherorts den Zuspruch vieler Hundert AnwohnerInnen erhalten, lässt Erinnerungen an die 1990er Jahre wach werden.

Es gibt aber auch andere Beispiele, die zeigen, dass sich BürgerInnen den rassistischen Parolen der Neonazis nicht anschließen, sondern sich diesen sogar entgegenstellen.

Im Leipziger Ortsteil Schönefeld versammelte die NPD am 18. November 2013 ungefähr 150, teils mit Fackeln ausgestattete, Neonazis und AnwohnerInnen, um gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in einer ehemaligen Schule zu hetzen. Eine Woche später kam es auf einer städtischen Informationsveranstaltung zu massiven rassistischen Ausfällen seitens anwesender Neonazis und einer selbsternannten »Elterninitiative«. Am 7. Dezember schließlich marschierte die NPD durch Schönefeld. Der Weg zur Flüchtlingsunterkunft wurde den etwa 80 Neonazis von mehreren Hundert GegendemonstrantInnen versperrt.

Unter dem Motto »Nein zu Asylmissbrauch – Mut zur Demokratie« hatte der Neonazi Karsten P. am 14. November 2013 in Rötha einen Aufzug für die BürgerInneninitiative »Rötha wehrt sich« angemeldet. Neben P. traten der sächsische NPD-Landesvize Maik Scheffler und die JN-Funktionäre Manuel Tripp und Alexander Kurth als Redner auf. Der Zuspruch von EinwohnerInnen der 20 Kilometer südlich von Leipzig gelegenen Stadt war gering, sodass der 100-Personen-starke Aufmarsch einer gewöhnlichen Neonazi-Demonstration ähnelte. Das Mitführen der angemeldeten Fackeln wurde den AsylgegnerInnen untersagt, ihr Marsch direkt vor die Flüchtlingsunterkunft wurde von einem Kirchenchor und einer gut besuchten antifaschistischen Demonstration verhindert.

Facebook-»Bürgerinitiativen« gegen bestehende oder geplante Flüchtlingsunterkünfte sprießen dennoch weiterhin wie Pilze aus dem ostdeutschen Boden. Die Lieblingsparole der RassistInnen ist »Wir sind das Volk«. Sie beziehen sich damit auf die »friedliche Revolution«, auf Meinungsfreiheit und direkte Demokratie und sehen sich als VertreterInnen der Mehrheit. Gewöhnlich sind sie schlecht informiert und kennen weder das Grundrecht auf Asyl noch die Gründe für steigende Flüchtlingszahlen. Nicht immer münden ihre Online-Aktivitäten in konkrete Aktionen, doch wenn die NPD auf den Zug aufspringt, sind Schneeberger Zustände nicht weit.

Von besorgten BürgerInnen in Ostthüringen

Nur einen Tag nach Einzug der ersten Flüchtlinge in eine neue Unterkunft im Greizer Plattenbauviertel Pohlitz kam es zu rassistischen Protesten. AnwohnerInnen und Neonazis zogen am 13. September 2013 vor den Wohnblock und forderten die Schließung - ganz spontan, wie sie glaubhaft machen wollten.

von Peter Geyer

Bis zum 11. Oktober 2013 veranstaltete die »Bürgerinitiative gegen ein Asylheim am Zaschberg« fünf Kundgebungen und Aufmärsche in der Innenstadt und in Pohlitz. Vor Ort gilt das Plattenbauviertel seit langem als rechter Stadtteil. Zahlreiche AnhängerInnen der Neonaziszene wohnen in der Umgebung des ehemaligen Lehrlingswohnheims, in dem die Flüchtlinge untergekommen sind.

Die Normalität rechter Präsenz und die Alltagsakzeptanz von Rassismus in der durchschnittlichen Bevölkerung verschaffen der BürgerInneninitiative hier einen fruchtbaren Boden. Anders als in Berlin-Hellersdorf wurde in Greiz zu Anfang nicht über soziale Netzwerke wie Facebook zu Protesten aufgerufen, sondern lokal mobilisiert. Am Ende kamen um die 80 Neonazis und AnwohnerInnen: Einiges an Zuspruch in einer Gegend, in der Demonstrationen sonst eher selten sind. Die ›Gruppe‹ auf dem Internet-Portal Facebook ging erst zwei Tage nach der ersten Kundgebung online. Einer der vielen Versuche, das ›Modell Hellersdorf‹ zu übertragen, denn die Berliner Initiative konnte ihre Mobilisierungsreichweite dadurch erhöhen und sich mit anderen vernetzen, wenn auch nur online. Auf den ersten Blick schien diese Rechnung ebenso in Greiz aufzugehen; innerhalb kürzester Zeit hatte die Website mehrere Hundert ›Klicks‹.



^ *Nazis und BürgerInnen mit Fackeln in Greiz*

Die drei Macher hinter der »Bürgerinitiative«

Er ist der Initiator der BürgerInneninitiative: David Köckert. Ab etwa 1996 war er im militanten Spektrum aktiv und avancierte im Laufe der Zeit zur Führungsperson in Kameradschaftskreisen. Von den Behörden wurde er dem Umfeld des verbotenen »Blood & Honour«-Netzwerks zugerechnet. 2003 eröffnete er das Geschäft »Ragnarök« in Reichenbach (Sachsen), das im Jahr darauf ins benachbarte Mylau (Sachsen) zog, wo es bis zur Schließung 2009 existierte.

Mittlerweile versucht Köckert, sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben. Dazu gehört auch seine Mitgliedschaft in der »Alternative für Deutschland« (AfD), doch die RechtspopulistInnen wollen ihn loswerden. Der zweite im Bunde ist Kevin Pahnke aus Auerbach (Sachsen), der für die Mobilisierung sowohl im Spektrum der »Autonomen Nationalisten«, als auch in alten Skinheadkreisen sorgt. Von der früheren »Rechten Aktionsfront Reichenbach« und den »Braunen Teufeln Vogtland« kommend, ist er mittlerweile bei der »Revolutionären Nationalen Jugend Vogtland« aktiv. Zu der Gruppe der Initiatoren gehört außerdem Rico Döhler, der zur Bundestagwahl 2005 für die NPD in Augsburg antrat; 2009 kandidierte er für die Partei zur Landtagswahl im Vogtlandkreis.

Mit Fackeln Richtung Schneeberg

Angeheizt von den rassistischen Demonstrationen in Schneeberg, kündigte Köckert über Facebook Anfang November ein zweites »Schneeberg« in Greiz an. Die bisherige Taktik, als unparteiische BürgerInneninitiative aufzutreten, wurde ad acta gelegt und sich der NPD zugewandt. Für die Thüringer NPD war das Hilfeersuchen der »Braunen Kameraden« aus Greiz ein Glücksfall, da die rassistische Mobilmachung in Thüringen bisher nicht die erhoffte Dynamik entfaltete wie in Hellersdorf oder Sachsen. Im nordthüringischen Beichlingen, wo es zu breitem Protest gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft kam, konnte die NPD nicht andocken, auch wenn der Tenor der AnwohnerInnen ebenso rassistisch war.

So rief am 23. November 2013 die NPD mit auf zur »Bürgerkundgebung mit großem Fackelmarsch«. Die Resonanz war verhalten, zwar kamen mit 160 TeilnehmerInnen mehr als zuvor, doch die Mobilisierung blieb weit hinter den Erwartungen. Köckert und der Thüringer NPD-Vorsitzende Patrick Wieschke sprachen vor allem zu ihresgleichen. Mit unverklausulierten und plumpen rassistischen Ressentiments wurde versucht, im Mantel einer BürgerInneninitiative AnwohnerInnen zu gewinnen, was zunächst gelang. Nachdem bekannt wurde, dass hinter den selbst ernannten »besorgten Bürgern« David Köckert und andere Neonazis stehen, nahm der Rückhalt in der Bevölkerung ab. Dazu hat wohl auch die öffentliche Debatte beigetragen. In Thüringen berichteten die Medien über die rassistischen Proteste und deren Hintergründe. Außerdem solidarisierten sich landesweit Organisationen mit den Flüchtlingen und arbeiten seit den Vorkommnissen an einer Willkommenskultur. 500 UnterstützerInnen kamen daraufhin am 9. November zu einer antirassistischen Demonstration nach Greiz und gegen den Fackelmarsch gingen zwei Wochen später 200 Menschen auf die Straße. Währenddessen versucht CDU-Landrätin Martina Schweinsburg das Problem kleinzureden und verliert sich in Extremismusrhetorik.

Das Problem ist damit nicht gelöst. In Thüringen scheint die NPD mit ihrer offensiven Strategie zwar weniger Erfolg als in Sachsen zu haben, für Proteste gegen die Aufnahme von Asylsuchenden in Beichlingen oder Greiz genügt die Grundstimmung jedoch allemal. Die breite Solidarisierung mit den Flüchtlingen einerseits und die fehlende Anschlussfähigkeit der Neonazis andererseits, haben eine rassistische Dynamik in der ostthüringischen Kleinstadt bisher verhindert. Deutlich wurde auch, dass klare Positionierung und politische Aufklärung ihren Beitrag dazu hatten.

Mehr Militanz, weniger »Mitte«

In Mecklenburg-Vorpommern verstehen sich Neonazis darauf, ihre Aktivitäten gegen Flüchtlinge unter dem Dach der NPD zu einer Kampagne zu verdichten, Proteste zu radikalisieren und ins gesellschaftliche Abseits zu manövrieren.

von Roman Guski



^ *Udo Pastörs (links) und andere Nazis in Friedland gegen Flüchtlinge*

»Der Block wird brennen«, schmierten Unbekannte Mitte Dezember 2013 an ein Wohnhaus in Groß Lüsewitz bei Rostock, daneben ein großes Hakenkreuz. Um geflüchtete Familien unterzubringen, wurden in dem Objekt Wohnungen angemietet. In anderen Orten, die Unterkünfte für Asylsuchende bereitstellen, gab es ähnliche Drohungen. Das Gerücht, das Heim in einem Wolgaster Plattenbaugebiet werde angesteckt, sorgte 2012 bundesweit für Schlagzeilen. Die Schweriner Volkszeitung beschwor die »Angst vor einem neuen Lichtenhagen« und auch andernorts ist allenthalben von »Pogromstimmung« die Rede, wenn sich Widerstand gegen Flüchtlingsunterkünfte formiert. Neonazis verhehlen nicht, dass sie ein Revival rassistischer Großereignisse herbeisehnen. Einige tragen T-Shirts mit dem Datum des Lichtenhagen-Pogroms zur Schau, andere kultivieren Parolen wie »Lichtenhagen kommt wieder«. Die gesellschaftliche Realität ist aber eine andere. Es gibt keinen durchgehend rassistischen Konsens und vielerorts macht sich Solidarität mit Flüchtlingen bemerkbar.

Worten folgen Taten

Über ein Dutzend Fälle rassistischer Gewalt zählt der Opferberatungsverein »LOBBI« für das Jahr 2013. Es handelt sich dabei um Angriffe auf Flüchtlinge in Greifswald, Anklam und Neklade sowie auf einige Gemeinschaftsunterkünfte. In Eggesin wurde im November 2013 zweimal in Folge ein von Flüchtlingen bewohntes Mehrfamilienhaus mit Flaschen attackiert. In denselben Zeitraum fiel ein Brandanschlag auf das Heim in Güstrow-Dettmannsdorf. Das Feuer wurde schnell gelöscht und niemand verletzt, doch Verunsicherung bleibt. Noch bevor das ehemalige Internat der Deutschen Bahn von Flüchtlingen bezogen wurde, verkippten Unbekannte im Eingangsbereich großflächig Buttersäure. Es folgten Böllerattacken – »Grüße aus der Nachbarschaft«, wie das NPD-nahe Internetportal »MUPINFO« spottete. Außerhalb der Neonazi-Szene zeitigen solche Übergriffe keine Beifallsbekundungen oder Anzeichen klammheimlicher Freude. Die Gewalt ist das Werk kleiner Gruppen, obgleich diffuse Ängste und rassistische Vorurteile in weiten Bevölkerungsteilen verbreitet sind.

Die Wut der »Mitte«

In Dettmannsdorf regte sich der Protest zu Beginn in Gestalt des »Wutbürgers«. Es sei eine »Frechheit, ein Asylbewerberheim, in einem der besten Wohngebiete Güstrows zu platzieren«, schimpfte ein Kita-Betreiber auf Facebook. Die »WutbürgerInnen« der Einfamilienhaussiedlung sahen sich in ihrer Ruhe und Sicherheit gestört. Nicht die »Ausländer« seien das Problem, sondern ihre hohe Konzentration und das »Konfliktpotenzial«, so ihre vermeintlich differenzierte Argumentation, die durch Pressestatements Raum gewann. Ein Flugblatt, unterzeichnet mit »Die Dettmannsdorfer Bewohner«, versammelte indes gängige Klischees: »100 Asylbewerber pilgern dann jeden Tag durch unser Wohngebiet«, »[...] zur Nacht fangen sie an mobil zu werden, sie kochen, hören laut Musik und stören die nächtliche Ruhe«, war zu lesen. Auf die Schmähschrift folgte rechte Propaganda in Reinkultur. »Dettmannsdorf sagt Nein – Wir wollen kein Asylantenheim«, stand auf einem Transparent, das die NPD mit einer Demonstration in Umlauf brachte. Um das bürgerliche Gesicht zu wahren, mussten »Die Dettmannsdorfer Bewohner« Distanzierungen aussprechen und eine Petition eilig zurückrufen.

Überforderte Kommunen

Mittlerweile hat sich die Lage in Güstrow beruhigt: Die Kita engagiert sich nicht mehr gegen, sondern für die Flüchtlinge und dank Anstrengungen von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung ist die Ablehnung einer Willkommenskultur gewichen. Die Auseinandersetzung in den Kommunen ist aber häufig geprägt von bedrohlicher Bildsprache, hohem Rechtfertigungsdruck und dem Wegducken vor Verantwortung. Wo Politik und Behörden hilflos agieren, werden rassistische Mobilisierungen wirksam. In Blankensee bejubelten AnwohnerInnen im Juli 2013 die Verwaltungsentscheidung, aufgrund von Protesten nur sechs Flüchtlinge aufzunehmen – deutlich weniger als zunächst geplant. Um die Aufnahme von Flüchtlingen gänzlich zu verhindern, kündigte die NPD eine Unterschriftensammlung an – ein beliebtes Druckmittel, mit dem man nahezu überall aufwartet, wo es die personellen Ressourcen erlauben. In Eggesin dauerte es immerhin einige Monate, um über 300 Unterschriften für einen NPD-Antrag gegen den »Zuzug von Fremden« einzuholen.

Bürgerschreck statt Bürgerwehr

Getarnt als Initiativen für »schöneres und sicheres Wohnen« machten Kameradschaften bereits 2003 in Vorpommern Front gegen Flüchtlingsheime. Seither hat sich die Szene professionalisiert und die NPD die Führung übernommen. T-Shirts, Plakate und Aufkleber mit Partei- und Kampagnenlogo werden auf der Internetseite des Landesverbandes feilgeboten. Verbreitet wird auch ein »Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft«, für den der NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski verantwortlich zeichnet. Hetze per Flugblatt ist sein Geschäft: Bevor 1992 in Rostock-Lichtenhagen die Gewalt eskalierte, ermunterte Andrejewski die Bevölkerung zum »Widerstand gegen die Ausländerflut«. Heute tourt er für die NPD als »Zeitzeuge« durchs Land. Die NPD zeigt in allen Landesteilen Präsenz, bleibt bei ihren Kundgebungen und Demonstrationen aber weitgehend unter sich. Der Landesverband versteckt sich nicht hinter BürgerInneninitiativen; Aktivitäten bewirbt er auf einschlägigen Internetseiten, weniger in sozialen Netzwerken. Mit Aufmärschen in Wolgast und Friedland hat die NPD zudem die zweifelhafte Tradition begründet, am Jahrestag der Novemberpogrome vor Flüchtlingsheimen aufzulaufen. Was die NPD intern als kalkulierten Tabubruch feiern mag, festigt in der Öffentlichkeit ihr Image als Bürgerschreck.

Neonazi-Bürgerschreck ohne Erfolg

Brandenburg ist derzeit kein gutes Terrain für Neonazis. Bei ihren Anti-Asyl-Protesten bleiben sie zumeist unter sich. Vielerorts arbeiten seit Jahren zivilgesellschaftliche Initiativen, die eine Willkommenskultur für Geflüchtete etablieren wollen.

von Svenna Berger



^ *Proteste gegen NPD-Kundgebung in Wandlitz im Mai 2013*

Fast jeden Tag gibt es neue Meldungen über die Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge in Brandenburg. Die Zentrale Aufnahmestelle (ZAST) in Eisenhüttenstadt platzt aus allen Nähten, andere Landkreise und Kommunen sollen Einrichtungen zur Verfügung stellen, weniger geballt, sondern verteilt auf verschiedene Orte. Dementsprechend steht das Thema in fast jeder zweiten Kommune auf der Agenda. Proteste gegen die Unterkünfte werden dabei von lokalen Neonazis organisiert. Die BürgerInnen bleiben weitgehend auf Distanz.

»Nein zum Heim« – Export des Hellersdorfer Modells?

Die NPD ist seit Ende 2012 mit Wanderkundgebungen gegen Asyl in Brandenburg auf Tour. Inzwischen finden wöchentlich Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten statt. Gern hätten die Neonazis den Schulterschluss mit AnwohnerInnen wie in Schneeberg und Berlin-Hellersdorf auch in Brandenburg vollzogen. Ihre Strategie, sich als vermeintlich besorgte BürgerInnen auszugeben, ist dabei nicht aufgegangen. Zwar gibt es überall Äußerungen, Ängste und Fragen unter den AnwohnerInnen (s. drr Nr. 145), doch ohne die Neonazis gäbe es die Proteste vermutlich nicht. Nach demselben Schema wie in Hellersdorf wurden »Nein zum Heim«-BürgerInneninitiativen unter anderem für Lauchhammer, Belzig, Pätz und Premnitz auf Facebook als Tarnseiten der NPD beziehungsweise »Freier Kräfte« initiiert. Bei einem Aufmarsch im Oktober im Bestenseer Ortsteil Pätz wollten die neonazistischen InitiatorInnen ihre politische Herkunft verschleiern: Auf einem mit dem Spruch »Einmal Deutschland und zurück« beschrifteten Transparent wurde das Label der NPD mit einem Kinderbild überklebt und auch Maria Fank, Vorsitzende des »Ring Nationaler Frauen« Berlin (RNF), gab sich als besorgte Anwohnerin aus. Anklang fand die Masche indes kaum. Andernorts verzichtete die Partei in den darauf folgenden Wochen auf diese Verschleierungstaktik.

Wenig Anschluss in der Bevölkerung

Die plumpe Stimmungsmache gegen Geflüchtete vereint die rechte Szene von Parteien, »Freien Kräften« und Kameradschaften und aktiviert auch Neonazis, die lange von der Bildfläche verschwunden waren. Auf einer AnwohnerInnenversammlung in Belzig tauchte Maik Eminger auf, der, seit sein Bruder André als Unterstützer des NSU vor Gericht steht, öffentlich nicht in Erscheinung getreten war. Die Gruppe Neonazis, mit der Eminger kam, hielt sich mit Äußerungen zurück und blieb unbehelligt, denn Anknüpfungspunkte gab es für sie nicht. Die anwesenden BürgerInnen befürworteten mehrheitlich die Einrichtung einer Asylunterkunft. Auf einer Versammlung Ende 2012 in Wandlitz wurde die lokale NPD des Saales verwiesen, nachdem AnhängerInnen rassistische Äußerungen von sich gaben. Ob »Asylantenheim – Wir sagen Nein« (»Die Rechte«), »Nein zum Heim« (NPD) oder »Kein Heim Nirgendwo« (Neonaziplattform »Licht und Schatten«); die rassistischen Kampagnen sind das Hauptbetätigungsfeld der Neonazis in Brandenburg. Auch Farb- und Brandanschläge auf bestehende oder entstehende Unterkünfte wie in Waßmannsdorf, Beelitz oder Luckenwalde gehören dazu. Obwohl sie sich gegenseitig bei Aktionen unterstützen, bleibt ihr Radius klein. Es wirkt eben eher abschreckend auf BürgerInnen, wenn etwa 30 Neonazis aus Berlin und Brandenburg bei einer Kundgebung des brandenburgischen Ablegers »Die Rechte« in Oderberg dem 1990er-Jahre-Klischee entsprechend daher kommen: Der Bürgerschreck mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln. Oder wie in Pätz: Junge halbstarke Männer mit hasserfüllten Parolen, die durch die Dunkelheit ziehen. Die Ausnahme bildet dabei die Plattform »Zukunftsstimmen«, ein mutmaßlicher Nachfolger des verbotenen Netzwerkes »Widerstandsbewegung in Südbrandenburg«, besser bekannt als »Spreelichter«. Sie inszenieren ihre Aktionen ansprechend für Kinder und Jugendliche: So wurden an einer Schule in Südbrandenburg »Deutsch? Cool!«-Schilder von einer Person im Krümelmonsterkostüm verteilt. Auch mit dem Diebstahl der »Schule ohne Rassismus«-Plakette brüstet sich das Krümelmonster in einem Video auf Youtube.

Aktive Willkommenskultur

»Es war ein gutes Gefühl, diese starke Solidarität mit den Flüchtlingen und die große Bereitschaft zur Hilfe zu spüren«, heißt es auf der Internetseite des »Pankespiegels«, eines Lokalblatts, das über eine Versammlung zur Einrichtung einer Asylunterkunft berichtete. Auch in anderen Versammlungen scheint sich die Haltung gegenüber Geflüchteten seit den 1990er Jahren, als rassistische Mobs durch die Straßen zogen und Pogrome wie 1992 in Cottbus-Sachsendorf oder Eisenhüttenstadt initiierten, verändert zu haben. AnwohnerInnen sprechen sich für die Aufnahme von Geflüchteten in ihren Gemeinden aus und gründen Runde Tische, um gemeinsame Willkommensaktionen zu organisieren. Allerdings hinterfragen die gut gemeinten Initiativen die auf lange Sicht menschenunwürdige Heimunterbringung sowie die Zustände wie in der ZAST Eisenhüttenstadt nicht und so bleibt die Forderung nach dezentraler Unterbringung in Wohnungen weiterhin den antirassistischen Gruppen überlassen.

Auch wurden in Brandenburg bisher erst ein paar Tausend Asylsuchende aufgenommen, weitere Unterkünfte sind in Planung. Für die Neonazis gibt es also weiterhin Gelegenheiten, die Nähe zu BürgerInnen zu suchen. 2014 werden in Brandenburg sowohl neue Kommunalparlamente als auch ein neuer Landtag gewählt. Dabei kann vor allem die NPD auf ein stabiles WählerInnenpotenzial zurückgreifen.

Das Ländle in Aufruhr gegen das Fremde

In Bayern und Baden-Württemberg geht die Bevölkerung gegen Flüchtlinge auf die Barrikaden – ganz ohne Neonazis, aber mit Unterstützung der Kommunalpolitik.

von Sören Frerks



^ *Erst Friedrich jetzt Seehofer: Bayerns Ministerpräsident macht seit Dezember 2013 mit rechtspopulistischen Sprüchen Stimmung gegen EinwanderInnen*

Während bei den Protesten gegen entstehende Flüchtlingsunterkünfte in Ostdeutschland NPD oder Kameradschaften kräftig mitmischen, stehen in den alten Bundesländern vor allem wohlsituierte BürgerInnen an vorderster Front. So geschehen im Bezirk Oberbayern, wo in mehreren Orten Einwände laut wurden.

Bayern

Im Taunsteiner Stadtteil Geißing mobilisierte im Juli 2013 die Ankündigung einer Flüchtlingsunterkunft ganze 500 EinwohnerInnen zu einer Informationsveranstaltung der Stadt, zu denen sonst deutlich weniger strömen. Es war geplant ein ehemaliges Post-Wohnheim umzubauen, mit Platz für 114 Betten. Zunächst sollten dort 38 Flüchtlinge wohnen, doch der Eigentümer zog sein Angebot zurück - wegen der heftigen Proteste im Wohngebiet, wie er sagte. Einerseits wurden indirekt rassistische Argumente angeführt, wie die Nähe zur benachbarten Montessorischule oder die Vermutung einer fehlenden Betreuung, die dazu führen würde, dass die Flüchtlinge »aus Langeweile herumlungern«. Andererseits brach sich in Flugblättern, im Internet und anonymen Anrufen ganz offener Rassismus Bahn.

Der Bürgermeister verwahrte sich, unter Verweis auf das »gute Zusammenleben« mit den 2.500 »Ausländern« im 19.000 EinwohnerInnen zählenden Traunstein, allerdings gegen Rassismusvorwürfe und entschied sich damit für die Option gut zu reden, was nicht gut zu reden ist; eine Möglichkeit, um nach dem Vorwurf der fehlenden Informationspolitik vor Ort wieder Zuspruch zu erhalten.

Noch größere Mobilisierungskraft hatte die Ankündigung eines Neubaus für 120 Flüchtlinge in Putzbrunn, südlich von München. Von den 6.000 Ortsansässigen nahmen im Februar letzten Jahres 400 Menschen an einer städtischen Informationsveranstaltung teil.

Mit Argumenten wie der Entstehung eines sozialen Brennpunkts, über sinkende Grundstückspreise und die direkte Nachbarschaft zum ebenfalls geplanten Seniorenheim bis zur nachträglichen Erhöhung der Flüchtlingszahlen, wehrten sich die AnwohnerInnen gegen die Flüchtlingsunterkunft. Eine BürgerInneninitiative klagte vor dem Münchner Verwaltungsgericht gegen die Ablehnung ihres Bürgerbegehrens mit 1.000 Unterschriften durch den Bürgermeister. Der offizielle Vorwurf lautete nicht, zu wenig Informationen zu erhalten, sondern eine ungerechte Verteilung von AsylbewerberInnen – Flüchtlinge als ›Verhandlungsmasse‹. Trotzdem wurde die Unterkunft beschlossen, wobei einzelne Forderungen übernommen wurden; so sind nur noch 60 Wohnplätze geplant.

Baden-Württemberg

In Sachsenheim bei Ludwigsburg gibt es seit 2013 ein ähnliches Prozedere. 21 Flüchtlinge sollten voraussichtlich bis Ende des Jahres in eine Containerunterkunft im Stadtteil Hohenhaslach mit seinen 2.000 AnwohnerInnen einziehen. Zwei Standorte wurden diskutiert und an beiden war der Widerstand so vehement, dass die »Bietigheimer Zeitung« »Keiner will die Asylbewerber haben« titelte.

Während im Ortskern der benachbarte Kindergarten oder der Sportplatz ins Feld geführt wurden – mal umarmend als Zumutung für die Flüchtlinge, mal latent rassistisch als Gefahr für die Kinder des Stadtteils – war vom Rande Hohenhaslachs analog dazu das Gegenteil zu vernehmen: schlechte Wege sowie fehlende Verkehrsanbindung versus die Nähe zum CVJM-Heim und die »explosive Mischung« wegen der vielen Nationen. Wie in Oberbayern auch hier der Vorwurf: Intransparenz.

Die Liste der bürgerlichen Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte ließe sich beliebig fortsetzen. Auch wenn sich wie vielerorts mittlerweile in Putzbrunn ein Netzwerk für Willkommenskultur gegründet und die dortige BürgerInneninitiative gegen die Flüchtlingsunterkunft umgekehrt an Zuspruch verloren hat, wird deutlich, wie hoch die Mobilisierungsfähigkeit entlang rassistischer Stimmungen in den alten Bundesländern ist.

Auch ein Problem des Westens

Beim Blick auf ›ausländerfeindliche‹ Einstellungen liegt nach der Studie »Die Mitte im Umbruch« der »Friedrich Ebert Stiftung« (2012) der Durchschnittswert in Ostdeutschland mit 38,7 Prozent zwar fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern: 21,7 Prozent. Allerdings übertraf Bayern im Längsschnitt von 2002 bis 2008 mit 39,1 Prozent alle anderen Bundesländer, mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt (39,3 Prozent); Baden Württemberg lag bei lediglich 14 Prozent. Bei bundesweiter Betrachtung weiterer Korrelationen, wie der ebenso zunehmenden ›Ausländerfeindlichkeit‹ bei sehr niedriger Erwerbslosigkeit und guter wirtschaftlicher Lage, dürfte das Ergebnis in einigen Gegenden des Südwestens doch höher ausfallen.

Darin kann eine Ursache für die geschilderten Argumentationslinien gegen Flüchtlingsunterkünfte liegen. Sie sind stärker sozialchauvinistisch aufgeladen, setzen auf die Gefährdung des eigenen Wohlstandes, denn auf Sozialneid. Zudem artikuliert sich die Ablehnung verklausuliert und sogar umarmend wie im Falle Sachsenheim. Was nicht bedeutet, dass offene rassistisch-nationalistische Feindbilder nicht zur Sprache kommen, nur sind sie der Verhinderung einer Asylunterkunft weniger zuträglich. Und die KommunalpolitikerInnen: Sie sind überfordert und thematisieren eher »sozialverträgliche« Umsetzungen, als die Ressentiments der Bevölkerung. Eines haben alle gemein: Um die Belange der Flüchtlinge geht es selten.

»Lampedusa in Hamburg«

Im Frühjahr 2013 kamen 350 afrikanische Flüchtlinge nach Hamburg. Als ArbeitsmigrantInnen waren sie zuvor aus Libyen in Folge des dortigen Bürgerkrieges und nach dessen Eskalation durch die militärische Intervention der NATO über die Insel Lampedusa nach Italien geflohen. Dort lebten sie zunächst in Flüchtlingslagern. Anfang 2013 begannen die italienischen Behörden diese zu schließen und schickten die Flüchtlinge in andere EU-Staaten. Mehrere Hundert von ihnen zogen darauf nach Hamburg. Nachdem das Winternotprogramm der Stadt auslief, organisierten sich die Flüchtlinge, um für ihr Bleiberecht als Gruppe zu kämpfen. Margarete Schlüter von »der rechte rand« sprach mit Ali Mohammed von der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten im gemeinsamen Kampf um ein uneingeschränktes Bleiberecht.



drr: Ali, zusammen mit der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« kämpfst du seit einigen Monaten für ein uneingeschränktes Bleiberecht. Wie wurde darauf in Hamburg reagiert?
Ali Mohammed: Wir fühlen uns prinzipiell in Hamburg willkommen und erfahren viel Unterstützung durch die Zivilgesellschaft. Diejenigen, von denen wir uns abgelehnt fühlen, sind staatliche Institutionen wie der Hamburger Senat oder die Ausländerbehörde.

Wie sieht die konkrete Unterstützung durch die Zivilgesellschaft aus?
Nicht nur UnterstützerInnengruppen, sondern auch breite Teile der Zivilgesellschaft verhalten sich solidarisch, indem zum Beispiel öffentliche Aktionen mitorganisiert werden, regelmäßig Geld gespendet wird, Sportvereine Boxen für Kleidung und Essen aufstellen, Bäckereien Backwaren abgeben und aktuell Unterkünfte für den Winter zur Verfügung gestellt werden.
Als die Hamburger Polizei im Oktober 2013 über mehrere Wochen hinweg rassistische Kontrollen durchführte, konnten wir nicht verstehen, warum Menschen mit europäischen Papieren aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert werden. Dies hat uns einen Rassismus vor Augen geführt, den wir so nicht erwartet haben. Viele von uns wurden dadurch traumatisiert, in Angst versetzt und fühlten sich in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Trotzdem ist für uns als Gruppe klar, dass der gemeinsame Kampf für unsere Rechte weitergehen muss und wir uns durch die Kontrollen nicht einschüchtern oder spalten lassen werden. In diesem Zusammenhang haben wir uns über den stärker werdenden Rückhalt in der Bevölkerung gefreut. So zogen zum Beispiel am 25. Oktober nach einem St.-Pauli-Spiel über 10.000 Flüchtlinge und UnterstützerInnen durch die Straßen und an einer Demonstration am 2. November nahmen sogar 15.000 Menschen teil. Und eine »Schulstreikinitiative für Bleiberecht« organisierte für den 12. Dezember eine SchülerInnendemo, an der etwa 3.500 Kinder und Jugendliche teilnahmen.

Wovon ist Euer Alltag geprägt? Wie geht Ihr als Gruppe damit um, von staatlicher Abschiebung bedroht zu sein?
Zunächst ist zu sagen, dass wir uns gegenseitig sehr viel Mut, Hoffnung und Kraft geben. Es gibt sehr viel Unterstützung, um den Alltag zu bestreiten, so dass es an nichts mangelt. Wir sind mittlerweile so etwas wie eine Familie geworden. Als Gruppe, die in unterschiedlichen Stadtteilen lebt, sind wir in engem Kontakt und darum bemüht, dass alle ausreichend versorgt sind. Ansonsten ist es so, dass der Alltag sehr individuell gestaltet ist. Zum Teil geht es auch darum, die hiesige Situation zumindest zeitweise zu verdrängen. In Gesprächen untereinander stelle ich jedoch fest, dass viele, auch vor dem Hintergrund, die eigene Familie seit Jahren nicht gesehen zu haben, oft gute Laune haben und die Stimmung innerhalb der Gruppe gut ist.
Die Angst, auf der Straße aufgegriffen zu werden, ist trotz des Endes der Kontrollen immer noch präsent. Aber die Gruppe hat eine sehr lange Geschichte, wir haben viel erlebt und die Kontrollen sind in diesem Zusammenhang nicht das Schlimmste gewesen. Aufgrund der gemeinsamen Erfahrungen begreifen wir uns nicht bloß als ein Individuum, sondern sind eine Art Einheit geworden und haben viel Kraft gewinnen können. Der Kampf, den wir führen, der ist nicht für Einzelpersonen, sondern für uns als Gruppe. Darüber hinausgehend ist er als ein bewusster Angriff auf das Grenzregime der EU zu begreifen und um die geltenden Gesetze des Migrationsrechtes herauszufordern.

Was sind Eure Forderungen an den Senat und Wünsche seitens der Unterstützenden?
Der Senat muss seine Augen öffnen. Es ist für uns unerklärlich, dass der Senat nicht versucht, unsere Situation und die damit einhergehenden Forderungen nachzuvollziehen. Daher fordern wir zunächst, dass der Senat seine ablehnende Haltung aufgibt und in einen Dialog mit uns tritt. Das einzige, was bisher geschehen ist, ist, dass die Polizei gegen uns vorgegangen ist. Doch die Polizei stellt keine politische Institution dar, mit der wir in Verhandlungen treten können. Wir sind Menschen und haben die bisherige Behandlung nicht verdient. Wir sind hier, weil wir vor dem Krieg in Libyen geflohen sind.
Von Seiten der Unterstützenden wünschen wir uns viel Energie und Durchhaltevermögen. Zudem sind wir weiterhin auf finanzielle und materielle wie auch auf moralische und aktive Unterstützung angewiesen.
Wir sind keine versteckte, sondern eine in die Öffentlichkeit tretende Gruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat, hier in Hamburg als Gruppe Aufenthaltsrecht zu erhalten.

Vielen Dank für das Gespräch.

Internetseite: www.lampedusa-in-hamburg.org

»Denkt doch mal jemand an die Kinder!«

Unter dem Motto »Für die Zukunft der Familie!« lud das rechtspopulistische Magazin »Compact« am 23. November 2013 nach Schkeuditz bei Leipzig – 500 Menschen kamen.

von Christian Huth

»Compact steht für die offene Debatte, die diese Leute draußen verhindern wollen«, schimpfte Jürgen Elsässer, Chefredakteur des Magazins. Verspätet fing die zweite »Konferenz für Souveränität« der Zeitschrift an. GegendemonstrantInnen hatten den Eingang des Gebäudes blockiert. Von morgens bis abends standen Vorträge verschiedener internationaler ReferentInnen auf der Tagesordnung, die über »Familienfeindlichkeit«, »Geburtenabsturz« und »sexuelle Umerziehung« sprechen wollten. Letztlich lief alles auf die Frage hinaus »Werden Europas Völker abgeschafft?«. Schon in der Ankündigung erwehrte man sich vehement der Vorwürfe, die Konferenz richte sich »gegen Homosexualität«. Sichtlich erschüttert waren die VeranstalterInnen, als sie feststellen mussten, dass ›die Familie‹ offenbar kein ›harmloses‹ Thema ist, wie sie angenommen hatten. Die Polizei hatte Mühe, den vorwiegend männlichen BesucherInnen einen Weg durch die Menge zu bahnen. Und ihre Präsenz war auch noch wahrnehmbar, als der Saal sich langsam füllte – die Eröffnungsrede des ehemaligen »Konkret«-Redakteurs wurde vom Lärm Dutzender gegen die Wände des Gebäudes trommelnder ProtestiererInnen begleitet. Für Elsässer sind diese freilich nichts weiter als »geschichtsvergessene Idioten«.

Absage um Absage

Nicht nur die Proteste dürften die Veranstalter verärgert haben. Großspurig und etwas vorschnell hatten sie immer wieder auf die geladene Prominenz hingewiesen:
Thilo Sarrazin, Peter Scholl-Latour, Eva Hermann, Frauke Petry. Doch es kam anders: Scholl-Latour, der bereits bei der ersten »Souveränitätskonferenz« im November 2012 an der Freien Universität in Berlin gesprochen hatte, sagte wenige Wochen vor dem Termin ab – er müsse einen Auslandstermin wahrnehmen, ließ er verlauten. Eva Hermann steckte zurück »aus Angst vor KonferenzgegnerInnen«. In ihrer zehnminütigen Audio-Botschaft beklagte sie sich über die deutsche Familienpolitik und die »Hetze feministischer Interessenverbände«. Und auch Frauke Petry, eine der drei BundessprecherInnen der »Alternative für Deutschland« (s. drr Nr. 144), kam nicht – Gründe wurden nicht genannt. Dabei hatte sie bereits im Vorfeld der Konferenz in einem Interview, das sie Elsässer gab, noch gegen die »freiwillige Selbstzensur der Medien« gewettert. Und so verblieb als einziger Headliner der SPD-Mann vom rechten Stammtisch.

Nur Altbekanntes von Sarrazin

Viele werden sich vom ersten Vortrag, dem eigentlichen Höhepunkt der Konferenz, deutliche Worte erhofft haben. Doch Sarrazin referierte zunächst eine geschlagene halbe Stunde über sein Buch »Deutschland schafft sich ab« (2010). Auch seinen persönlichen Streit mit der »die tageszeitung« (taz) schlüsselte er selbstverliebt und detailreich auf. Erst zum Ende besann er sich auf das Kongressthema: Das »deutsche Volk« sei nicht nur am Aussterben, sondern werde auch durch »unqualifizierte Zuwanderung« immer dümmer, käute er seine kruden Thesen wieder. Seit 40 Jahren bekämen »alle Frauen in Deutschland durchschnittlich 1,3 Kinder«. Jede Generation sei also kleiner als ihre vorherige, das sei »nur eine Frage der Logik«. Für das angeblich abnehmende Bildungsniveau der Gesellschaft macht er den vermeintlich negativen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Kinderzahl verantwortlich. Wer nur über niedrige Bildung verfüge, bekomme mehr Kinder. »Einwanderung«, so Sarrazin, könne diesen Umstand verbessern, »wenn die Einwanderer besser, klüger und fleißiger wären, als die Deutschen.« Diese Eigenschaften korrelieren für ihn mit ›Kultur‹ und ›Herkunft‹ der Einwanderer. Als Beleg führt er an, dass bisher kein Nobelpreis an einen Wissenschaftler der islamischen Welt gegangen sei. Dass es bis heute nicht gelungen ist, ihn »wirksam als unseriös auszugrenzen« – schließlich ist er noch immer SPD-Mitglied –, sieht er als Beleg für die Richtigkeit seiner Thesen.

Ausländische Prominenz

Wirkte die deutsche RednerInnenliste wie willkürlich zusammengestellt, waren Frankreich und Russland prominent vertreten. Aus Frankreich war die bekannte Rechtspopulistin und Sprecherin von »Printemps Français« (»Französischer Frühling«) Béatrice Bourges angereist. Ihre Organisation hatte in den vergangenen Monaten Demonstrationen mit bis zu einer Million Menschen gegen ein Gesetz auf die Straße gebracht, das es Homosexuellen in Frankreich erlaubt, zu heiraten (s. drr Nr. 143). Die Zusammenstöße mit der Polizei, die es dabei gegeben hatte, seien von ›Agents Provocateurs‹ angezettelt worden, um gegen die Bewegung vorzugehen. Gehe es nach ihr, stünde Frankreich kurz vor einem Volksaufstand. Darauf, dass dies in einem »normalen Land« wie Frankreich möglich sei, war Bourges besonders stolz und wollte den ZuhörerInnen Mut machen, auch in Deutschland für die eigenen Interessen auf die Straße zu gehen. Legitim sei dies allein deswegen, weil es bestimmte ›Gesetze‹ gebe, die über jenen stehen, die Menschen sich geben. Weil das Gesetz zur Gleichberechtigung homosexueller Paare diesem vermeintlichen ›Naturgesetz‹ widerspreche, müsse dagegen vorgegangen werden. Dahinter stehe eine Ideologie, die »die Gesellschaft zerstören« wolle.
Auch für John Laughland, den Direktor des ›Institut de la Démocratie et de la Coopération‹ (IDC), ist Frankreich mit seiner »Bewegung gegen die Homo-Ehe« der einzige Hoffnungsschimmer am Horizont.
Aus Russland war gleich eine ganze Delegation der Staatsduma angereist, darunter Jelena Misulina und Olga Batalina mit eigenem Fernsehteam. Die beiden Parlamentarierinnen sind maßgeblich für das »Gesetz gegen Homosexuellen-Propaganda« verantwortlich, das Kinder und Jugend-

liche vor Zurschaustellungen gleichgeschlechtlicher Liebe in der russischen Öffentlichkeit ›schützen‹ soll. Als Begründung wird angeführt, dass angeblich 95 Prozent der Homosexuellen erst durch die Medien oder ihr Umfeld zu solchen gemacht würden. Auch würde, so Batalina und Misulina, in den deutschen Medien vollkommen verdreht über das Gesetz berichtet – es sei ›nur‹ die Ergänzung des russischen Jugendschutzgesetzes. Dieses habe zuerst nur die Darstellung heterosexueller Praktiken geregelt. So wurde auf Wirken einer Bürgerinitiative das »Gesetz gegen Homosexuellen-Propaganda« nachgeschoben, um Kinder und Jugendliche vor »schädlichen Informationen zu schützen«. Das Problem einer sinkenden Geburtenrate habe die Regierung unter Putin im Gegensatz zu Europa bereits erkannt und weitere Gesetze verabschiedet, die besondere Förderung für Mütter und Schwangere vorsehen. Und noch etwas habe Russland Deutschland voraus: Protest wie dieser sei dort undenkbar. Stolz berichtet Misulina, dass in Russland die Minderheit, das heißt die BefürworterInnen von Gleichberechtigung vor der Mehrheit der Bevölkerung geschützt werden müssen und nicht andersherum, wie es ihrer Meinung nach in Leipzig der Fall war. ›Den Homosexuellen‹ in Deutschland gehe es letztlich so gut, dass sie eigentlich keinen Grund hätten, auf die Straße zu gehen. Der internationale Skandal, den Elsässer noch während der Konferenz beschwor, weil Misulina vor Beginn der Konferenz von einem Protestler in die Hacken getreten wurde, blieb bisher aus.

Anwesend war mit André Sikojev ein weiterer russischer Redner, er ist Priester der Russisch-Orthodoxen Kirche, deren Perspektive auf »Familie« und Einschätzung des Gender-Mainstreaming er vortrug. Die erste These der Konferenz, dass sich die »europäischen Völker abschaffen würden«, meinte er mit Bezug auf die vermeintlich niedrigen Geburtenraten zu bestätigen. Als er anschließend verkündete, es gebe auch Lichtblicke, denn die norwegische Regierung habe kürzlich sämtliche Mittel für Gender-Mainstreaming gestrichen, erntete er tosenden Beifall vom Publikum. Aus der Bibel lassen sich für ihn sowohl die »Zweigeschlechtlichkeit von Mann und Frau« als auch die »natürliche Zusammengehörigkeit« der beiden Geschlechter ableiten. Homosexuelle Paare seien wenig hilfreich, den Fortbestand des »Volkes« zu sichern, da sie nicht ohne Weiteres in der Lage sind, neues Leben in die Welt zu setzen. Nebenbei war Sikojev bemüht, zu betonen, wie offen er sei und dass die Russisch-Orthodoxe Kirche auch »die Anderen« toleriere. Trotzdem vertrat er abstruse Thesen: Gender-Mainstreaming beispielsweise ist ihm zufolge gleichzusetzen mit den »Nürnberger Rassegesetzen« von 1935. »Ehe« sei ein Begriff des Naturrechts, behauptete er ferner, der für Beziehungen zwischen Männern und Frauen reserviert sei. Und überhaupt, Kindern gehe es in homosexuellen Familien sowieso per se schlecht, meinte er zu wissen. Nachgewiesen sei das in einer einzigartigen Studie eines namenlosen amerikanischen Wissenschaftlers mit entsprechend erschreckenden Ergebnissen. Darum rate die Russisch-Orthodoxe Kirche auch vom Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ab. Als einziger Referent scheint sich Sikojev zumindest ansatzweise mit den Theorien der Gender-Studies beschäftigt zu haben – wenn auch mit skurrilem Fazit: Judith Butler stellte er in eine Reihe mit Adolf Hitler und ihr Buch »Gender Trouble« (1990) als vermeintliche Grundlage ›feministischer Ideologie‹ verglich er mit »Mein Kampf«. Unerträglich scheint für ihn die Annahme, Geschlecht sei nicht angeboren.

Ausreißer

Dorothea Böhm, die zur Mutter-Kind-Beziehung referierte, sprach sich als einzige für das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare aus und wirkte damit ein wenig fehl am Platz. Auch zwei Männer könnten ein Kind »bemuttern«, solange sie in einer stabilen Beziehung leben. Dafür erntete sie überraschend Applaus, aber auch heftige Kritik von Publikum und anderen ReferentInnen. Ein wenig skurril mutete der Vortrag von Bernd Lassahn an. Lassahn, der eigentlich Kinderbücher schreibt, formulierte in seinem kürzlich erschienenen Buch »Frau ohne Welt« (2013) allerlei Männerrechtsthesen. Schon nach kurzer Zeit auf der Bühne verlor er sich in wirren Metaphern und Analogien von Äpfeln, Birnen und allerlei Tieren und versuchte so die Ungleichheit von Kulturen und Geschlechtern zu beschreiben. Auch ihm macht die ›Kinderlosigkeit‹ zu schaffen, wenn durch ›Gleichmacherei von Sexualpraktiken‹ der heterosexuelle Geschlechtsverkehr, der als einziger der Fortpflanzung dient, im Abseits verschwindet.

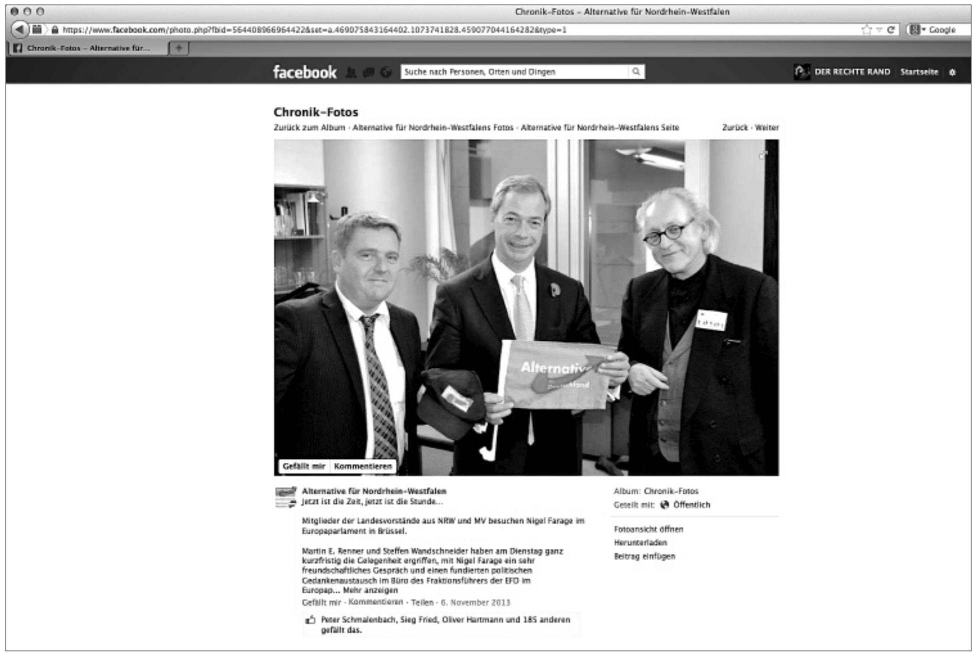
Nur ein bedingter Erfolg

Neben dem Austausch von allerlei Plattitüden durch die auf dem Podium Anwesenden, der Selbstvergewisserung, irgendwie für das Wohl ›der Familie‹ und ›der Kinder‹ einzustehen, schien es am Ende doch einen gemeinsamen Nenner zu geben: Die diffuse Angst um das vermeintliche Aussterben der ›europäischen Völker‹ als Folge von ›feministischer Ideologie‹, ›sexueller Umerziehung‹ und ›Zerstörung der heterosexuellen Familien‹. Am Ende dürfte die Veranstaltung des selbsternannten »Magazins der schweigenden Mehrheit« für die OrganisatorInnen nur bedingt befriedigend gewesen sein. Insgesamt kamen deutlich weniger Gäste, als erwartet. Das mag an den teuren Eintrittspreisen oder der abgespeckten RednerInnenliste gelegen haben. Auch das proklamierte Ziel, irgendwie zu einer »offenen Debatte« beizutragen, wurde verfehlt. Nun wird als »Erfolg für die Meinungsfreiheit« verkauft, dass der Kongress überhaupt stattfinden konnte. Und so lässt sich auch hier wieder einmal mehr der größte Misserfolg im Nachhinein umdeuten.

Von Flügelkämpfen und Begradigungen

Der Countdown für die »Alternative für Deutschland« läuft. Am 25. Mai ist Europawahl. Dieses Mal will es die Partei schaffen, nachdem sie bei der Bundestagswahl 2013 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war.

von Jens Breuer



^ *Screenshot der Facebook-Seite der AfD*

»AfD streitet über Rechtspopulisten« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 7.10.2013) oder »Richtungsstreit bei AfD eskaliert« (»Frankfurter Rundschau«, 20.12.2013) – die negativen Schlagzeilen über die »Alternative für Deutschland« (AfD) rissen in den Wochen nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 (s. drr Nr. 145) nicht ab. In verschiedenen Landesverbänden hatte es gehörig geknallt. Zunächst war da die Sache mit der rechtspopulistischen Partei »Die Freiheit«. Am 30. September schrieb deren Bundesvorsitzender René Stadtkewitz, die Partei stelle alle bundes- und landespolitischen Aktivitäten ein. Es sei ihm stets um die Sache gegangen und diese sähe er jetzt besser durch die AfD verwirklicht: »In diesem Sinne sehen wir vieles von dem, was wir wollten, von der AfD aufgegriffen und fortgesetzt. Sie wird einen Großteil unseres Anliegens, unserer Positionen nun dorthin tragen, wo es den Altparteien am meisten weh tut: in die Parlamente.« Mit seinem Schreiben verband der Vorsitzende der Splitterpartei eine Aufforderung: »Es muss die Partei die optimalen Startbedingungen erhalten, die die größte Erfolgschance hat, Politik in unserem Sinne gestalten zu können und dies ist die Alternative für Deutschland. Wir verbinden unsere Entscheidung mit dem Appell an alle Kleinparteien, die eine ebenso große Übereinstimmung ihrer Ziele mit denen der AfD entdecken, es uns gleich zu tun.« Tags drauf lehnte AfD-Chef Lucke die Unterstützung ab: »Eine Unterstützung durch Herrn Stadtkewitz ist uns nicht willkommen«, sagte er dem »Tagesspiegel« (1.10.2013). Seine Kollegin, die Bundessprecherin Frauke Petry sagte jedoch einige Tage später dem Magazin »Der Spiegel« (7.10.2013): »Wir werden ehemalige Mitglieder der ›Freiheit‹ nicht generell als rechtspopulistisch abqualifizieren.« Tatsächlich steht ihr sächsischer Landesverband in der Kritik, lax mit ehemaligen Mitgliedern extrem rechter Parteien umzugehen. Sprecher der Chemnitzer AfD ist beispielsweise Joachim Ziems, der gleichzeitig Mitglied der Stadtratsfraktion von »Pro Chemnitz« ist.

Ganz so kulant geht die Bundespartei mit ihrem Landesverband in Hessen nicht um: Kurz nach der Wahl von Peter Ziemann zum Schatzmeister des Landesverbandes am 14. Dezember 2013 wurden ihm frühere Aussagen im Internet zum Verhängnis: »Der heutige Sozialismus«, hatte er am 12. September 2012 geschrieben, »der sich Demokratie schimpft, muss das gleiche Schicksal wie der Ostblock vor mehr als 20 Jahren erleiden. Nur so können wir die satanistischen Elemente der Finanz-Oligopole von den westlichen Völkern wieder abschütteln, die wie die Zecken das Blut der Völker aussaugen und die Körper mit tödlichen Bakterien verseuchen«. Die Sprache erinnert an klassisch antisemitische Hetztiraden. Ziemann wurde durch den Bundesvorstand seines Amts enthoben.

Vielleicht sind diese Querelen dem schnellen Mitgliederzuwachs geschuldet. Über 17.000 Mitglieder hatte die AfD Ende 2013, da war sie noch kein Jahr alt. Und doch, jenseits der Auseinandersetzungen in den Landesverbänden, sollten auch die Rücktritte aus dem Bundesvorstand zu denken geben. Am 9. Dezember 2013 verabschiedete sich Wolf-Joachim Schünemann. Der 49-jährige Bayer war einer der 13 ParteigründerInnen und Beisitzer im Bundesvorstand. Gründe nannte er für sein Ausscheiden nicht. Drei Wochen später, am 30. Dezember, trat auch Irina Smirnova von ihrer Funktion als Beisitzerin zurück. Sie kritisiert in einem offenen Brief unter anderem den autoritären Führungsstil des Vorsitzenden Lucke.

Seit der Adventszeit befindet sich die AfD im Europawahlkampf. Der Einzug ins Parlament gilt als sicher, immerhin besteht hier nur eine 3-Prozent-Hürde. Lucke versucht indes, den Spekulationen über ein mögliches Bündnis im Parlament einen Riegel vorzuschieben. Jetzt für eine Zusammenarbeit mit der niederländischen »Partij voor de Vrijheid«, der »Freiheitlichen Partei Österreichs« oder der »United Kingdom Indepence Party« (UKIP) zu werben, würde ihm endgültig den Ruf des Rechtspopulismus einbringen. Doch manche scheinen das nicht so zu sehen: Am 8. November hatten sich Steffen Wandschneider, Mitglied des Landesvorstandes der AfD Mecklenburg-Vorpommern, und Martin Renner, zu dieser Zeit noch stellvertretender Sprecher der AfD Nordrhein-Westfalen, in Brüssel mit Nigel Farage, Chef der UKIP, getroffen. Auf Facebook schrieb die AfD-NRW, es bestünden »schon seit geraumer Zeit persönliche Beziehungen der beiden Vorstandsmitglieder aus NRW und MV mit Nigel Farage von der UKIP«. Wandschneider war nebst Michael Heendorf, da noch Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, und Roland Scheel, damals noch Landesvorsitzender der AfD in Brandenburg, bei einem Treffen mit Vertretern des »Bündnis Zukunft Österreich« (BZÖ) am 12. Dezember dabei. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Wien betonte Heendorf, man habe nur gemeinsam eine Chance dieses Europa noch zu retten. Der Bundesvorstand der AfD kritisierte diese Vorstöße scharf. Noch vor Weihnachten traten Heendorf und Scheel von ihren Ämtern zurück, Renner wurde abgewählt und auch Wandschneider scheint nicht mehr im Amt zu sein. Vorerst wird freilich der Wahlkampf die Partei, die in verschiedene Flügel zu zerfallen droht, einen. Doch das Ergebnis des Wahljahres 2014 wird über die Zukunft der »Alternative« entscheiden.

Alte Akteurin mit neuem Projekt

Die Verleihung des »Gerhard-Löwenthal-Preises« war bisher das Hauptbetätigungsfeld der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« aus dem Umfeld der »Jungen Freiheit«. Doch mit der Eröffnung der »Bibliothek des Konservatismus« in Berlin zeigt diese neue Aktivitäten.

von Patrick Schwarz

In der gediegenen Atmosphäre der altehrwürdigen Zitadelle Spandau in Berlin wurde von der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« (FKBF) am 23. November 2013 der »Gerhard-Löwenthal-Preis« verliehen. Der nach dem (rechts-)konservativen Journalisten benannte Preis wird inzwischen alle zwei Jahre verliehen, dient der »Erinnerung an das politische und publizistische Vermächtnis Gerhard Löwenthals« und soll »im Geiste dieses aufrechten freiheitlich-konservativen Namensgebers unabhängigen Journalismus« ehren.

Vor der eigentlichen Preisverleihung zeichnete Dieter Stein als Chefredakteur der »Jungen Freiheit« (JF) die drei GewinnerInnen des »JF-Jungautoren-Wettbewerbs 2013« aus. Der Gewinner des Nachwuchswettbewerbs unter der Fragestellung »Identität – was versteht Ihr darunter?«, Fabian Schwarz, veröffentlichte bereits in der neurechten Nachwuchszeitschrift »Blaue Narzisse«.

Als Vorsitzender des Stiftungsrates der FKBK führte Stein auch durch das weitere Programm der Veranstaltung. Die diesjährige Preisträgerin Birgit Kelle wurde für ihr antifeministisches Wirken gewürdigt. Bekannt ist sie, neben ihrem aktuellen Buch »Dann mach doch die Bluse zu«, vor allem durch ihre zahlreichen (Fernseh-)Auftritte als Vertreterin eines konservativen Antifeminismus. Sie publiziert in Zeitungen und Zeitschriften, wie »Focus« und »Die Welt« zum Thema und wurde von der »Jungen Freiheit« als Vorzeigekritikerin des Feminismus mitaufgebaut. Der österreichische Journalist Andreas Unterberger sah Kelle in seiner Laudatio »an der Spitze einer ganz zentralen Auseinandersetzung« mit der »Diktatur des immer aggressiver werdenden Feminismus«. Den »Gerhard-Löwenthal-Preis« erhielten in der Vergangenheit bereits Ellen Kositza und Sebastian Scheil für »kontinuierliche, besonders qualitätsvolle und bahnbrechende Beiträge« im Sinne der Stiftung. Fast ausnahmslos haben die Ausgezeichneten in der »Jungen Freiheit« publiziert oder stehen ihr zumindest ideologisch nah.

Der Ehrenpreis der Stiftung ging an Karl Feldmeyer für sein Lebenswerk. Feldmeyer war über Jahrzehnte als Parlamentskorrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) in Bonn und Berlin tätig. Zu den bereits ausgezeichneten gehören der Journalist Peter Scholl-Latour, der Historiker Ernst Nolte und der Verleger Herbert Fleissner. Feldmeyers Laudatio hielt der ehemalige Kollege von der FAZ, Konrad Adam. Dieser hob das Eintreten Feldmeyers als »Verfassungspatriot« für die Wiedervereinigung hervor. Adam steht derzeit als einer von drei SprecherInnen der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Fokus der politischen Öffentlichkeit.

Unter den 250 Gästen der Verleihung des »Gerhard-Löwenthal-Preises« 2013 waren neben zahlreichen FördererInnen aus dem Kreis der »Freunde der Jungen Freiheit« auch einige prominente FreundInnen der neurechten Wochenzeitung wie der ehemalige brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU).

Stiftung als Trägerin

Im Jahr 2000 gründete der neurechte Publizist Caspar von Schrenck-Notzing die »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« als in München ansässige Stiftung und initiierte 2004 den jährlich ausgeschriebenen »Gerhard-Löwenthal-Preis«. Dieser wurde nach dem Tod von Schrenck-Notzing 2007 im Zweijahresrhythmus und gemeinsam mit der »Jungen Freiheit« verliehen. Im gleichen Jahr übernahm der Gründer und Chefredakteur der JF Dieter Stein den Vorsitz des Stiftungsrates und leitet diese seitdem von Berlin aus.

Bis zur Eröffnung der »Bibliothek des Konservatismus« trat die Stiftung im Wesentlichen nur durch ihre Preisverleihungen und einzelne Veröffentlichungen in Erscheinung.

Bibliothek als neuer Anlaufpunkt

Bereits im November 2012 wurde die »Bibliothek des Konservatismus« einer breiten Öffentlichkeit in Berlin vorgestellt. Den Grundstock bildet die umfangreiche Privatsammlung des Stiftungsgründers Caspar von Schrenck-Notzing. Später kamen noch Buchbestände des verstorbenen Günter Rohrmoser – ein Protagonist des christlichen Rechtskonservatismus – dazu.

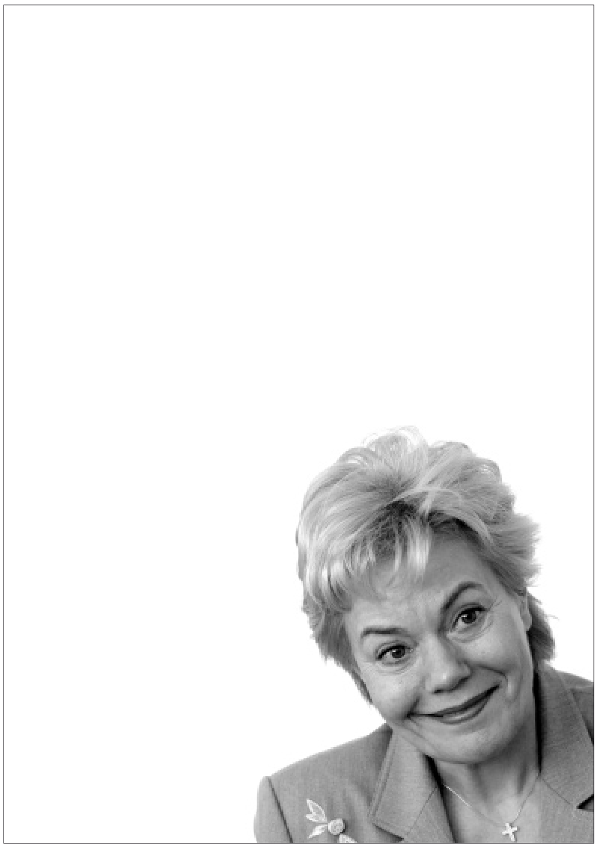
In den Räumlichkeiten werden nicht nur umfangreiche publizistische Bestände von und über Konservatismus in allen seinen Facetten den NutzerInnen zur Verfügung gestellt, sondern die Bibliothek wird auch regelmäßig für Diskussionsveranstaltungen oder Buchpräsentationen genutzt. In diesem Jahr führte die Bibliothek im Vorfeld der Preisverleihung ihre mehrtägige 5. Bibliothekstagung durch. Am ersten Tag stellte Georg Pazderski die AfD vor. Am folgenden Tag diskutierten unter anderem Karlheinz Weißmann vom »Institut für Staatspolitik« (IfS) und André Lichtschlag als Herausgeber der Zeitschrift »eigentümlich frei« über Konservatismus. Parallel zu den Veranstaltungen treibt die Stiftung den Ausbau der Bibliothek mit mehreren hundert Quadratmetern Nutzfläche voran. So sind neue Räumlichkeiten für Seminare, die sich vor allem an SchülerInnen und StudentInnen richten, geplant.

Die »Bibliothek des Konservatismus« in Berlin ist keine unpolitische Akteurin in Wissenschaft und Forschung, sondern gemeinsam mit der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung«, eine wesentliche Protagonistin des Konservatismus fernab der CDU. Die Personalunion des Vorsitzenden des Stiftungsrates und Chefredakteur der »Jungen Freiheit« in der Person Dieter Stein zeigen, dass beide Projekte als Gegenpol zum anderen umtriebigen Akteur im Bereich Rechtskonservatismus und »Neue Rechte« – dem Institut für Staatspolitik (IfS) – agieren. Das Kompetenzgerangel um die Deutungshoheit wurde auch deutlich durch die Abwesenheit von »Junge Freiheit« und FKBF beim letzten IfS-»Zwischentag« (s. drr Nr. 145) in Berlin.

Selbstbespiegelung

Die neue Bundesregierung stellt vor allem deutsche Opfer in den Fokus ihrer Gedenkpolitik.

von Gerd Wiegel



^ *Berufsvertriebene Steinbach hat gut Grinsen*

Anfang Dezember 2013 stellte die »Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968« erste Zwischenergebnisse ihrer Arbeit vor. Die Vorträge und Debatten waren mehrheitlich kritisch und anregend, so dass man auf die endgültigen Ergebnisse der Kommission gespannt sein darf. Bemerkenswert war aber die hohe Teilnehmerzahl ehemaliger und amtierender Chefs der Sicherheitsdienste bei der Tagung. Es schien, als wollte man demonstrieren, dass die Aufarbeitung der im Faschismus gelegten Wurzeln der Dienste ein wichtiges Anliegen sei.

Aufarbeitung?

Das war beileibe nicht immer so. Nach dem Aufsehen, das die 2010 erschienene Studie »Das Amt und die Vergangenheit: Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik« ausgelöst hatte, und mit der in Ministerien und Behörden erst spät gewachsenen Erkenntnis, dass Geschichtsaufarbeitung ein »Standortvorteil« sein kann, machen sich inzwischen eine Reihe staatlicher Institutionen an die späte Aufarbeitung ihrer NS-Geschichte. Im Fall des »Bundesnachrichtendienstes« (BND) muss man sogar zugeben, dass das Amt früher als sein Dienstherr, das Bundeskanzleramt, den Willen zur historischen Aufarbeitung erkennen ließ. Angesichts der öffentlich immer wieder skandalisierten Hilfe des BND für Naziverbrecher, wie Adolf Eichmann oder Klaus Barbie, gab es hier eine gewisse Dringlichkeit. Für die vergangene und die kommende Bundesregierung scheint diese Dringlichkeit nicht zu bestehen. Seit dem Ende der großen Vergangenheitsdebatten sonnt man sich hier im Selbstverständnis des aufarbeitungspolitischen Weltmeisters und bügelt alle Kritik unwillig zur Seite.

Leerstellen

Dringlich wäre es zum Beispiel, endlich auch den noch lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen eine Entschädigung zu zahlen, die unter den Nazis Zwangsarbeit leisten mussten und im Rahmen der Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen ausgeklammert wurden. Absichtserklärungen und Gesten gab es zwar in Bundestagsdebatten, konkrete Handlungen jedoch fehlen bis heute. Dringlich wäre auch eine positive Entscheidung der Regierung zum Thema »Ghettorenten«, bei der es um die weitere Anerkennung der Ansprüche von ArbeiterInnen aus den nationalsozialistischen Ghettos gehen muss. Aufgrund der zunächst handwerklich schlechten gesetzlichen Regelung im Jahr 2002 kam es zu zahlreichen Ablehnungen von Anträgen, die erst im Zuge einer Neubewertung positiv beschieden wurden. Rente wird den Betroffenen nun jedoch erst ab dieser Neubewertung und nicht ab Antragstellung bezahlt. Dringlich wäre auch, vorhandene Lücken bei der Entschädigung von Euthanasieopfern und Zwangssterilisierten zu schließen. Doch zu allen diesen Themen, bei denen es sich um Leistungen für hochbetagte Menschen handelt, findet sich im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD nichts Konkretes. Stattdessen finden sich Bekenntnisformeln vom Wachhalten der Erinnerung an die NS-Opfer und den Widerstand ohne jede Konkretisierung. Zur Aufarbeitung der Geschichte von Ministerien und Behörden des Bundes, dem zentralen Thema der letzten Legislatur, soll es eine Bestandsaufnahme und die Ermittlung des weiteren Forschungsbedarfs geben. Der Stellenwert des Themas, das zeigen solche Formulierungen, ist geradezu unterirdisch. Aufgeschreckt durch den jüngsten Fund von NS-Beutekunst in München (»Fall Gurlitt«) wurde das Thema Provenienzforschung – also der Herkunftsgeschichte von Kunstwerken – noch schnell in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Hier sollen, nachdem man über Jahre keine Notwendigkeit dafür sah, Mittel für diese Forschung bereitgestellt werden.

Beim Thema Beutekunst lässt sich der ideologische Unterbau der neuen Regierung verdeutlichen. Nur vier Absätze hinter dem Thema Provenienzforschung im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus findet sich ein weitgehend wortidentischer Absatz zur Rückerstattung von enteigneter Kunst in der sowjetischen Besatzungszone. Soviel Totalitarismustheorie muss sein und wird auch gleich durch die Formel von »den beiden deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert«, die hier unterschiedslos zusammengerückt werden, unterstrichen.

Entkontextualisierung

Der eigentliche erinnerungspolitische Clou der neuen Regierung liegt jedoch in dem, was laut der Präsidentin des »Bundes der Vertriebenen« (BdV), Erika Steinbach, in der letzten Regierung »mit der FDP nicht möglich« war: die Einführung eines Gedenktages für die »Heimatvertriebenen«. Dieses Anliegen des BdV hat jetzt dank der SPD Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden und wird die Umwertung der NS-Vergangenheit weiter vorantreiben. »Wir halten die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenktag lebendig, halten weiterhin an den Möglichkeiten vertriebenenrechtlicher Aufnahme in Deutschland fest und werden unsere Hilfen für die deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten der Aussiedler fortsetzen«, so steht es im Koalitionsvertrag. Zusammen mit der 2016 geplanten Eröffnung des »Zentrums gegen Vertreibung« im »Deutschlandhaus« in Berlin wird so die Entkontextualisierung der NS-Geschichte vorangetrieben. Mit dem Gedenktag, einem »Erinnerungsort« und einer eigenen Stiftung werden nun auch die Vertriebenen zu pauschalen Opfern des Faschismus. Die wenigen erinnerungspolitischen Pflöcke, die von der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag eingeschlagen wurden, lassen für die nächsten Jahre nichts Gutes erwarten.

Parteitag der BüSo

Am 1. Dezember 2013 hat sich in Mainz-Kastel die Partei »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (BüSo) zu ihrem Europaparteitag versammelt. Rund 150 Mitglieder sollen sich unter dem Motto »Ein Aufbau-Paradigma für die Zukunft – Europa der Vaterländer statt EU-Diktatur!« getroffen haben. Darunter sollen auch internationale Gäste der »LaRouche-Bewegung« gewesen sein, unter anderem aus Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland (»Drachma-5-Partei«), Dänemark und Schweden.

Pakt mit AntisemitInnen

Seit Wochen gehen Tausende Menschen in der Ukraine gegen die Politik der Regierung auf die Straßen. Sie lehnen den pro-russischen Kurs des Präsidenten Viktor Janukowitsch ab und fordern stattdessen eine Annäherung an die Europäische Union. Seite an Seite kämpfen dabei die drei Oppositionspolitiker Arsenij Jazenjuk für die Partei »Batkiwschtschina« (»Vaterland«), Oleh Tjahnibok für »Swoboda« (»Freiheit«) und der ehemalige Profi-Boxer Vitali Klitschko für »Udar« (»Schlag«). Unterstützung bekommt Klitschko dabei von Kanzlerin Angela Merkel, die ihn laut Medienangaben gezielt »zum neuen starken Mann in Kiew aufbauen« will. Europäische Medien berichten ausführlich über die Proteste, weniger jedoch über den politischen Hintergrund der extrem rechten »Swoboda«-Partei mit der Klitschko ein Bündnis eingegangen ist. Die rassistische und antisemitische Partei wurde 1991 unter dem Namen »Sozial-Nationale Partei« gegründet. Seit den Wahlen im vergangenen Jahr sitzt sie mit zehn Prozent im Parlament. Der Vorsitzende Oleh Tjahnibok fiel in der Vergangenheit immer wieder mit antisemitischen Äußerungen wie »Die Ukraine wird von einer russisch-jüdischen Mafia beherrscht« auf. Im Wahlprogramm fordert »Swoboda«, in ukrainische Reisepässe die ethnische Herkunft einzutragen. Im Mai 2013 war eine parlamentarische Delegation der Partei bei der NPD-Fraktion in Sachsen zu Gast.

Rüge für »Junge Freiheit«

Die »neurechte« Zeitung »Junge Freiheit« (JF) wurde vom Deutschen Presserat wegen eines Verstoßes gegen das Diskriminierungsverbot gerügt. Die Zeitung hatte sich mit einer Entscheidung des Landessozialgerichts Essen beschäftigt, derzufolge EinwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien Anspruch auf Sozialleistungen in Deutschland haben. Die Überschrift des Artikels lautete: »Zigeuner können Sozialhilfe bekommen«. Die JF habe damit suggeriert, dass das Gericht eine Sonderregelung für eine bestimmte ethnische Minderheit im Sozialrecht geschaffen habe. Sie wirke diskriminierend.

Neonazi als Bürgermeister

In der ungarischen Stadt Ásotthalom ist der landesweit bekannte Neonazi László Toroczkai zum Bürgermeister gewählt worden. Er konnte 71,5 Prozent der Stimmen in der 6.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt für sich gewinnen. Er ist damit der zwölfte Bürgermeister, der Mitglied der neofaschistischen »Jobbik«-Partei ist oder dieser nahe steht. Toroczkai ist Gründer und »Ehrenpräsident« der extrem rechten »Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom« (»Jugendbewegung der 64 Burgkomitate«, HVIM).

Ludendorff-Treffen

Im baden-württembergischen Herboldshausen hat sich am 7. und 8. Dezember 2013 der völkisch-antisemitische »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)« getroffen. Zwischen 60 und 80 TeilnehmerInnen, darunter auch zahlreiche Familien mit Kindern, trafen sich im »Jugendheim Hohenlohe« zu einer Weihnachtsfeier. Neben LudendorfferInnen aus der Region reisten auch Gäste aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Oberbayern und Österreich an.

»Blackfacing« beim ZDF

Der ZDF-Sendung »Wetten, dass..?«, die am 14. Dezember 2013 in Augsburg aufgezeichnet wurde, werfen KritikerInnen Rassismus vor. Bei der traditionellen Saalwette riefen die MacherInnen der Sendung dazu auf, als Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer auf die Bühne zu kommen. »Jim Knopf muss natürlich geschminkt sein, schwarze Farbe oder Schuhcreme, ganz egal!« hieß es dazu. Die »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland« verurteilte die Wette, in der sie einen Aufruf zum »Blackfacing« sieht, das rassistische Vorstellungen bediene. Die Initiative empfindet die Saalwette als öffentliche Beleidigung, Denunzierung und Verletzung farbiger Menschen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Eine Sprecherin des ZDF wies die Kritik als absurd zurück. Der Aufruf sei »keineswegs mit ‹Blackfacing› in Verbindung zu bringen«. Solche Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage.

Preis für NSU-Watch

Die Branchenzeitschrift »medium magazin« hat die unabhängige Beobachtungsstelle »NSU-watch« für ihre Beobachtung des NSU-Prozesses in München und die Berichterstattung darüber mit einem Sonderpreis ausgezeichnet.

»Landsmannschaft Schlesien«

Die »Landsmannschaft Schlesien« hat ihren bisherigen Bundesvorsitzenden Rudi Pawelka bei einer außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung im Oktober 2013 in Düsseldorf abgewählt. Der Polizeibeamte im Ruhestand, der in der CDU aktiv ist, hatte die Landsmannschaft auf einem harten Rechtskurs gehalten. Pawelka hatte im Juni dieses Jahres beim alljährlichen Deutschlandtreffen in Hannover von Polen und Tschechien eine Entschuldigung und Entschädigung für die »Vertreibung« von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert. Als Reaktion kündigte die niedersächsische Landesregierung an, ihre Unterstützung für die Landsmannschaft einzustellen, wenn eine »Umorientierung« ausbleibe. Im November wurde Stephan Rauhut aus Bonn zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Deutschnationale Damen

Akademische Damenverbindungen und Mädelschaften in Österreich

von Leela Stein

Die Gründung von Mädelschaften und Damenverbindungen ist – ebenso wie die von Burschenschaften – unmittelbar mit der Geschichte der Universitäten verbunden. Die männliche Prägung von Studentenverbindungen entstammt einer Zeit, in der Frauen der Zugang zu Universitäten untersagt wurde. Frauenverbindungen konnten erst entstehen, nachdem Frauen an den Universitäten zugelassen wurden. Dies geschah in Deutschland zuerst 1900 in Baden und acht Jahre später in Preußen. In Österreich wurden Studentinnen erstmals 1897 zugelassen. Die erste Studentinnenverbindung in Deutschland war die 1899 gegründete »Hilaritas Bonn«, in Österreich war es der 1912 gegründete »Verein Deutscher Hochschülerinnen in Graz«.

Bis 1933 gab es im deutschsprachigen Raum an die 100 Studentinnenverbindungen, bis 1938 gründeten sich in Österreich 20 Studentinnenverbindungen. Zu den vier bedeutendsten Dachverbänden deutscher und österreichischer Bünde vor dem Ersten Weltkrieg zählten der nichtkonfessionelle »Verband der Studentinnenvereine Deutschlands« (1906), der »Verband der katholischen deutschen Studentinnenvereine« (1913), die »Deutsche christliche Vereinigung Studierender Frauen« (1905) und der 1914 gegründete deutsch-völkische »Deutsche Verband Akademischer Frauenvereine«, der zahlreiche Bestandteile deutschnationaler Burschenschaften, wie beispielsweise die Ablehnung jüdischer oder ausländischer Studentinnen, übernahm. Vera Schwarz und Saskia Schindler beschrieben 2004 in der Zeitschrift »Unique« (Nr. 9/2004) die Motivationen der Damenverbindungen: »Sie entstanden aus dem Bedürfnis, im ausschließlich männlich geprägten Hochschulraum eigene Gemeinschaftsformen für Frauen zu etablieren. […] Anfangs um die Hochschulzulassung kämpfend, betonten einige nicht-konfessionelle Vereinigungen nach und nach immer mehr die ›weibliche Eigenart‹ und verfielen biologistischen Denkansätzen. Die deutschvölkischen Verbindungen begrenzten die Aufnahme von Studentinnen auf solche ›deutscher Abstammung‹ und setzten ihren Schwerpunkt auch auf besondere Willensbetonung der Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Studenten – insbesondere der befreundeten Burschenschafter.«

Diese Ambitionen wurden unter den männlichen Gesinnungskameraden oft misstrauisch und negativ beurteilt. Auch die Proteste gegen den Zugang von Frauen an Hochschulen kamen nicht selten aus den männlichen Studentenverbindungen, die eine »Feminisierung der Wissenschaft« befürchteten. Durch Emanzipationsbewegungen um die Jahrhundertwende sowie den Bildungszugang für Frauen war die männliche Herrschaftsposition in Frage gestellt worden.

Vom »Fux« zur »Hohen Dame«

Frauenverbindungen standen vor dem Problem, kaum auf Traditionen oder Vorbilder zurückgreifen zu können. Daher orientierten sie sich an ihren männlichen Vorbildern, deren Bräuchen, Liedtexten, Ritualen und deren »Komment« (Regelwerk). Dazu schrieb beispielsweise die »Wiener akademische Mädelschaft Freya!« 1990 in der extrem rechten Zeitschrift »Aula« (Nr. 1/1990): »Wir haben uns schließlich auf die Ränge Fäh – Mädel – Hohe Frau und auf die Chargen- und Funktionsbezeichnung Sprecherin – Sprecherin Stellvertreterin – Schriftwart – Fähmajorin geeinigt. […] Das Wort ›Fäh‹ haben wir aus der Jagdsprache, wo es den weiblichen Fuchs bezeichnet [...]. Nach zwei Fähensemestern, dem Besuch des Fähenunterrichts und der erfolgreichen Ablegung der Mädelprüfung wird das junge Mitglied als Mädel im inneren Verband aufgenommen. [...] Nach Abschluss des Studiums und/oder Erreichen einer Lebensstellung wird sie schließlich Hohe Frau.«

Obwohl der Anteil weiblicher Studierender während des Nationalsozialismus stieg, war Frauen die Organisierung in studentischen Verbindungen untersagt. Ihnen wurde ein Engagement in NS-Organisationen, wie der »Studentenkampfhilfe« oder der »Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen«, nahegelegt. Nur wenige Damenverbindungen wurden nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus wiedergegründet. Obgleich während der 1970er Jahre einige Verbindungen gegründet wurden, wurde auch durch die ´68er Bewegung zunehmend Kritik an den Vereinigungen laut, die zu einem Bedeutungs- und Mitgliederverlust führte. Erst Anfang der 1990er Jahre kam es zu Neugründungen von Damenverbindungen, die meist einer männlichen Verbindung nahestanden.

Heute gibt es in Österreich etwa 30 Damenverbindungen, von denen die Mehrheit christlich ist. Deutschnationale und national-liberale Mädelschaften und Damenverbindungen wurden erst ab Ende der 1980er Jahre gegründet. So beispielsweise die »Wiener akademische Mädelschaft Freya«, die »Sudetendeutsche Damengilde Edda« (Wien), die »Akademische Damenverbindung Barbara zu Leoben«, die 2011 neu gegründete »pennale Mädelschaft Sigrid zu Wien« oder die 2013 gegründete »akademische Mädelschaft Iduna zu Linz«.

Nur »Eheanbahnungsinstitut«?

Den Studentinnenverbindungen werden unterschiedliche Funktionen zugeschrieben. Der Wissenschaftler Dietrich Heither meinte in seinem Buch »Verbündete Männer«, dass das »Couleurdamenwesen« als eine Art ›Eheanbahnungsinstitut‹ zwischen gleichen gesellschaftlichen ›Ständen‹ und Schichten fungiere, um »standesbezogene Kontakte« für die Burschen herzustellen. Werden Frauen in der Skinheadszene oft als »Bräute« oder »Mitläuferinnen« abgetan, spiegelt sich diese sexistische Herangehensweise im Kontext von Mädelschaften oder Damenverbindungen darin wider, dass die besagten Frauen ohnehin nur Töchter, Ehefrauen, Freundinnen oder Schwestern von anerkannten Burschenschaftern seien und die Damenverbindungen ein billiger ›Burschenschafter-Abklatsch‹. Damenverbindungen streben keine Konkurrenz zu den Burschenschaften und deutschnationalen Herrenverbindungen an. Sie wollen gemäß dem deutsch-germanischen Frauenbild den Männern zur Seite stehen und sie in ihren Aktivitäten unterstützen. Gleichzeitig verfügen sie über ebenso strenge Hierarchien. Lediglich ihr Alkoholkonsum scheint geringer zu sein. Für Frauen aus dem Milieu der »Freiheitlichen« gibt es kaum bis keine Vorfeldorganisationen, in denen sich Seilschaften herausbilden. Alwine Schachinger von der »Mädelschaft Freya« scheint eine der wenigen Frauen zu sein, die als Funktionärin des »Rings Freiheitlicher Studenten« (RFS) Karriere gemacht hat. Viele Damenverbindungen haben sich daher darum bemüht, prominente Persönlichkeiten als Ehrenmitglieder zu werben. Trotzdem gelingt ihnen nicht der Durchbruch. Dies



zeigt sich auch am jährlichen »Damenverbindungstreffen« für den deutschsprachigen Raum. Im letzten Jahr nahmen in Wien nach Eigenangaben gerade mal 90 Vertreterinnen teil.

Erhaltung des »Volksgutes«

In Damenverbindungen lassen sich durchweg reaktionäre, keinesfalls jedoch homogene Frauenbilder antreffen. Vertreterinnen von Mädelschaften knüpfen sowohl an ein traditionelles Weiblichkeitskonzept, als auch ein modernes Image selbstbewusster Frauen an. Mitglieder von Frauenverbindungen bearbeiten in der politischen Agitation zumeist »Frauenthemen« und übernehmen »Frauenarbeit«, wie die Organisation von Brauchtumsabenden, Sonnwendfeiern, Jul- und Stiftungsfesten. Zum politischen Repertoire gehören beispielsweise der Kartenverkauf für den Ball des »Wiener Korporationsrings« oder das Engagement zur Erhaltung des »deutschen Volksguts« auch außerhalb Österreichs. »Es gibt so viele Deutsche oder deutschstämmige Menschen in den ehemaligen Ostblockländern, die außerhalb der Menschenrechte leben und unterdrückt werden«, kritisierte 2001 die Gründerin der »Edda«, Gitti Enzfelder, die Beneš-Dekrete und die Avnoj-Bestimmungen. Aufgefallen war auch die »Freya!« durch ihren Beitrag bei einer Sonnwendfeier 2004: »Die Fremden wollen hier ihr Leben gestalten, sich nicht an unsere Gesetze halten. Zur Anpassung sind sie selten bereit, und sie wissen zu nehmen, in kürzester Zeit. So erdrücken sie uns und nützen uns aus, bestellen auf unsere Kosten ihr Haus. Sie leben von dem, was wir geschaffen, sie brechen Gesetze mit Rauschgift, mit Waffen.«

Gemeinsamkeiten mit Burschenschaften

Ein prägendes Moment deutschnationaler Burschenschaften ist das Prinzip des »Männerbundes« in Verbindung mit dem Prinzip eines Lebensbundes. Gemeinsame Merkmale sind ein Aufnahmeritus, hierarchische Strukturen mit Führungspersönlichkeiten oder esoterische Momente, wie eine geheime Aura, sowie gesellschaftlich definierte Rollenverständnisse. Strukturell und ideologisch zeigen sich zwischen männlichen und weiblichen Verbindungen große Gemeinsamkeiten. Sowohl in Bezug auf die hierarchische Organisationsform, aber auch ideologisch verfolgen zumindest deutschnationale Studentinnenverbindungen typisch männerbündische Wertvorstellungen wie Autorität, Hierarchie, Opferbereitschaft und Traditionsgebundenheit. So hieß es beispielsweise in der extrem rechten Zeitschrift »Eckartbote« (Nr. 10/1994) aus den Kreisen der »Mädelschaft Freya!«: »Neben Tradition und Wertebewusstsein pflegen wir auch das Lebensbundprinzip.« Der völkische Nationalismus geht zumeist mit einem großdeutschen Gedanken einher: »National sein heißt für uns, sich mit Idealismus und Vernunft für den deutschen Charakter unserer Heimat Österreich einzusetzen, für alle Deutschen in der Welt und schließlich für ein freies Europa der Völker. National sein heißt, unsere Kultur, unser Brauchtum, unsere Tradition zu pflegen, zu bewahren und zu schützen. [...] National zu sein, das heißt, die Gleichwertigkeit, nicht aber die Gleichheit aller Völker zu vertreten. Wir betrachten es als unsere Pflicht, die Eigenart unseres Volkes zu erhalten und zu schützen, denn ein multikultureller Eintopf bedeutet letztendlich den Verlust der Identität der Menschen. Damit einher gehen Entwurzelung, Auflösung der sozialen Bindungen und Traditionen, Verlust der Individualität des Menschen und dadurch Steigerung der Kriminalität, Unregierbarkeit der Völker und Chaos«, schrieb die »Freya!«.

Gemeinsam ist allen Studentinnenverbindungen die große systemstabilisierende Funktion. Was oberflächlich betrachtet als »Emanzipation« interpretiert werden könnte, weil Frauen zum Beispiel bessere Jobs finden, hält einer näheren Betrachtung nicht stand: System- und Gesellschaftskritik gehören keineswegs zum Spektrum der extrem traditionsbewussten und konservativen Verbindungen. Es gibt praktisch keine Bemühungen, die Stellung der Frauen in der Gesellschaft zu ändern – allein deshalb, weil eben der kritische Blick auf die Verhältnisse, die für die Schlechterstellung der Frauen verantwortlich ist, fehlt. Es geht höchstens um das bessere Vorankommen Einzelner. Kaum verwunderlich also, dass Mädelschaften nicht nur keine Mensuren fechten, sondern auch auf den »Waffenschutz« von Herrenverbindungen angewiesen sind: »Trotz mancher Schwierigkeiten konnten wir auch gute und zum Teil geradezu herzliche Kontakte zu etablierten Wiener Korporationen knüpfen. Das sind insbesondere die B! Teutonia, die uns auch Waffenschutz gibt [...]«, wie es in der »Aula« (Nr. 1/1990) hieß. Es zeigt sich, dass der Verbindung für Studenten andere Funktionen zukommen als für Studentinnen. Während »der Mann« ins »feindliche Leben hinaus muss und die Form, das feindliche Leben zu zwingen, in seiner Korporation sucht, rangiert bei der Frau Lebensreichtum und Persönlichkeitsfülle an erster Stelle«, beschrieb Dietrich Heither den Unterschied. Dass trotz der Diskriminierung von Frauen in den burschenschaftlichen Organisationen das Interesse für männerbündische Vereine fortbesteht, kann vielleicht damit erklärt werden, wie die Wissenschaftlerin Helga Amesberger in dem Buch »Rechtsextreme Parteien. Eine mögliche Heimat für Frauen?« anhand von Interviews mit Funktionärinnen der »Freiheitlichen Partei Österreichs« zeigt, dass die »überwiegende Anzahl [...] die Existenz bzw. Erfahrungen geschlechtsspezifischer Diskriminierung« leugnet.

Nazis für's Morgenland

Die Proteste gegen das Regime des syrischen Präsidenten Bashar El Assad mündeten in einen Bürgerkrieg. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich in der europäischen Rechten eine Solidaritätsbewegung für Assad und seine Regierung gebildet.

von Toni Brandes, Guido Caldiron, Bernard Schmid und Lara Schultz

Über Jahrzehnte haben sich der Nahe Osten und die dortigen Konflikte als dankbare Projektionsfläche der verschiedensten Fraktionen der extremen Rechten angeboten. Trotz unterschiedlicher Ausprägungen lassen sich hier wichtige ideologische Gemeinsamkeiten finden. Der Antisemitismus ist für die sich in der Tradition des Nazismus und des Faschismus sehenden Fraktionen ein zentraler Bestandteil und kann in der Feindschaft zu Israel direkt ausgelebt werden. Differenzierter geht es im Lager der rechtspopulistischen Parteien zu: Hier wird der jüdische Staat zum Bollwerk des zivilisierten Abendlandes gegen den barbarischen, islamischen Orient. Daneben kann der Antiamerikanismus in Stellung gebracht werden, der zumeist im Gewande des Antiimperialismus daherkommt. Für manche mit Hang zu Verschwörungstheorien bietet der Nahe Osten mit seiner zuweilen widersprüchlichen Entwicklung genügend Nahrung. Die starke Präsenz der Religionen kann je nach Gusto ausgelegt werden. Kurzum, die Region bietet allen die Möglichkeit ihre Ansichten zu »belegen«.

Wer mit wem?

In Syrien können vier hauptsächliche Konfliktparteien identifiziert werden. Auf der einen Seite die regierende Baath-Partei mit Präsident Assad und der regulären syrischen Armee. Diese wird vom Iran und der libanesischen »Hizb Allah« unterstützt. Auf der Gegenseite finden sich die »Freie Syrische Armee« (FSA) sowie verschiedene islamistische Gruppierungen. Die vierte Fraktion bilden kurdische Gruppen, die über einen langen Zeitraum versucht haben, sich aus dem Konflikt heraus zu halten und nun in den Bürgerkrieg hineingezogen wurden.

Die extreme Rechte Europas bezieht einzig Position für die regierende Baath-Partei, motiviert durch die aus ihrer Sicht ideologische Schnittmenge in Sachen Antisemitismus und Antiamerikanismus und dadurch, dass sie im Assad-Regime ein Bollwerk gegen den Islam sieht. In ihrer Solidarität organisiert sich die europäische Rechte länderübergreifend in der »European Solidarity Front for Syria« (»Europäische Solidaritätsfront für Syrien«, ESFS) und der »Solidarité Identité« (Sol.Id). Erstere hat auch Organisationen aus Südamerika in ihren Reihen. In Europa finden die Initiativen vor allem in Italien und Frankreich Anklang.

Italien

Mit einer Plakataktion in 50 Städten hat »Casa Pound Italia« Ende August 2013 gegen eine Militärintervention in Syrien protestiert. In einer auf ihrer Homepage veröffentlichten Erklärung bezieht sie unmissverständlich Stellung für das Regime in Damaskus und betrachtet jegliche Einmischung als »Versuch von Akteuren der Region, Syrien zu destabilisieren«. Konkret wird die Erklärung nicht und verweist auf einen »angeblichen chemischen Angriff«, der als Rechtfertigung für ein militärisches Eingreifen dienen soll. Es blieb nicht bei der Plakataktion: Ebenfalls Ende August reiste eine italienische Delegation nach Syrien, um der Regierung ihre Solidarität auszusprechen. Mit dabei waren Giovanni Feola und Davide Di Stefano von »Casa Pound Roma«. Beide posieren im Internet auf Fotos mit Soldaten der regulären syrischen Armee, andere Bilder zeigen die beiden mit Repräsentanten der Regierung. Zwei Monate vorher – im Juni – wurde in der von »Casa Pound« besetzten »Area 19« eine Tagung des italienischen Ablegers der ESFS abgehalten. Bemerkenswert an den Aktivitäten in Italien ist die Rolle von Ouday Ramadan, einem Mitglied der »Partito dei Comunisti Italiani« (»Partei der italienischen Kommunisten«; PdCI). Er stellte die Kontakte zu den Vertretern des syrischen Regimes her und übernahm bei der Reise die Rolle des Übersetzers. Mittlerweile hat sich die PdCI von einer solchen »Querfront«-Zusammenarbeit mit FaschistInnen distanziert; über einen Ausschluss von Ouday ist allerdings noch nichts bekannt.

Frankreich

Die Perspektive eines militärischen Vorgehens gegen Syrien hatte und hat viele GegnerInnen. Die Opposition kommt aus unterschiedlichen Lagern, in Frankreich waren Anfang September 2013, als eine Intervention noch kurz bevorzustehen schien, in einer Umfrage der Zeitung »Le Nouvel Observateur« 64 Prozent gegen ein Eingreifen, von den WählerInnen des »Front National« (FN) gar über 80 Prozent – mehr als bei allen anderen Parteien.

Anlässlich ihres großen Auftritts zum Wahlkampfauftakt für die französischen Kommunalwahlen im März 2014 wetterte Parteichefin Marine Le Pen am 15. September 2013 in Marseille gegen die angebliche »Unterwürfigkeit« der Politik des Präsidenten François Hollandes gegenüber den USA. Die Chefin tobte: Frankreich unter Führung Hollandes sei »eine Maitresse der USA«, eine gefügige Geliebte, während doch in Wirklichkeit »die Briten standesamtlich mit ihnen verheiratet« seien. Nun hat ihre Positionierung allerdings mit Pazifismus oder mit Antimilitarismus nicht das Geringste zu tun. Im Gegenteil: In ihrer Rede forderte Marine Le Pen eine stattliche Erhöhung der nationalen Rüstungsausgaben Frankreichs. Deren Anhebung auf ein Niveau von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts müsse in der Verfassung festgeschrieben werden. Le Pen geht es um eine Abgrenzung von den USA und um eine Annäherung an Russlands Präsidenten Wladimir Putin, der bei der französischen extremen Rechten aufgrund seiner Herrschaftsmethoden, aber auch in Folge seiner verschärften Einwanderungspolitik, viele SympathisantInnen hat.

Rechte AktivistInnen aus dem Umfeld von Le Pen, besonders das ehemalige Mitglied der militanten Studentenvereinigung »Groupe union défense« (GUD) Frédéric Chatillon, knüpften in den letzten 15 Jahren enge Beziehungen zu Kreisen der syrischen Diktatur. Der heutige Inhaber eines Werbebüros verbindet dabei sein Geschäft mit seiner Weltanschauung. Sein Büro übernahm Aufträge vom syrischen Tourismusministerium und war am Aufbau einer Internetseite zur »Réinformation« über aktuelle Vorgänge in Syrien beteiligt.

Auch aus dem reaktionären religiösen Milieu gibt es Aktivitäten. Für den 9. September 2013 hatte die »Observatoire de la christianophobie« (Beobachtungsstelle für Christenfeindlichkeit) zu einer Protestkundgebung vor der Botschaft des Golfstaats Katar aufgerufen. Mit Bezug auf den Mittleren Osten mobilisiert sie lautstark für eine Unterstützung des syrischen Regimes, das als Schutzmacht für die dortigen ChristInnen dargestellt wird – ähnlich hatte die extreme Rechte bereits bezüglich des Regimes von Saddam Hussein argumentiert. Unter den TeilnehmerInnen der Kundgebung befand sich Le Pens Nichte, die 23-jährige Abgeordnete und Jurastudentin Marion-Maréchal Le Pen.

Tschechien

Anders als in Italien und Frankreich konnte die »European Solidarity Front for Syria« in Tschechien bislang nicht wirklich Fuß fassen. Seit Mitte be-



^ *Deutsch-Tschechische Syrien-Solidarität in Prag, mit dabei die AIP Berlin*

ziehungsweise Ende 2012 sind verstärkt Solidaritätsbekundungen für das syrische Regime auf Websites tschechischer Neonazis zu finden. Im Frühjahr 2013 gab es die ersten schlecht besuchten Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen, wobei jeweils nicht mehr als 40 Teilnehmende kamen. An Folgeveranstaltungen waren auch deutsche Neonazis beteiligt: Am 31. August beispielsweise die »Antiimperialistische Plattform Berlin« (AiP). Diese war auch am 13. Oktober vor Ort und wurde unter anderem von Michael Koth vertreten. Koth war bis zu dessen Auflösung 2008 im »Kampfbund Deutscher Sozialisten« (KDS) aktiv. Die Unterstützung durch Kleinstorganisationen wie der AiP ist bezeichnend für den Zustand der tschechischen Sektion der ESFS. Um ihre Bedeutungslosigkeit zu kaschieren, werden internationale Kontakte präsentiert – nur dass diese wie im Fall der AiP ebenfalls keine Relevanz besitzen. Weiterhin findet sich in der tschechischen Sektion der ESFS ein Konglomerat aus EsoterikerInnen wie Karel Kamalanand Černík, ehemaliges Mitglied der tschechischen Grünen, jetzt Mitglied der esoterischen Abspaltung »Grüne Linke«. Auch finden sich unter ihnen AnhängerInnen von Verschwörungstheorien – sogenannte »Truther«, Mitglieder der neonazistischen »Dělnická mládež« (»Junge Arbeiter«, DM) und MonarchistInnen.

Deutschland

Zweifelsohne sticht hierzulande das Engagement von Manuel Ochsenreiter, dem Chefredakteur der »Zuerst!«, hervor. Er hatte bereits im Rahmen seiner Arbeit für die »Deutsche Militärzeitung« (DMZ) Verbindungen in den Nahen Osten geknüpft. Die Kontakte kommen ihm in der derzeitigen Situation zu Gute. So reiste er mehrfach nach Syrien, wo er sich mit Repräsentanten der Regierung traf und sich für seine Homepage mit Soldaten der regulären syrischen Armee ablichten ließ. Der rechte Journalist betrachtet den Konflikt durch die geopolitische Brille. Widersprüche oder Spannungen innerhalb der syrischen Gesellschaft passen da nicht ins Bild. Syrien ist für ihn Schauplatz eines Kampfes von externen, konkurrierenden Interessen. »Ein solcher Stellvertreterkonflikt ist ja bereits im vollen Gang«, erläutert er im Interview mit dem neu-rechten Webportal »Blaue Narzisse« (BN). Die Schuldigen hat er ausgemacht: Der Westen, allen voran die USA, trage die Verantwortung. »Syrien und der Iran sind sozusagen die »letzten Störenfriede« in der Region, die sich bislang der Einmischung aus dem Westen erfolgreich widersetzten«, erklärt er den LeserInnen. Das syrische Regime betrachte er zusätzlich als Bollwerk gegen den sunnitischen Islam. Sympathien hat er für die Regierung im Iran sowie ihre Verbündeten, die schiitische »Hizb Allah« aus dem benachbarten Libanon, die als Verbündete Syriens gelten. Mit diesen teilt Ochsenreiter eine ideologische Schnittmenge bestehend aus der Gegnerschaft zu Israel und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der sunnitische Islam kommt als gemeinsamer Gegner hinzu. Für Ochsenreiter ist der »Anti-Liberalismus« indes der Hauptbeweggrund seiner Unterstützung. Für ihn hat der Westen, den er mit dem Liberalismus gleichsetzt, abgewirtschaftet. Seine Vorstellungen verbreitet er nicht nur publizistisch, sondern trägt sie auch vor, beispielsweise auf dem Berliner »Zwischentag« (s. drr Nr. 145) und am 28. Oktober 2013 bei der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«. Seine Ansichten zu Syrien publizierte Ochsenreiter auch in Russland, Schweden und den USA.

Ein anderer Akteur, der vehement für das syrische Regime Partei ergreift, ist der rechte Verschwörungstheoretiker Jürgen Elsässer in seinem Magazin »Compact«. Seine Argumentation stößt ins gleiche Horn. Auch er betreibt wie Ochsenreiter massive Medienschelte. Um eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen hatte sein Magazin am 5. Oktober nach Leipzig geladen. Unter dem Titel »Mut zur Wahrheit«, dem Leitmotiv des Magazins, wurde der Film »Syrisches Tagebuch« der Journalistin Anastasia Popova vorgestellt, die für den staatsnahen Sender »Rossija24« in Syrien arbeitet.

Wie weiter?

Der Bürgerkrieg in Syrien ist, wie die anderen zahlreichen Konflikte im Nahen Osten, ein willkommener Anlass für die extreme Rechte aktiv zu werden. Dabei reicht die Spanne von vorgeblichen »Friedensbemühungen« bis hin zum aktiven Eingreifen. Attraktiv erscheint die Möglichkeit, die Hauptgegner direkt angehen zu können. Die Bemühungen um die propagandistische Ausschlachtung des Konfliktes werden anhalten, solange dieser andauert. Ein äußerst komplexer Sachverhalt wird holzschnittartig vereinfacht und mit den ›bewährten‹ ideologischen Versatzstücken der extremen Rechten beantwortet.

Zunehmende Gewalt



^ *Der »Russische Marsch« in Lublin*

Gewaltexzesse gegen MigrantInnen in Russland in einem Klima der Ambivalenz: Einerseits laufen Strafverfahren gegen Kader der extremen Rechten. Andererseits unterstützen staatliche Stellen rassistische Stimmung gegen NichtrussInnen.

von Ute Weinmann

Am 4. November 2013, dem »Tag der Volkseinheit«, marschierten in Russland Neonazis und NationalistInnen aller Couleur auf. In 48 Städten fanden Demonstrationen oder Kundgebungen unter dem Motto »russischer Marsch« statt. Mancherorts fanden sich mehr TeilnehmerInnen als im vergangenen Jahr ein, wobei der Marsch in Moskau mit etwa 6.000 Anwesenden keinen Zuwachs verzeichnen konnte. Dabei rechneten die Veranstalter im Vorfeld mit einer verstärkten Mobilisierung bislang unorganisierter, aber mit der Rechten sympathisierender EinwohnerInnen der Hauptstadt.

Anlass für diese Annahme schienen die rassistischen Ausschreitungen von Mitte Oktober im Moskauer Stadtteil Birjuljowo zu geben, die nach Umfragen zu einer deutlichen Zunahme der Akzeptanz für migrantInnenfeindliche Einstellungen geführt hatten. Nach dem Mord an einem jungen Russen, für den ein Mann aus Aserbaidschan verantwortlich sein soll, der sich im nahe gelegenen Gemüsegroßhandel als Lohnarbeiter verdingt hatte, forderten AnwohnerInnen die Schließung des riesigen Areals und die Verlegung des Großhandels ins Moskauer Umland. Zu Krawallen im Bezirk kam es allerdings erst nach der aktiven Beteiligung rechtsradikaler und nationalistischer Gruppierungen.

Auf dem russischen Marsch war wie jedes Jahr (s. drr Nr. 104) ein breites Spektrum der extremen Rechten vertreten. So manche Forderung wie die nach freien Wahlen und der Freilassung politischer Gefangener erinnerte an die Massenproteste von 2012, es dominierten allerdings antikaukasische Hetzparolen. Als Hauptmotto wählten die Veranstalter »Wir müssen unseren russischen Grund und Boden für die Zukunft unseres Volkes und die Zukunft der russischen Kinder bewahren!«, dementsprechend auffallend war die Präsenz zahlreicher Kinder und Jugendlicher. Insbesondere der Block hinter dem Transparent mit der Aufschrift »Heute eine Moschee – morgen Jihad« zog die Blicke auf sich. Lauthals skandierte Tötungsaufrufe der 14- bis 17-Jährigen ignorierte die Polizei geflissentlich.

In Moskau und St. Petersburg folgten dem Marsch gewalttätige Übergriffe auf MigrantInnen, darunter auch mit Todesfolge. Von den sieben wegen Mordes an einem Mann aus Usbekistan beschuldigten Tätern sind fünf minderjährig. Selbst das für den Fall zuständige Ermittlungskomitee stellt den Mord in einen Zusammenhang mit dem »Russischen Marsch«, dessen Legitimität nur von wenigen KritikerInnen in Frage gestellt wird.

Dem Handlungsspielraum der Rechten sind jedoch auch gewisse Grenzen gesetzt. So läuft derzeit eine Reihe von Strafverfahren gegen führende Kader der Neonazi-Szene und kremlnaher rechter Gruppierungen, doch handelt es sich bei den Straftaten meist um sogenannten Hooliganismus oder Aufrufe zu Hass oder Gewalt, nicht aber um Tötungsdelikte, daher dürften die meisten von ihnen recht glimpflich davon kommen. Schließlich erweisen gewaltbereite NationalistInnen staatlichen AkteurInnen oftmals wertvolle Dienste. So auch in Birjuljowo. Die Moskauer Behörden planen seit Jahren die Verlegung des Gemüsegroßhandels ins Moskauer Umland. Dem standen bislang jedoch immer die Geschäftsinteressen der BesitzerInnen entgegen, deren Beziehungen bis in den Kreml reichen. Erst durch die rassistischen Ausschreitungen entstand ein gewisser öffentlicher Druck, ohne den die Vollmachten der Behörden offenbar nicht ausreichten, um eine Schließung zu erwirken.

Wo der Staatsapparat trotz der explosiven Kraft der zunehmenden antikaukasischen Stimmung in der Bevölkerung diesem Umstand nur wenig Bedeutung beimisst, agieren einige nationalistische Gruppierungen unter dem Schutz oder gar im Auftrag staatlicher Strukturen oder politischer Parteien. In der rechten Szene gehört die Frage nach einer Kooperation mit staatlichen Stellen zu einer der meist diskutierten. Seit Ende 2011 verging in Moskau kaum eine Woche, in der keine Razzia rechter Gruppen gegen MigrantInnen stattfand. Vorrangig geht es dabei um die Räumung illegal vermieteter Kellerräume oder Drogenhandel. Gruppen wie die nationalistische Jugendorganisation »Swetlaja Rus« (»Licht Russlands«) unterhalten enge Kontakte zu den Behörden, in ihren Reihen finden sich außerdem etliche ehemalige PolizistInnen. Andere wie »Schild Moskaus« wurden von kremlnahen Kadern aufgebaut. Die in der Duma vertretene Partei »Gerechtes Russland« bedient sich dieser Gruppierungen für ihre Kampagne gegen die Beschäftigung von MigrantInnen bei kommunalen Dienstleistern und stößt dabei praktisch auf keinerlei Kritik.

Das Thema der Kontrolle über die ethnische Zusammensetzung der Stadtbevölkerung gewann im vergangenen Jahr bei einem Großteil rechter Zusammenhänge an Popularität, bedingt auch dadurch, dass zur Wahrung der öffentlichen Ordnung landesweit immer häufiger unprofessionelle freiwillige PolizeihelferInnen herangezogen werden. Derzeit sind etwa 45.000 Verbände mit knapp einer halben Millionen Mitglieder im Einsatz. Noch fehlt dafür eine entsprechende gesetzliche Grundlage, doch dem will die Duma mit einer in der ersten Lesung bereits diskutierten Gesetzesinitiative demnächst Abhilfe schaffen.

So genannte »Volksversammlungen« aufgebrachter AnwohnerInnen nach gewalttätig ausgetragenen Konflikten oder Übergriffen, in die nicht russischstämmige Personen oder Gruppen involviert sind, finden auch außerhalb der Großstädte statt. Nicht immer eskaliert die Situation wie in Birjuljowo.

»Die Realität muss weichen, nicht das Selbstbild.«

von Annelies Senf

»Rechtspopulismus kann tödlich sein!«. Mit diesem Buchtitel möchten die HerausgeberInnen den Rechtspopulismus bewusst aus der verharmlosenden Ecke der »Protestpartei« und »Randerscheinung« holen. RechtspopulistInnen fordern eine abgrenzende, diskriminierende und nationale Politik, deren Konsequenz auch Leben kosten kann.
Warum sind rechtspopulistische Parteien ausgerechnet in den skandinavischen Ländern so erfolgreich? So stütz(t)en in Norwegen etwa rechtspopulistische Parteien seit 2001 die Regierung. Was ist anders an Finnland und Schweden, wo rechtspopulistische Parteien nicht an der Regierung beteiligt sind, jedoch eine starke Kraft im Parlament bilden?
In dem Buch »Rechtspopulismus kann tödlich sein! Entwicklungen und Folgen des Rechtsrucks in Skandinavien« stecken die AutorInnen den Referenzrahmen ab, in dem Rechtspopulismus gedeihen kann. Dazu untersuchen sie in einzelnen Länderberichten die Entwicklungen und die aktuelle Situation des Rechtspopulismus. Sie räumen in ihren Artikeln mit dem gesellschaftlichen Selbstbild der skandinavischen Länder auf und analysieren genau, dass eben die Vorstellung einer toleranten, meinungsoffenen, liberalen und wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaft den Boden für den Rechtspopulismus schafft. Gerade die Überzeugung von einer Gleichheitsideologie, wie zum Beispiel in Dänemark, vernachlässigt eine gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Zuwanderung, Diskriminierung und (antimuslimischem) Rassismus. Diese wäre aber nötig, da rassistische Vorurteile in der Bevölkerung existieren, wie Studien zeigen. Stattdessen hat sich eine Art »Wohlfahrtspopulismus« in den skandinavischen Ländern herausgebildet, der eine Bedrohung des Wohlstands, des Sozialsystems und der Werte durch Zuwanderung ausmacht.
Die AutorInnen stellen fest, dass innerhalb der letzten zehn Jahre ein Paradigmenwechsel in der Politik stattgefunden hat. Die Stärke des Rechtspopulismus hat bis heute einen diskursiven Schaden in medialer und politischer Öffentlichkeit angerichtet – mittlerweile sind in der Debatte um Migration und »Ausländergesetzgebung« Dinge normal, die vor 15 Jahren undenkbar gewesen wären.

Tobias Alm, Cordelia Heß (Hg.): Rechtspopulismus kann tödlich sein! Entwicklungen und Folgen des Rechtsrucks in Skandinavien. Münster: Edition Assemblage, 2013, 128 Seiten, 9,80 Euro.

Kapitalismuskritik von rechts?

von Annelies Senf

In dem Buch »Völkischer Antikapitalismus. Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts« zeigen die beiden Autoren ideologische und historische Anleihen der Neonazis bei ihren Vordenkern auf. Dabei gelingt ihnen tatsächlich eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit dem Antikapitalismus von rechts auf ungefähr 80 Seiten.
Barthel und Jung gehen dafür zurück bis zur Entstehung der modernen Nationalstaaten Ende des 18. Jahrhunderts. Parallel dazu bildete sich die kapitalistische Gesellschaft heraus. Im Kontext dieser beiden Entwicklungsstränge entstehen auch die Ideen zu Nation, Volksgemeinschaft und Sozialismus. Aus der Verbindung von Nation/Nationalstaat und Sozialismus ergibt sich die völkische Kapitalismuskritik. Kurz gefasst, stellt sie sich dar als eine Kritik am kapitalistischen System, das sich gegen das eigene Volk richte. Dabei wird die eine Seite personifiziert im raffenden Kapital, die andere Seite im schaffenden Kapital zusammengefasst: internationale Finanzhaie gegen deutsche ArbeiterInnen.
In einem historischen Abriss bis ins 20. Jahrhundert arbeiten die Autoren die Metamorphosen des völkischen Antikapitalismus heraus und zeichnen das Verhältnis antisemitischer Deutungsmuster zu kapitalistischen Grundprinzipien nach.
Im zweiten Teil des Buches werden die ideengeschichtlichen Elemente der völkischen Kapitalismuskritik in aktuellen Programmen der Neonazis untersucht. Hierzu wird eine Analyse der Broschüre »Antikapitalismus von rechts« (2006) der »Freien Kameradschaften«, des Parteiprogramms der NPD (2010) und deren Wahlprogramm zur Bundestagswahl (2009) sowie des »Positionspapiers des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim NPD-Parteivorstand« (2005) herangezogen.
Eine Stärke des Buches liegt auch darin, dass der Kapitalismusbegriff, mit dem der Antikapitalismus von rechts arbeitet, ausgehend von Marx‘ Kritik der politischen Ökonomie, in Frage gestellt wird. Denn genau an dieser Stelle muss die politische Linke nacharbeiten, um nicht bei einer oberflächlichen Kapitalismuskritik zu bleiben und somit Gefahr zu laufen, den Neonazis das Thema zu überlassen. Die völkische Kapitalismuskritik muss dekonstruiert werden, statt sich ihre Argumentationsmuster zu eigen zu machen. Mit dieser These und neun weiteren wenden sich die Autoren explizit an die Linke.

Michael Barthel, Benjamin Jung: Völkischer Antikapitalismus. Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts. Münster: Unrast-Verlag, 2013, 88 Seiten, 7,80 Euro.

Mein Großvater, der Massenmörder

von Margarete Schlüter

Die vorliegende Autobiografie »Amon. Mein Großvater hätte mich erschossen« ist vor dem Hintergrund der Entdeckung eines gut gehüteten Familiengeheimnisses geschrieben worden. Die Autorin Jennifer Teege erfuhr im Alter von 38 Jahren durch Zufall, dass ihr Großvater Amon Göth, der »Schlächter von Krakau«, ist. Er war vom März 1943 bis September 1944 Kommandant des Konzentrationslagers Plaszow bei Krakow und wurde 1946 wegen Massenmordes zum Tode durch den Strang verurteilt. Und die Enkelin, warum geht sie davon aus, ihr Großvater hätte sie erschossen wie die vielen anderen KZ-Häftlinge? Die Aussage rührt daher, dass Jennifer als Tochter von Monica Göth, der Tochter von Irene und Amon Göth, und einem nigerianischen Vater nicht den rassistischen Kriterien einer »Arierin« entspricht.
Die Konfrontation mit der eigenen Familiengeschichte stürzte sie in eine tiefe Depression. Jennifer, die von ihrer Mutter Monica in ein Kinderheim gegeben und von Pflegeeltern adoptiert wurde, kannte ihre Mutter kaum. Ihren Großvater lernte sie nicht kennen. Doch die Großmutter, die hatte sie in liebevoller Erinnerung. Dieses Bild wurde nun zerstört. Denn wie konnte sie einen Menschen lieben, der mit einem Massenmörder zusammenlebte und noch Jahrzehnte später von der Zeit mit ihm schwärmte?
Es setzte eine zweifache Spurensuche ein: Um die eigene Geschichte zu erfahren und zu bewältigen, letztlich um leben zu können, nahm sie Kontakt zu ihrer Mutter auf und setzte sich intensiv mit den Verbrechen ihres Großvaters und einer möglichen Schuld ihrer Großmutter auseinander. Teege kommt zu dem Schluss, dass man sich nicht »ganz frei machen [könne] von der Vergangenheit«. Sie wirke »in uns Nachkommen weiter nach, ob wir wollen oder nicht«. Doch müsse man offen mit dieser umgehen, da man sonst an ihr zugrunde gehe.
Jennifer Teeges Aufzeichnungen sind sehr eindrücklich und persönlich. Sie sind ein Beispiel dafür, dass das Schweigen der TäterInnen des Nationalsozialismus bis in die dritte und mittlerweile auch die vierte Generation hineinreichen kann und eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte notwendig ist. Die in die Autobiografie eingestreuten Textabschnitte von Nikola Sellmair dienen sowohl einer Perspektivenerweiterung als auch der Veranschaulichung historischer Zusammenhänge. Da diese inhaltlich sehr reduziert sind, gelingt eine differenzierte Darstellung jedoch nicht.

Jennifer Teege und Nikola Sellmair: Amon. Mein Großvater hätte mich erschossen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2013, 272 Seiten, 19,95 Euro.

NSU-Terror

von Ernst Kovahl

Seit über zwei Jahren wissen wir um den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU). Seit zwei Jahren wird durch Antifas, JournalistInnen, Untersuchungsausschüsse und die Justiz Aufklärung betrieben. Akribisch wird die Neonazi-Szene durchleuchtet und soweit eben möglich das Agieren der Geheimdienste ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Rassismus als Triebkraft der Taten, das systematische Verharmlosen von Neonazismus und rechter Gewalt, zwanghafter Antikommunismus und Fehldeutung des Neonazismus in den Sicherheitsbehörden wurden als mitursächlich für das Entstehen des NSU benannt.

Doch wer das Entstehen des NSU, dessen unbehelligtes Agieren und die politischen Debatten seit dem Auffliegen theoretisch fassen wollte, hatte bisher kaum Texte zur Verfügung. Die Herausgeberinnen des Buches »NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse« Imke Schmincke und Jasmin Siri, Mitarbeiterinnen des Soziologie-Instituts der Universität München, haben nun in einem Sammelband 23 AutorInnen vor allem aus dem sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich versammelt. Die Texte sind Versuche, einzelne Fragestellungen aus dem NSU-Komplex zu diskutieren und zu verstehen. Warum waren Gesellschaft und ExpertInnen vom NSU überrascht? Wie müssen rechter Terror in der Geschichte der BRD und die Rolle des »Verfassungsschutzes« verstanden werden? Welche Konsequenzen haben Extremismusdoktrin und fehlende Debatten um Rassismus in den Medien? Oder: In welchem Verhältnis stehen kritische Rassismus-Forschung und die von Rassismus Betroffenen? Die AutorInnen bieten kurze Aufrisse vieler Fragen, die in den letzten zwei Jahren im Zuge der Debatten um den NSU aufgeworfen wurden, um sie weiterdiskutieren zu können. Abschließende Antworten bieten die Texte in der Regel nicht.

Das leider etwas unklare Konzept des Buches, kleinere Ungenauigkeiten in fachlichen Details, die Bezeichnung der Arbeit antifaschistischer Gruppen als »alternativer Verfassungsschutz« oder die Klage über »Political Correctness« in den Medien hinterlassen beim Lesen mancher Texte Fragezeichen. Doch als Anregung zur fundierten Debatte und wissenschaftlichen Reflexion ist das Buch gewinnbringend – nicht nur in Ermangelung anderer Arbeiten mit einem ähnlichen Ansatz. Wer aber eine Einführung in den Stand der NSU-Aufklärung sucht, sollte zu anderen Publikationen greifen.

Imke Schmincke/Jasmin Siri (Hg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse. Bielefeld: transcript Verlag, 2013, 224 Seiten, 22,99 Euro.

Geldprobleme

von Arne Basten

»Chiemgauer«, »Roland«, »AmmerLechTaler« – immer wieder setzen Menschen ihre Hoffnungen in Regionalwährungen. Mit eigenem Geld – ohne Zinsen – wollen sie dem Kapitalismus etwas entgegen setzen. Bessere Gesellschaften, in denen die Ökonomie nach den Bedürfnissen der Menschen produziert, sind dabei jedoch nie herausgekommen. Vielmehr bewegen sich die historischen und aktuellen Beispiele der so genannten »Freiwirtschaft« im Sog der verkürzten Kapitalismuskritik von Silvio Gesell, kritisiert der Autor Peter Bierl in seinem Buch. Die Nebenprodukte dieser Ideologie: Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Frauenfeindlichkeit.

Der Hauptfeind der »Freiwirte« ist das Bargeld: Es sei wertbeständig, werde gehortet und diene nur dazu, Zins von den ArbeiterInnen zu erpressen. Bierl arbeitet heraus, dass sich die Lehre der »Freiwirtschaft« ein verkürztes Bild des Kapitalismus zurechtbastelt. Dabei wird alles Schlechte auf den Zins projiziert. Ausbeutung als Merkmal kapitalistischer Produktion ist für sie kein Thema. Der marxistischen Kritik Bierls hält diese Argumentation jedoch nicht stand. So macht er deutlich, dass Freiwirte zwangsläufig nur reaktionäre Lösungsvorschläge auf ökonomische Probleme machen können.

Darüber hinaus erfahren die LeserInnen allerhand Informatives zur Geschichte der »Freiwirtschaft« und ihren AkteurInnen. Leider gleiten die Berichte über die Tauschringe und Regionalgelder an einigen Stellen ins Anekdotenhafte ab. Hin und wieder wären mehr Struktur und weniger Wiederholung hilfreich für das Verständnis. Dennoch ist es ein wichtiges Buch für die Auseinandersetzung mit rechter Kapitalismuskritik.

Peter Bierl: Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rassenwahn. Kapitalismuskritik von rechts: Der Fall Silvio Gesell. Hamburg: Konkret Verlag, 2012, 252 Seiten, 24,80 Euro.

der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der nächsten Ausgabe möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an:
abo@der-rechte-rand.de schicken. Dort kann auch die Kontoverbindung erfragt werden.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ E-Mail-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

Photos

Mark Mühlhaus (Seiten 1, 3, 4, 7, 9, 18, 21, 29)
Hannah Hoffmann (Seite 6)
der rechte rand (Seiten 15, 24)
Medienkollektiv Vogtland (Seite 17)
Presseservice Rathenow (Seite 19)
Peter Juelich (Seite 27)
Daniel L. (Seite 31)
Ute Weinmann (Seite 32)

Impressum
V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger + Herrmann GmbH, berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.



The earth is dry there, it was ever dried from blut, this place is Rumbula, there fascists murdered my family.

Eva Vater

EIN FILM VON MARKUS BAUER, CLAUDIA KRIEG UND FRANK OLIAS

CECTPA

SCHWESTER

Der Dokumentarfilm CECTPA – russisch für Schwester - ist das Porträt einer junggebliebenen, lebenslangen Kämpferin. Eva Vater ist eine von mehr als 5.000 lettischen Juden und Jüdinnen, die von 1941 bis 1945 in den Reihen der sowjetischen Roten Armee kämpften. Sie wird danach zu einer der wenigen Chronistinnen der Erfahrungen sehr junger Frauen in diesem Krieg. Überzeugt tritt sie als Veteranin in den 1950er und 1960er Jahren öffentlich auf, kämpft für die Erinnerung an ihren gefallenen Bruder und an andere jüdische KommunistInnen. Als pensionierte Ärztin widmet sie sich mit Leidenschaft dem Schreiben. Beharrlich trägt Eva die Berichte und Geschichten von weltweit verstreuten ehemaligen lettischen jüdischen KämpferInnen der Roten Armee zusammen. Im Jahr 1997 beschließt sie, ihrem Sohn Juri zu folgen, der Anfang der 1990er Jahre nach Israel auswanderte. Im Tel Aviv des Jahres 2011 spricht Eva Vater vom Krieg und vom Tod, von der Liebe und vom Überleben nach und mit der Shoah. Im Spiegel der lauten und schnellen Großstadt Tel Aviv entsteht ein Bild einer nie gänzlich verklingenden Vergangenheit, in der liebevolle und zärtliche Momente, Ruhe, Nachdenklichkeit und viel Freundschaft zu finden sind.

IM KINO : LEIPZIG, 21. JANUAR 2014 , 20:00 UHR IM KINO CINEDING, EINE VERANSTALTUNG MIT DER GEDENKSTÄTTE FÜR ZWANGSARBEIT LEIPZIG UND DER BUCHHANDLUNG DRIFT // HANNOVER, 24. JANUAR 2014 , 20:00 UHR IM KINO IM SPRENGEL, EINE VERANSTALTUNG MIT DEM ASTA DER UNIVERSITÄT HANNOVER // LÜNEBURG, 26. JANUAR 2014, 11:00 UHR MATINEE IM SCALA-KINO, EINE VERANSTALTUNG MIT DER VVN/BDA LÜNEBURG // BERLIN, TÄGLICH VOM 30. JANUAR - 05. FEBRUAR IM KINO KROKODIL

WEITERE INFORMATIONEN ZUM FILM UNTER : WWW.EVAVATERFILM.COM



antifaschistisches magazin

www.der-rechte-rand.de
www.facebook.com/derrechterand